Heft 6 Juni 1993 X ... DM

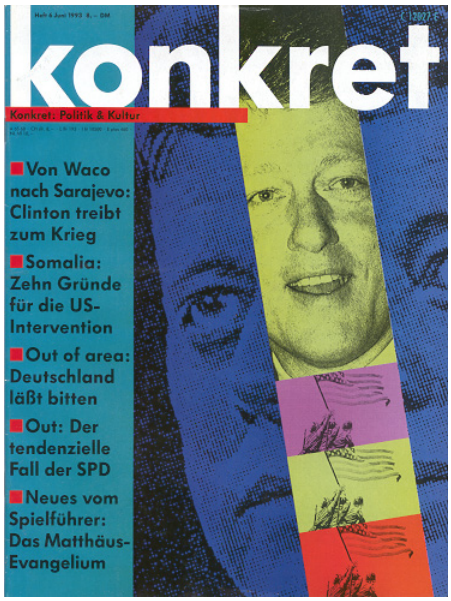
C 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Von Waco nach Sarajevo: Clinton treibt zum Krieg
- Somalia: Zehn Gründe für die US-Intervention
- Out of area: Deutschland läßt bitten
- Out: Der tendenzielle Fall der SPD
- Neues vom Spielführer: Das Matthäus-Evangelium

in konkret Juni 1993



von Konkret

an konkret

Clinton heißt Krieg von Hermann L. Gremliza

Tu es nicht von Wolfgang Pohrt
»Keiner mag es, wenn die eigene innere Stimme wie ein Echo aus dem Mund eines Irren kommt.« – Was die Davidianer-Ranch von Waco mit Bosnien und Beirut gemein hat

»Mit voller Führungskraft« von Michael Hahn
Vom Plädoyer für die territoriale Integrität Jugoslawiens zur Vorbereitung eines Militärschlages gegen Serbien: Innerhalb von anderthalb Jahren hat sich die Balkan-Politik der US-Administration dramatisch verändert

American Kick von Abdurahman H. Maho-Aves
Zehn Thesen zur US-/UN-Intervention in Somalia

Deutschland läßt bitten... von Jürgen Reents
...und kann dann einfach nicht nein sagen. Über dieMasche der Deutschen, eigene Großmachtbestrebungen als bestellte Dienstleistung zu verkaufen

Nur mal so'ne These... von John Goetz
Der vor wenigen Wochen unterbrochene zweite Prozeß um das Attentat auf die Berliner Disco La Belle stützt sich vor allem auf Stasi-Akten. Die Aussage des MfS-Überläufers Wiegand beim BND, die in KONKRET zum ersten Mal ausgewertet wird, belegt, was schon diesen Akten bei genauer Lektüre zu entnehmen war: daß auch das MfS sich über die Hintergründe des Anschlags nicht im klaren war

Imperialismus sans phrase von Theo Ebel
Die Krise in Deutschland und ihre bürgerlichen Interpreten. Eine kleine marxistische Gegendarstellung

Böser Verdacht von Georg Fülberth
Überlegungen zum tendenziellen Fall der Sozialdemokratie

»...und lange schallt's im Walde noch: Der Sozialdemokratie ein Hoch!« von O. Nagel/A. Greser/H. Lenz
Leben und Sterben der Ente Björn

Buch des Monats: Schwestern ade – Frauen was nun? von Katharina Rutschky
Susan Faludi: Die Männer schlagen zurück. Wie die Siege des Feminismus sich in Niederlagen verwandeln und was Frauen dagegen tun können. Rowohlt Verlag 1993, 720 Seiten, 42 Mark

Mogeln für Boris von Ernst Lohoff
Das öffentliche Getue um die internationalen Hilfszahlungen für Jelzin kann nicht verbergen, daß hinter den Kulissen längst eine erbitterte Schlacht um die Übernahme der Kosten tobt, die der Kollaps Rußlands verursachen wird

Die Zitronen sind faul von Stefan Seifert
Nach Meinung politischer Kommentatoren steht Italien seit längerem vor »einem Abgrund politischer Fäulnis, hemmungsloser Bereicherung und absolutistischen

Machthungers. Nun endlich ist eine autoritäre Lösung dieses Problems in Sicht

Die Bauchredner der späten Geburt von Eike Geisel

In diesem Jahr wurden in den USA zwei Museen eröffnet, die an die nationalsozialistischen Massenverbrechen erinnern: im Februar das »Museum of Tolerance – Beit Hashoa« in Los Angeles und Mitte April das »Holocaust Memorial Museum« in Washington. Alles, was die deutsche Öffentlichkeit darüber schon immer wußte, aber nicht zu sagen wagte, ließ sie nun von jüdischen Autoren vorbringen. Anmerkungen zu einer besonderen publizistischen Volksfürsorge

Leipzig kupscht nichtUngereimtes aus Wien von Frieder Kern

Was führt der Börsenverein des Deutschen Buchhandels im Schilde? Ab 1995, so heißt es, wolle er die Leipziger Buchmesse (dieses Jahr vom 3. bis 6. Juni) in eigener Regie veranstalten. Nur »böse Zungen«(Börsenverein) behaupten, er wolle sie abschaffen. – KONKRET gibt einen kleinen Überblick über den neuesten Klatsch aus dem Literaturbetrieb und stellt zwei Neuerscheinungen vor

ex libris von Matthias Altenburg

Thomas Pynchon: Vineland. Rowohlt 1993, 496 Seiten, 48 Mark

ex libris von Ludger Fischer

Demontage... revolutionärer oder restaurativer Bildersturm? Hrsg. v. Bernd Kramer, Karin Kramer Verlag 1992, 197 Seiten, 38 Mark

Nußknackers Aufstieg von Albert Hefele

Was ist eigentlich der Lothar Matthäus für einer? Hat er eine Botschaft für uns?

Alright? Kids! von Diedrich Diederichsen

Mit seinem Artikel »The kids are not alright« (»Spex« 11/92), in dem er die Besetzung pop-kultureller Ausdrucksformen durch die Rechte beschrieb, hat Diedrich Diederichsen eine Kontroverse über die Bedeutung von Jugendkultur ausgelöst. In einem Aufsatz für das im Juni erscheinende Buch »Soundtracks für den Volksempfänger« (Edition ID-Archiv), den KONKRET hier leicht gekürzt vorab veröffentlicht, problematisiert Diederichsen das Verhältnis der Linken zur Jugendkultur

Mit Gott und den Faschisten VIII von Karlheinz Deschner

Phantastischer Revisionismus von Georg Seeßlen

Mit »Stark« haben George A. Romero und Stephen King den ersten Goodwill-Horrorfilm für die Clinton-Ära vorgelegt

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

ANTIFAntasy von Dietmar Dath

Über einige Beispiele re-politisierter phantastischer Literatur

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 06/93, S. 4

von Konkret

Claus Jäger, Bundestagsabgeordneter der CDU und Sprecher ihres Rechtsauslegers Deutschland-Forum, sieht sich verfolgt. Noch immer würden »Stasi-Desinformationen als seriöse Nachrichten getarnt in Deutschland verbreitet«, klagte Jäger in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung: Das 1991 im Konkret Literatur Verlag erschienene Buch Vorsicht Lebensschützer! Die Macht der organisierten Abtreibungsgegner sei »in weiten Teilen wörtlich aus einem Braunbuch der Stasi entnommen«, das in den 70er Jahren aus der DDR »zu Desinformationszwecken in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust worden war«. Die Antwort der Vertreterin des Frauenministeriums, sie wisse nicht, welches Druckstück mit dem »vermutlich technischen Begriff ›Braunbuch der Stasi‹« gemeint sei, konterte Jäger mit der verblüffenden Bitte, ihm »dieses Braunbuch, sobald sich Ihr Haus vergewissert hat, um was für ein Braunbuch es im einzelnen geht, zur Verfügung zu stellen«.

Wenn auch im Bundestag nicht geklärt werden konnte, woher die Herausgeberinnen von *Vorsicht Lebensschützer!* ihre Informationen bezogen, so doch wenigstens, welche Quellen der CDU-Abgeordnete Jäger benutzt. Denn seine Anfrage ist nun tatsächlich »in weiten Teilen wörtlich« der Aprilausgabe der rechtsradikalen Zeitschrift »Junge Freiheit« entnommen, in der auf der Titelseite gemeldet wird: »Abtreibungslobby von der Stasi gelenkt«. Allerdings sucht man auch in der Meldung der »Jungen Freiheit« vergeblich die Auskunft, »um was für ein Braunbuch es im einzelnen geht«, sondern findet bloß einen Verweis auf die »konservative Psychologin Christa Meves« (vgl. »Im Ofen der Gänsemagd« von Gerhard Henschel, KONKRET 9/91), die in *Vorsicht Lebensschützer!* »16 Falschaussagen zu ihrer Person« gefunden haben soll, die aus dem »Braunbuch« stammten.

Das allerdings hat nicht einmal Frau Meves behauptet. In der »Christa-Meves-Kolumne« des »Münchner Merkur« vom 2.2.93 hat sie lediglich *Vorsicht Lebensschützer!* und das auch von ihr nicht näher spezifizierte ominöse »Braunbuch« in einen so engen Zusammenhang gebracht, daß die »Junge Freiheit« es richtig falsch verstehen mußte. Meves, die über die 16 »rufmörderischen Verleumdungen« in *Vorsicht Lebensschützer!* so empört ist, daß sie bis heute keine Unterlassungsklage gegen die Herausgeberinnen angestrengt hat, nennt in ihrer Kolumne die Stasi als Originalquelle für eine (!) der – nein, eben nicht Falschaussagen, sondern »aus der Mottenkiste geholten und neu ausgestreuten Verdächtigungen«: ein Referat, das Meves 1975 vor der »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung« gehalten hat, einem Verein, der genau so rechtsradikal ist wie er heißt (Vorsitzender: der Nazi-Anwalt Jürgen Rieger, vgl. KONKRET 1/93).

Der Konkret Literatur Verlag fordert nun von der »Jungen Freiheit« und vom »Münchner Merkur« eine Unterlassungserklärung und einen Widerruf. Die Aufforderung konnte der »Jungen Freiheit« allerdings bislang noch nicht zugestellt werden: Die Freiburger Jung-Nazis, bekannt für ihre Bereitschaft, von der Linken zu lernen, verfügen über keine ladungsfähige Anschrift.

Wer zu spät kommt, den bestraft das KONKRET-Kongreßbüro: Anmeldungen für den KONKRET-Kongreß »Was tun? Möglichkeiten und Bedingungen linker Politik und Gesellschaftskritik«, der vom 11.-13. Juni im Hamburger Curio Haus stattfindet, können, da die Teilnehmerzahl das Limit von 1.000 mittlerweile übersteigt, nicht mehr entgegengenommen werden. Lediglich für die Auftaktveranstaltung am Freitag abend, die Diskussion »Nein, wir lieben dieses Land und seine Leute nicht« mit Hermann L. Gremliza, Wolfgang Pohrt, Georg Fülberth, Sahra Wagenknecht, Karl Held und Thomas Ebermann gibt es noch Karten, die an der Abendkasse für 5 Mark erhältlich sind.

Mangel besteht allerdings noch an Privatunterkünften. Wer in Hamburg wohnt und für die Zeit des Kongresses ein Bett zur Verfügung stellen kann, wird gebeten, sich beim KONKRET-Kongreßbüro zu melden. Unter der Telefonnummer 040-439 76 17 (Anja Schlüter) können entsprechende Angebote abgegeben werden. Auch Spenden auf das **Kongreßkonto 1 186 539 300 bei der BfG Hamburg, BLZ 200 101 11**, sind weiterhin herzlich willkommen.

Am 30. April ist die Kongreßzeitung KONKRET EXTRA erschienen, die am Kiosk für 2,50 Mark erhältlich ist; die Kongreßteilnehmer erhalten KONKRET EXTRA per Post.

Diedrich Diederichsen hat mit seinem »Spex«-Artikel »The kids are not alright« eine Diskussion über Jugendkultur ausgelöst, die breite Beachtung gefunden hat. In diesem Heft setzt Diederichsen die Debatte fort mit einem Beitrag über das Verhältnis der Linken zu Jugend, Jugendbewegung und Jugendkultur. Sein Artikel »Alright? Kids!« erscheint in dem von Max Annas und Ralph Christoph herausgegebenen Band *Neue Soundtracks für den Volksempfänger. Nazi-Rock, Jugendkultur und rechter Mainstream*. Das Buch erscheint im Juni in der Edition ID-Archiv, hat 180 Seiten und kostet 22

Mark.

Die Chronik »Jeder ist uns der Nächste« muß in diesem Heft aus Platzgründen entfallen. Sie wird im Juli-KONKRET fortgesetzt.

Konkret 06/93, S. 6

an konkret

Unsinngenossen

Zwei Anfragen aus den Ostgebieten

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Seit dem vorigen Jahre ist in Petersburg die Vereinigung der lokalen patriotischen Organisationen tätig, die fast ausschließend oppositionell zur proamerikanischen Elzyn-Regierung gestimmt sind. Die Leitideen dieser Vereinigung sind: nationale Wiedergeburt, bodenständige Tradition, ortodoxer Glaube, ökonomische und kulturelle Selbständigkeit. Die Vereinigung gehört zum allrussischen Bund, genannt »Russkij Nationalnyj Sobor«, mit Sitz in Moskau.

Wir suchen in Europa nach unseren Sinngenossen, weil der aktuelle Kampf gegen die amerikanisch-freimaurischen Weltordnung die europäisch-christliche Solidarität fordert. In diesem Zusammenhang bitten wir um eine moralische Unterstützung und eine mögliche Zusammenarbeit. Wir würden Ihnen dankbar sein, wenn Ihre Ausgabe die Information (mit Adresse) über unsere Organisation veröffentlichen könnte.

Für uns wär's sehr interessant Ihre Ausgabe regulär per Post zu erhalten. Einige Artikeln und Notizien können ins Russisch übersetzt und in unseren Zeitungen gedruckt werden.

In Hoffnung auf unsere künftige Zusammenarbeit bleibe ich Hochachtungsvoll

Victor Antonov

Vorsitzende der patriotischen Vereinigung in St. Petersburg/Rußland

Meine Lieben!

Eine große bitte an Sie - wen Sie haben in Ihren verlag einige alte Büchern in deutschen Sprache bitte schicken Sie. Hier in Oberschlesien jedes Buch gehts weiter von Hand zu Hand.

Mit freundlichen Grüßen Ihr

J. Piszkala

Rybnik/Polen

Platt getreten

KONKRET 5/937 Kern

Lieber Frieder Kern,

»Was lehrt uns die Geschichte des Fußballs unter nationalsozialistischer Ägide? ... Kickern aus der deutschen Arbeiterschaft erging es besser als ihren österreichischen >Klassenkollegen<, und deutschen und österreichischen proletarischen Kickern weitaus besser als den eher bürgerlichen und akademischen jüdischen Balltretern.. . Das Naziregime bedeutete eben auch im Sport nicht nur brutale Klassenherrschaft, sondern auch – oder muß man gar sagen in erster Linie? Rassen- bzw. Deutschenherrschaft.«

Wo wir das gelesen haben? Auf Seite 140 von Der gezähmte Fußball, und es ist keineswegs die einzige Passage wider den Mythos von den sportlich und politisch korrekten Arbeitervereinen. Aber leider hat Frieder bereits bei Seite 121 resigniert. Ansonsten wären ihm nämlich nicht auch noch die folgenden Sätze entgangen: »In Deutschland, wo die Arbeiterschaft in der Geschichte keineswegs stets eine progressive und emanzipatorische, sondern oft genug eine sehr konservative Rolle spielte und noch spielt, haben die ästhetischen Ansprüche linker Fußballkonsumenten mit der traditionellen Balltreterei proletarischer Vereine zunächst einmal nicht viel gemeinsam. Zu bieder und anpaßlerisch gestaltete und gestaltet sich zuweilen der hiesige Arbeiterfußball... Den... Arbeiterfußball zeichnen insbesondere >Härte<, >Kraft< und >Ausdauer< aus, Eigenschaften, die kaum als unverwechselbar >links< qualifiziert werden können, sondern auch im Sinne rechter Ideologien instrumentalisierbar sind. So feierten beispielsweise die Nazis die Siege der >Knappen<-Elf von Schalke 04 als Erfolge ihrer Ertüchtigungsideologie« (Seiten 302/303).

Alles klar, Frieder? Das kommt halt davon, wenn man Bücher mit dem Popöchen liest, um sie anschließend so lange platt zu treten, bis sie dem Niveau des Rezensenten entsprechen. dein Dietrich Schulze-Balla

(erklärter Sympathisant bürgerlich-liberaler Klubs wie Austria Wien und Ajax Amsterdam)

Nicht bloß metaphorisch

KONKRET 5/93: ex libris - Kurzrezension von »Heimat Babylon«

Die Autoren von Heimat Babylon, die auch für die Einschränkung des Rechts auf Asyl eintreten, bezeichnen etwa Roma und Sinti als »troublemakers, die fast ausschließlich als Last und Zumutung erscheinen und die in der Tat insofern asozial oder genauer: nicht-sozial sind, als sie nicht erkennen lassen, daß sie zu der Gesellschaft, in der sie leben, Zugang finden wollen.« Über einige dieser »ungebetenen und in der Tat provozierenden Gäste« heißt es, sie führen jeden Morgen »zu Unternehmungen, über die die wildesten (und möglicherweise gar nicht so falschen) Vermutungen in der Straße kursierten.«

Bittermanns Kommentar, »im Bemühen, alles zu relativieren und möglichst nirgends anzuecken«, seien die Autoren »bis zur Schmerzgrenze harmlos und bräsig«, geht da ein bißchen an der Sache vorbei: Aus der Sicht von MigrantInnen, Flüchtlingen, Roma ist das vielleicht nicht ganz so »harmlos« und »Schmerzgrenze« hat für sie nicht - wie für den deutschen Rezensenten - eine bloß metaphorische Bedeutung.

Toni Menninger

Würzburg

Blow up

KONKRET 5/93: »Das Gesicht der Revolte«

Auch wenn es nach einer Wahrheit riecht, die einer Vergangenheit von heute aus übergestülpt wird, zur Schärfung des historischen Bewußtseins sei dennoch auf eine Tradition radikaler Gesellschaftskritik hingewiesen: Michelangelo Antonionis »Kultfilm« »Blow up« von 1967 hätte von seinen vielen Liebhabern besser ernst genommen werden sollen. Den Interpreten der 68er sei folgende Geschichte erzählt:

Nach der ausführlichen Schilderung des Verwirrspiels um Wirklichkeit und Illusion eines Mordes aus der Sicht eines wohlbegüterten Fotografen, der diesen zufällig in einem Bild festhielt und erst durch verschiedene Umstände dazu gebracht wird, diesem von ihm während der Tat nicht bemerkten Geschehen in seinen Bildern nachzuforschen, setzt Antonioni in einer bedeutsamen Schlußszene ein Ausrufezeichen hinter die Geschichte:

Der Fotograf wandert erneut durch den Park, in dem der Mord geschah. Eine Horde junger Menschen, verkleidet in verschiedenen schwarz-weißen Kostümen, wie zur Pantomime geschminkt - während des Films tauchen sie immer wieder sequenzhaft auf, um tanzend, lachend, umherziehend als Studenten einen Kontrast in der Ordnung des alltäglichen Lebens zu bilden -, stürmt auf einen hochumzäunten Tennisplatz zu, der auf einer grünen Rasenfläche liegt. Zwei der lustigen Truppe betreten den Tennisplatz, während die anderen an den Zaun geklammert das Treiben der beiden interessiert verfolgen. Diese beginnen stumm, ohne Schläger und Ball, ein ernsthaftes Spiel. Die Augen der Zuschauer folgen dem imaginären Ball. Kein Geräusch ist zu hören außer einem heftigen Rauschen des Windes in den Bäumen. Der Fotograf beobachtet dieses Spiel mit einigem Abstand - ein wenig irritiert wirkend. Das immer heftigere Spiel der beiden Pantomimen führt dazu, daß der imaginierte Ball, durch die Augen der Zuschauer verfolgt, unkontrolliert über den Zaun fliegt und in der Nähe des Fotografen niedergeht. Die Blicke der Zuschauer und der beiden Spieler fordern den Fotografen auf, den imaginierten Ball aufzuheben und ihn ins Spielfeld zurückzuwerfen. Der Fotograf zögert ein wenig. folgt dann aber der stummen Aufforderung, die an ihn gestellt ist.

Die Kamera folgt danach seinem teilnahmslosen Gesicht ein Stück, während indessen aus dem Hintergrund nun laut und vernehmbar das Plock-Plock des geschlagenen Balles zu hören ist.

Die Kamera ruht einige Zeit auf seiner Person, als er sich vom Ort des Geschehens wegbewegt hat, um nach kurzer Zeit stehenzubleiben. Dann springt die Kamera in eine ferne Vogelperspektive über, die ihn auf dem grünen Rasen zu einem Punkt zusammenschrumpfen läßt. ..

René Reinshagen

Solingen

Konkret 06/93, S. 9

Hermann L. Gremliza

Clinton heißt Krieg

Mehr Geld für die Armen, mehr Gerechtigkeit im eigenen Land wie im Rest der Welt: Bill Clintons Amtsantritt soll Beginn einer Ära des Wandels sein.
Aus dem »Stern«

Amerika ist mit der Wahl von Bill Clinton ein ganzes Stück nach links gerückt. Und wo bleibt der Clinton von Bonn?
Josef Fischer, Umweltminister in Hessen

Mehr Geld für die Armen, mehr Gerechtigkeit im eigenen Land wie im Rest der Welt: das ist ein ganzes Stück links. Was aber, wenn für die Armen im eigenen Land wie im Rest der Welt kein Geld da ist? »Es ist die Wirtschaft, Dummkopf!« soll einer im Hauptquartier des Wahlkämpfers Clinton an die Wand gepinnt haben. Es war die Wirtschaft, deren in den Kongreß Abgeordnete dem Dummkopf in den ersten hundert Tagen seiner Präsidentschaft beibrachten, daß aus seinen wirtschafts- und sozialpolitischen Versprechen nichts wird, und ihn vor die Aufgabe stellten, die Armen in Detroit, die ihn gewählt, und die Armen im Geist, die ihn begrüßt hatten, kostenlos zu beglücken, indem er ihnen statt eines sozialen Aufschwungs einen seelischen offerierte. So ward am Tage, da der Kongreß Clintons Wirtschaftsprogramm abtrieb, des Präsidenten neue Jugoslawienpolitik geboren.

Zwar wußte an jenem Tag sein ebenfalls neuer Außenminister noch nicht, daß in Bosnien schon vor dem Krieg Serben gelebt haben, aber den anderen, die mit Clinton nach Washington gekommen waren, ging es, einem Bericht der »Frankfurter Allgemeinen« zufolge, nicht anders: *Fünf der mehr als 100 neugewählten Abgeordneten des amerikanischen Kongresses wurden von dem Gastgeber einer New Yorker Talkshow mit der Frage konfrontiert: Was sollen die Vereinigten Staaten tun, um die »ethnischen Säuberungen« in Freedonia zu stoppen? Nick Smith aus Michigan riet zu »sehr vorsichtigem Vorgehen« in engem Zusammenwirken mit den Vereinten Nationen. James Talent aus Missouri forderte hingegen die Washingtoner Regierung direkt auf, »dem Schlachten Einhalt zu gebieten«. Corinne Brown aus Florida fand, die Situation in Freedonia sei »sehr traurig« und Steve Buyer aus Indiana hielt sie im Vergleich für »ganz anders als im Nahen Osten«. Jay Inslee aus Washington erwiderte mit Sinn für das Langfristige: »Die Sache ist an einen Punkt gelangt, an dem wir nicht noch zehn Jahre so tun können, als seien wir blind.«* Nach dem Sieg über Marx mit den Marx-Brothers in den Krieg.

Die Komik liegt beim Betrachter, nicht in der Sache. Denn Rufus Clinton Firefly erklärt einen Krieg, bei dem es tatsächlich nicht darauf ankommt, ob er in Bosnia, Armenia oder Freedonia geführt wird. Der Neue muß mit dem Problem fertig werden, vor dem jeder demokratische, also »linke« Präsident der USA gestanden hat: Die Hoffnungen seiner Wähler aufs Soziale, die er wecken mußte, um die Wahl gewinnen zu können, aufs Nationale umzulenken, statt Brot Spiele zu geben und dabei zugleich jene Vernichtung unbrauchbaren Kapitals zu organisieren, welche die Voraussetzung für den auch bei Sozialpolitikern so sehr geschätzten Nachkriegsboom ist.

In die meisten ihrer Kriege sind die USA unter demokratischen Präsidenten eingetreten, und nicht zufällig war es Clintons Vorbild Kennedy, das den letzten ganz großen, den Krieg gegen Vietnam angefangen hat. Zum Glück für den Rest der Welt war unter diesen Kriegen der größte jener, der außer nationalem Aufschwung, Kapitalvernichtung und Nachkriegsboom das Ende Nazideutschlands brachte. Republikanische Präsidenten, die ihren Wählern nicht Geld und Gerechtigkeit versprechen sondern den Erfolg des Tüchtigen, scheinen sich seltener genötigt zu sehen, ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik mit jenem anderen Mittel fortzusetzen, und wenn sie es tun, genügen ihnen die Gewinne an Macht und Nationalstolz, welche bei ökonomisch bedeutungslosen Blitzkriegen wie dem gegen Grenada zu erzielen sind.

In Europa und besonders in Deutschland, das von einer deutschnationalen und einer faschistischen Regierung in zwei Weltkriege geführt worden war, galt dagegen als ausgemacht, daß die Rechte die Partei des Krieges sei und zur Linken hin die Friedensliebe kontinuierlich anwachse. Die ganze Wahrheit war das schon 1914 nicht, als die Sozialdemokraten ihren nationalen sozialen Fortschritt mit deutschen Waffen in die Welt tragen helfen wollten, und auch 1933 nicht, als die SPD Hitlers außenpolitisches Programm begrüßte, von dem sie wissen mußte, daß es in den Krieg führte. In beiden Stunden größter Not hat die parlamentarische Linke das Vaterland nicht im Stich gelassen – um freilich nach den Niederlagen mit den wenigen Abweichlern, die nicht zu Patridioten geworden waren, pazifistische Reklame für sich zu machen. War die Linke also auch nicht immer so friedliebend, wie sie es gern erzählte – als die eigentlichen Kriegstreiber durften die Rechten und ihre Militärs gelten.

Die freundliche Gewißheit ist keine mehr. Generäle aus allen Nato-Staaten, deutsche Kommißköpfe vorneweg, treten im Streit um die Bombardierung Serbiens als Friedenschor auf. Dumm wie sie sind, verstehen sie nur vom Töten was und nichts von Sozial- und Wirtschaftspolitik, können also gar nicht ermessen, was ein paar friedenschaffende Maßnahmen für die Bilanz von Daimler-Benz bringen könnten, während die Männer und Frauen des Fortschritts nur von Wirtschafts- und Sozialpolitik was verstehen und nichts vom Töten, weshalb es ihnen auf die hunderttausende Toten, mit denen die Militärs für den Fall eines Landkriegs rechnen, nicht so ankommt: Sie seien schließlich keine Militärfachleute, sagen sie, und wüßten nicht, *wie* man den Krieg führen könne, aber *daß* er geführt werden müsse, das wüßten sie.

Clinton, auch ein Mann des Fortschritts, ist ihr Zeuge, und einer von denen, die der Clinton von Bonn werden möchten, hat den neuesten amerikanischen Traum schon für sich und das Vaterland weitergeträumt. Wenn nämlich der ein gutes Stück linke Präsident mit seinem wirtschaftlichen Modernisierungsprogramm Erfolg hätte, schreibt der Josef Fischer, würde das »die internationalen Märkte massiv verändern. Man darf deshalb füglich bezweifeln, ob sich Europa in solcher Situation eine längere Auszeit bei der Bewältigung der Zukunft wird leisten können, um mit den Alpträumen der Vergangenheit fertig zu werden. Die alten linken Antworten traditioneller Friedenspolitik, wie sie in Deutschland während des Kalten Krieges entwickelt wurden, werden dazu allerdings nicht mehr ausreichen.« Wer aus diesen fürs Milieu gefertigten Sprechblasen ein wenig Luft abläßt, erhält das Resümee, daß sich Deutschland auf den internationalen Märkten nur behaupten kann, wenn es die traditionelle Friedenspolitik aufgibt und keine Zeit mehr für das Gedenken der Opfer deutscher Kriege verschwendet.

Über einen anderen Clinton von Bonn, den Sozialdemokraten Karsten Voigt, weiß die »Frankfurter Allgemeine« zu erzählen, er habe, *wenn gerade keine Kamera auf ihn gerichtet ist, bessere Einsichten: Kürzlich hat er seiner Partei geraten, sich von einer »provinziellen außenpolitischen Kultur« zu verabschieden; in Hinsicht auf erweiterte Aufgaben der Bundeswehr hat er getadelt, die SPD rede einer »Singularisierung Deutschlands das Wort* – die SPD rede einer »Singularisierung Deutschlands« das Wort – umständliches Herumgerede um die Absicht, das deutsche Militär politisch und juristisch in die Lage zu versetzen, Kriege aller Art führen zu können.

Weil auch Voigt weiß, was Fischer weiß: daß im Fall, einer von ihnen würde der Clinton von Bonn, was Kohlseidank nicht zu hoffen und nicht zu befürchten ist, er dastehen würde wie der richtige Clinton, ohne eine Mark für den ökologischen Umbau oder für ein Konjunkturprogramm, wären sie darauf verwiesen, die materiellen Wünsche ihrer Klientel ersatzweise mit Moral zu befriedigen. Für Gelegenheiten hat ihre alte Weltordnung gesorgt: Die Hälfte der Menschheit ist Opfer ernsthafter Menschenrechtsverletzungen; sie reichen von Folter, Hinrichtung, Vergewaltigung über willkürliche Festnahmen und Verschwindenlassen von Personen bis zu extremer Armut, Sklaverei, Kindermißbrauch und Hunger, heißt es im jüngsten Bericht des UN-Zentrums für Menschenrechte. Welch weites Feld bietet die neue Weltordnung deutscher Friedensschaffung, Friedensbewahrung und anderen Kriegen.

In Ahmici in Zentralbosnien haben Uno-Soldaten 103 verkohlte Leichen gefunden, muslimische Opfer eines kroatischen Massakers. Seit Kriegsbeginn sind in Kroatien, weit weg vom Kriegsgebiet, die Wohnhäuser von über tausend serbischen Familien gesprengt worden. Aus Furcht vor solchen Tätern wollten die Serben nicht als Minderheit unter kroatischer Herrschaft leben. So hat dieser Krieg begonnen. Enden könnte er als Versuch, die Wirtschaft der USA zu modernisieren und die internationalen Märkte massiv zu verändern, von links.

Konkret 06/93, S. 10

Wolfgang Pohrt

Tu es nicht

»Keiner mag es, wenn die eigene innere Stimme wie ein Echo aus dem Mund eines Irren kommt.« – Was die Davidianer-Ranch von Waco mit Bosnien und Beirut gemein hat

Als am 19. April 1993 frühmorgens Kampfpanzer der US-Armee die Davidianer-Ranch bei Waco/Texas attackierten und wenig später das ganze Anwesen in Flammen stand, war das ein besonderer Grund zum Zweifel an der Belehrbarkeit des menschlichen Verstandes. Denn seit bereits 51 Tagen lief ein Stück, dessen einzige Botschaft hieß: Laß es bleiben, tu es nicht.

Es begann am 28. Februar damit, daß man vorm Fernseher doppelt sah, weil sich Bilder vom bosnischen Bürgerkrieg mit ähnlichen aus den USA vermischten. Auf zwei weit auseinanderliegenden Bühnen wurde seither simultan die gleiche Situation gezeigt, nur mit entgegengesetzter Bewertung. Mal waren die Belagerer die Bösewichter und die Belagerten Unschuldslämmer, mal war's gerade umgekehrt, und man hätte glauben können, das gesplittete Spektakel habe jemand arrangiert, um bei Akteuren und Publikum eine Reflexion zu erzwingen. Diese setzt normalerweise ein, wenn einer an sich selber zweifelt, und das muß er, wenn die eigenen Überzeugungen und Verhaltensweisen ihm bei einer anderen Person begegnen, die er für einen Schurken hielt. Doch der Aufwand war vergebens.

Besten Gewissens versorgte in Bosnien die amerikanische Luftwaffe das von serbischen Verbänden eingekesselte und von muslimischen Einheiten gehaltene Srebrenica mit Lebensmitteln. Besten Gewissens drohten die USA den Serben mit Strafaktionen, falls sie die Belagerung muslimischer Stützpunkte nicht abbrechen würden. Besten Gewissens hungerte gleichzeitig in den USA selber das FBI nach allen Regeln der Kriegskunst eine Gruppe systematisch verrückt gemachter Zivilisten aus.

Vorwerfen ließ sich denen nur, daß sie bewährter amerikanischer Siedlertradition die Treue hielten. Mit Gewehrsalven hatten sie eine anstürmende Hundertschaft der Polizei von ihrem Privatbesitz verjagt, weil die zudringlichen Beamten sich – aus der Perspektive der Ranchbewohner betrachtet – wie ein Haufen Banditen oder Indianer benahmen. Seither hielten 500 Mann vom FBI die Widerspenstigen umzingelt, Rücksicht auf deren labile psychische Verfassung nahm man nicht. Ebensowenig nahm man Rücksicht auf die Kinder. Mittels Lautsprecherbatterien und tief fliegender Hubschrauber sorgten die Belagerer von Waco seit dem 6. März dafür, daß die Eingeschlossenen Nacht für Nacht von scheußlichem Lärm gequält wurden. Kommandanten von UN-Konvois, die bei den Belagerern auf freie Durchfahrt für Milchpulver und Medikamente gedrungen hätten, gab es nicht, ebensowenig den dramatischen Filmbericht, der die verzweifelte Lage der Menschen – unter ihnen Verwundete und Kinder – in den grellsten Farben malte. Vollkommen abwegig die Idee, daß den Davidianern jemand hätte Waffen liefern wollen. Denn in Waco sollten die Verteidiger kapieren, was die Verteidiger von Srebrenica und Sarajevo nicht einsehen durften: daß der Unterlegene kapitulieren oder krepieren muß.

»Ranch Apocalypse«, wie die Davidianer ihr Sarajevo nannten, war hermetisch abgeriegelt, auch die Stromversorgung wurde unterbrochen. Ferner war es einem permanenten Nervenkrieg ausgesetzt. Kein Versuch wurde hingegen unternommen, die als unzurechnungsfähig Eingeschätzten zu beruhigen, wie man dies mit Geisteskranken tut, etwa durch den Rückzug der Bewacher auf außer Sichtweite liegende Positionen. Der martialische Truppenaufmarsch, der im Krieg ein legitimes Mittel zur Einschüchterung des militärischen Gegners ist, trieb die Sektenmitglieder, die doch keine professionellen Soldaten, sondern unter Weltuntergangsängsten leidende Paranoiker waren, nur noch tiefer in die durchaus mit der amerikanischen Alltagserfahrung konvergierende Vorstellung hinein, daß sie beim Verlassen ihrer Festung nichts als den sicheren Tod im Kugelhagel einer auf den Showdown erpichten Polizei zu erwarten haben würden.

Endzeitstimmung herrschte also in Waco, Endzeitstimmung kam unterdessen auch in Washington auf, denn nach knapp hundert Tagen im Amt war Billy-Baby auf der Popularitätsskala tiefer gerutscht als innerhalb der gleichen Frist je ein Präsident vor ihm. Wieder war der Mann der schnellste, der als erster Politiker mit einem echten Einwortprogramm nach ganz oben kam. *Change*, immer nur *Change* klang es, wenn er sprach – solange, bis das Publikum nachgab und die Leerformel für die Zauberformel nahm. Deren Wirkungskraft aber lag in des Propheten flächigem Gesicht begründet, das als Projektionsleinwand für alle Kinder-Filme mit sämtlichen stupsnasigen, sommersprossigen Figuren diente, die das Genre entwickelt hat. Clinton wurde von den Amerikanern gewählt, damit er sie nach Entenhausen führte, dorthin, woher er augenscheinlich selber kam. Es spricht für die Gutmütigkeit der amerikanischen Bevölkerung, daß sie auf die schwere ökonomische und soziale Krise nicht mit Großmachtehrgeiz reagierte, sondern mit dem Wunsch, auf der Welt möge es zugehen wie im Disney-Film.

Wunder hatten die Amerikaner sich von Clinton versprochen, nach knapp 100 Tagen im Amt brauchte der Hoffnungsträger selber eines, und es durfte gern ein größeres sein. Scheußlich muß es in den Ohren des Kennedy-Epigonen geklungen haben, wenn sein Gegenspieler und Bruder im Leid, nämlich der widerspenstige Jesus-Epigone David Koresh, in Waco erklären ließ, daß er auf ein Zeichen Gottes warte. Keiner mag es, wenn die eigene innere Stimme wie ein Echo aus dem

Mund eines Irren kommt. Tatsache ist, daß zwei Idole in der gleichen Patsche saßen: Dort war kein *Change* in Sicht, hier ließ der *jüngste Tag* auf sich warten.

Schließlich, am 19. April, kam er dann, der Befreiungsschlag des Präsidenten gegen sein lästiges alter ego – wenn man diesen Überlegungen folgen will. Unbezweifelbar aber ist zumindest, daß der Mann um einen Erfolgsnachweis allmählich sehr verlegen war. Langsam keimte der Verdacht, daß man diesen Clinton früher schon mal gesehen habe, nur in anderer Kostümierung. Nannte er sich damals nicht Gorbatschow? *Perestroika* statt *Change* hieß es zwar bei dem, aber bedeuten beide Vokabeln nicht das gleiche, soviel wie *blühende Landschaften* etwa, diesmal in die Sprache der Bonner Agrarromantik übersetzt? Ob nun Gorbatschows Doppelgänger oder Kohls Zwillingsbruder – Clinton war der Prototyp des Politikers, den die Krise zur Ohnmacht verdammt. Weder hörte die Weltkonjunktur auf sein Kommando, noch stimmte wenigstens der Kongreß seinen Reformvorhaben zu. Logisch, daß der Präsident trotz seiner Vergangenheit als Vietnamkriegs-Drückeberger schnell den ersten Hauptsatz der zeitgenössischen politischen Philosophie begriff: Es passiert nichts Gutes, außer die Army tut es.

Und so schickte er die Panzer los. Mittels aufmontierter, bis in Baumwipfelhöhe reichender Rammen stießen schwere Kettenfahrzeuge, die zuletzt im Golfkrieg eingesetzt worden waren, Teile der hölzernen Außenwände ein, um im gleichen Arbeitsgang das Gebäude mit CS-Gas vollzupumpen. Es geschah, was alle Beobachter und Kenner der als »Selbstmordsekte« bezeichneten Gruppierung erwartet hatten. Hatten sie es heimlich auch gewünscht? Während das Fernsehen aus dem jugoslawischen Bürgerkrieg immer nur die Resultate zeigt, war über *CNN* diesmal die Welt *live* dabei, wie die belagerte Siedlung samt ihrer Verteidiger und übrigen Bewohner lichterloh brannte. Nach Beendigung der friedensschaffenden Maßnahme fiel deren Bilanzierung den Gerichtsmedizinern zu, rund drei Wochen durchstöberten sie die Trümmer. Anders als auf ähnlichen Schauplätzen im jugoslawischen Bürgerkrieg filmte das Fernsehen die Recherche nicht. Diesmal waren die Fundstücke ungeeignet, Appetit auf Serben zu erzeugen, wenn beim Abendessen in Großaufnahme genossen. Nach Beendigung ihrer Sortierarbeit konnten die Experten 72 Leichen melden, unter ihnen die von 17 Kindern.

Hauptsächlich aus Sorge um deren Wohlergehen, erklärten die Justizministerin und der Präsident anderntags, sei der Sturm auf die Ranch befohlen worden; man habe die Information bekommen, die Kinder würden von David Koresh sexuell mißbraucht. Noch am gleichen Tag gab das FBI vor der Presse zu, keinerlei neue Erkenntnisse besessen zu haben. Später, am 5. Mai, legten Fachärzte für Psychiatrie in Houston ihr Gutachten über die Davidianer-Kinder vor, die zu Beginn der Belagerung freigekommen und seither untersucht worden waren. Kein sexueller Mißbrauch, lautete der Befund.

Wieder war ein Punkt erreicht, wo man hätte glauben dürfen, daß das Zeichen nicht zu übersehen war. Aller Welt hatte Waco bewiesen, was von militärischen Operationen zu halten ist, die als Unternehmungen zur Rettung von Frauen oder Kindern ausgegeben werden, wo sie doch in Wahrheit solche zur Tötung oder Kampfunfähigmachung eines Gegners sind. Wer die Katastrophe von Waco nicht als Warnung davor begriff, nun mit ganzen Armeen den sexuell mißbrauchten Frauen in Bosnien zu Hilfe zu eilen, mußte blind und taub sein.

Und so fügte es sich gut, daß am 20. April 1993, dem Tag danach, in der »New York Times« ein vom *American Jewish Congress* unterzeichneter und an Clinton gerichteter offener Brief erschien, dessen Anfang wie das rechte Wort zur rechten Zeit klang. »Ihre Präsidentschaft hat unserer Nation und der Welt neue Hoffnung und neuen Schwung gegeben«, hieß es dort, Clinton habe sich »den Herausforderungen in unserem Lande mit Mut und Glaubwürdigkeit gestellt«. Angesichts der Ereignisse vom Vortag entlarvte sich die Phrase selbst, ohne daß es weiterer Erklärungen bedurft hätte.

Nur war dieser Effekt keineswegs bezweckt. Allen Ernstes wurde Clinton vielmehr für bisheriges Wirken gelobt und zu weiterem ermuntert; gleiche Tatkraft wie daheim solle er nun auf dem Balkan zeigen. Auch der *American Jewish Congress* hatte sich eingereiht in die breite Front gegen den neuen Weltfeind Nummer eins, dessen Vorgänger und möglicher Nachfolger doch die Juden selber sind. Wenige Namen nur braucht man auszutauschen, wenn man den offenen Brief des *American Jewish Congress* als antiamerikanisches oder antisemitisches Pamphlet verwenden will. Er wird hier in vollem Wortlaut zitiert:

Sollen wir dafür beten, daß sie alle sterben, Herr Präsident?

Sehr geehrter Herr Präsident,

wir schreiben Ihnen diesen offenen Brief als Freunde. Ihre Präsidentschaft hat unserer Nation und der Welt neue Hoffnung und neuen Schwung gegeben. Sie haben uns dazu aufgefordert, unseren Idealen zu folgen, statt unseren Ängsten zu erliegen.

Während Sie sich den Herausforderungen in unserem Lande mit Mut und Glaubwürdigkeit gestellt haben, haben Sie gegen die serbische Aggression und Unmenschlichkeit auf dem Balkan bisher keine Aktivitäten veranlaßt. Wir sind uns sicher: Sie sind über die serbische Aggression bestürzt und haben darauf gedrungen, die Sanktionen zu verschärfen und das

Flugverbot zu erzwingen. Aber nachdem der völkermordende Granatenbeschuß auf Srebrenica und Sarajevo täglich weitergeht, ist deutlich, daß diese Maßnahmen das Massaker nicht beenden werden.

Slobodan Milosevic, Präsident von Serbien, hat Ihnen höhnisch dafür gedankt, daß Sie nicht interveniert haben, um das Gemetzel zu beenden. Milosevic und seine serbischen Freunde in Bosnien glauben, sie hätten grünes Licht von Amerika bekommen (die Politiker Europas haben ihnen längst den Weg freigegeben), und so haben sie den Angriff auf Srebrenica und Sarajevo mit ungezügelter Brutalität und Raserei fortgesetzt.

Angesichts der serbischen Greueltaten urteilte der UN-Flüchtlingsbeauftragte in Sarajevo, Larry Hollingworth, über die serbischen Verantwortlichen: »Ich hoffe, ihre Träume werden durch die Schreie der Kinder und das Weinen ihrer Mütter unterbrochen.« Aber was ist mit uns, Herr Präsident? Wird unser Schlaf gestört durch die Schreie der Kinder und das Weinen ihrer Mütter?

Die Frage, warum die Welt nichts getan hat, um den Holocaust zu verhindern, hat die zivilisierte Welt bis heute verfolgt. Tragischerweise wird uns die Antwort nun offenbar. Es ist der gleiche Grund, warum die Welt jetzt nichts unternimmt, und es ist der gleiche Grund, warum wir Amerikaner nichts unternehmen, um die ethnischen Säuberungen, die systematische Vergewaltigung von Frauen und kleinen Mädchen, die Niedermetzelung der Unschuldigen, die Schandtaten, die jetzt die Ausmaße eines Völkermords annehmen, zu stoppen.

Es war Feigheit, Herzlosigkeit und fehlendes moralisches Empfindungsvermögen der westlichen Welt, die den Holocaust ermöglichten. Haben wir wirklich nichts aus dieser Erfahrung gelernt?

Ist die mächtigste Nation der Erde, die einzige Supermacht, hilflos angesichts der brutalen Aggression Serbiens? Da sind jene, die behaupten, dem sei so. Aber Sie selbst, Herr Präsident, haben während Ihrer Wahlkampagne überzeugend argumentiert, daß es nicht der Entsendung umfangreicher amerikanischer Bodentruppen bedürfe, um die serbische Aggression zu stoppen. Sie haben erklärt, daß gezielte Luftangriffe, die Aufhebung des Waffenembargos gegen die bosnischen Muslime und andere begrenzte Maßnahmen die serbische Aggression wirkungsvoll eindämmen könnten. In diesen Tagen haben weltweit Gedenkveranstaltungen an die sechs Millionen Juden erinnert, die während des Holocausts vernichtet wurden. Sie waren genauso Opfer der Gleichgültigkeit der Welt wie der Brutalität der Nazis. Sie haben, sehr verehrter Präsident, persönlich an der Einweihung des neuen US-Holocaust-Gedenk-Museums teilgenommen. Wenn das Gedenken an diese Opfer uns nicht dazu bewegt, auf das Leiden und die Verfolgung in unserer Zeit zu reagieren, welchen denkbaren Zweck soll diese Erinnerung haben?

Wenn wir uns nicht dazu durchringen können, das Blutbad in Bosnien zu beenden, dann hören wir doch wenigstens auf, uns einzumischen, indem wir verhindern, daß bosnische Muslime sich selbst verteidigen können. Herr Präsident, heben Sie das Waffenembargo jetzt auf! Ihr eigenes Expertenteam, das gerade aus Bosnien zurückgekehrt ist, hat darauf gedrängt, daß Sie das Embargo beenden. Sie haben auch zu militärischer Intervention aufgerufen, um belagerte Städte zu beschützen, die überfüllt sind mit Flüchtlingen. Ihr Elend geht weit über menschliche Leidensfähigkeit hinaus. Und Sie haben gefordert, daß bewaffnete Einheiten die Hilfstransporte zu diesen verhungernden Menschen begleiten. Handeln Sie nach diesen Empfehlungen, Herr Präsident!

Die »New York Times« vom 20. März berichtete über ein kleines Mädchen, das mit einem von einer explodierenden Granate zerfetzten Gesicht ins Krankenhaus von Srebrenica gebracht wurde. »Ich muß gestehen, wir alle hofften und beteten, daß sie sterben würde – und sie starb«, wurde ein UN-Repräsentant zitiert.

Ist das wirklich das beste, was wir tun können, Herr Präsident? Sollten wir beten, daß die Muslime in Bosnien alle sterben?

Wie sie so oft gesagt haben, Herr Präsident, wir können mehr tun. Und in den Worten des Weisen Hillel: »Wenn nicht jetzt, wann?«

Keine Zweckentfremdung also, daß die deutsche *Gesellschaft für bedrohte Völker* diesen Text für ihre Propaganda nutzte und ihn in der »Zeit« vom 30. April zusammen mit zwei eigenen offenen Briefen publizierte, deren einer den Bundespräsidenten rügte, weil er »zum Völkermord an den Bosniern geschwiegen« habe, während der andere den Bundeskanzler bat, die Serben daran zu hindern, daß sie »einen erneuten Völkermord in Europa vollenden«.

Starke Parolen, wie sie vor elf Jahren zuletzt gedroschen wurden. Damals, im Juni 1982, prangerte die westdeutsche Linke Holocaust, Vernichtung und Völkermord an. Wie in Auschwitz, mußte der »taz«-Leser glauben, ging es gerade im Libanon zu, wo die Palästinenser sich in Juden und die Juden sich in Nazis verwandelt hatten. Tatsache ist, daß die israelische Armee dort gegen die PLO einen Präventivkrieg führte und es keiner von der appetitlichsten Sorte war. Wie die muslimischen Soldaten im bosnischen Bürgerkrieg sich heute in den Dörfern und Städten hinter den eigenen Frauen und Kindern verschanzen, deren Flucht oder Evakuierung sogar mit Gewalt verhindern, zogen damals die bewaffneten Formationen der PLO sich vor den anrückenden israelischen Panzerverbänden in die Großstadt Beirut zurück. Seit die zivilisierte Welt vom Krieg einen ästhetischen Genuß erwartet, nehmen die Militärs auf Frauen, Kinder, Alte, Kranke der

eigenen Partei keine Rücksicht. Statt deren Wohngebiete kampflos dem Gegner zu überlassen, wenn die Front nicht mehr zu halten ist, provozieren die Anführer im Vertrauen auf den Propagandaerfolg das Gemetzel an den eigenen Leuten.

Wie die serbischen Belagerer Sarajevos heute hatten die israelischen Militärs damals wenig Lust, Beirut im verlustreichen Straßenkampf erobern zu lassen. Also schnitt man die Einwohner von jeder Versorgung ab, ferner wurden nicht nur feindliche Stellungen gezielt beschossen, sondern ganze Viertel von der Luftwaffe bombardiert. Wochenlang gehörten der Rauchpilz über der Stadt und in Brand geschossene Hochhäuser, meist Hotels, zu jeder Tagesschau. Während die israelische Armee sich auf konventionelle Kriegsführung beschränkte, besorgten mit ihr verbündete christliche Milizen die unerläßliche Schmutzarbeit. Eines der Kriegsziele nämlich war, was die heutige Propaganda in Anspielung auf die Praxis der Nazis *ethnische Säuberung* nennt. Damals sollten Palästinenser jedweder Art aus dem Südlibanon vertrieben werden, nicht um die Welt von einer minderen Rasse zu säubern, sondern weil die Palästinenser, wie sie selber erklärten, die Feinde Israels waren. Aber die Leute verschwinden nicht, wenn man sie gemäß den Genfer Konventionen behandelt. Wieder kam es zu schlimmen Massakern, wie es schon bei der Gründung Israels zu Massakern gekommen war.

Überall, wo heute irgendwelche Völker leben, hatten zuvor andere gelebt, nirgends haben die Vorgänger ihren Nachfolgern freiwillig Platz gemacht, stets war die Niederlassung mit Krieg, Massakern und Vertreibung verbunden. Absolut nichts aber hat das alles mit Auschwitz zu tun, einem System zur Vernichtung von Menschen, die in keinerlei Feindschaft, Rivalität, Konkurrenz oder auch nur in Beziehung zu den Deutschen standen. Falsch ist es deshalb, wenn den Amerikanern ein Völkermord an den Indianern vorgeworfen wird. Falsch ist es, die Israelis anzuklagen, weil bei der Gründung ihres Staates Hunderttausende Palästinenser vertrieben worden sind. Falsch war es 1982, die Aktionen der israelischen Armee im Libanonkrieg mit den Operationen der SS zu vergleichen. Falsch ist es heute, von Deportationen zu reden, wenn die israelischen Behörden Hamas-Aktivisten außer Landes jagen. Ebenso falsch ist es heute, im Zusammenhang mit dem bosnischen Bürgerkrieg von Völkermord zu sprechen, wo die Serben nur das tun, was in vergleichbarer Lage alle machen, nämlich Geschichte, wie man die stets bestialischen Gründungsakte oder Akte der Selbstbehauptung von Völkern oder Nationen später nennt.

Um so erstaunlicher, daß nun ausgerechnet der *American Jewish Congress* zwischen Völkermord und dem normalen Gang der Geschichte nicht mehr unterscheiden kann, wo doch die Amerikaner wie die Juden auf diesen Unterschied besonderen Wert legen müßten. Israel wie die USA sind vergleichsweise junge Nationen in dem Sinn, daß man die Umstände der Landnahme und Besiedlung noch erinnert. Anderswo mögen die Leute den Unsinn glauben, ihre Nation sei das Ergebnis friedlicher Vermehrung. Daß es nicht so war, müßten Juden und Amerikaner besser wissen.

Um so rätselhafter sind ferner die Motive, weil man zwar den Deutschen, nicht aber dem *American Jewish Congress* simple niedere Beweggründe wie zum Beispiel Rache für verlorene Kriege, alte Feindschaft oder das Interesse an der Gewinnung von Einflußzonen unterstellen kann. Überhaupt stimmt seit geraumer Zeit nicht mehr die Vorstellung, daß die Deutschen in der internationalen Hetzkampagne gegen Serbien federführend wären, vielmehr tun sich darin französische und britische Blätter inzwischen mehr hervor. Neben den französischen *Neuen Philosophen* Glucksmann, Levy, Finkielkraut wirkt ein Reißmüller fast gemäßigt. Unbestreitbar ist, daß die Serben den Haß gerade solcher Gruppierungen und Kreise im Westen auf sich ziehen, deren Selbstverständnis auf der Überzeugung beruht, sie wären die Hüter von Zivilisation und Humanität.

Ebenso unbestreitbar ist, daß die außerordentliche Vehemenz des gegen die Serben gerichteten Hasses auch dann nicht zu verstehen wäre, träfen alle Greuelmeldungen zu. Nicht mal der bosnische Rundfunk unterstellt den Serben ein Verbrechen, welches die USA im Vietnamkrieg (2 Millionen Tote, davon die Hälfte Zivilisten) erwiesenermaßen begangen haben, ohne daß die Verantwortlichen bestraft worden wären oder deren Aburteilung durch einen internationalen Gerichtshof zur Debatte stünde: nämlich gegen die Zivilbevölkerung gerichtete Flächenbombardements unter Einsatz von Napalm. Selbst wenn wirklich bislang im jugoslawischen Bürgerkrieg 200.000 Menschen umgekommen sind, und selbst dann, wenn sie alle auf das Konto von Milosevic gingen, hätte der Mann noch viel zu tun, um das Pensum des US-Protegés Mobutu oder des früheren haitianischen Diktators Baby Doc zu erreichen, welcher derzeit völlig unbehelligt in seiner Villa an der Cote d'Azur residiert. Richtig ist, daß muslimische Gefangene in serbischen Lagern bestialisch behandelt worden sind. Gerade französische Intellektuelle aber dürften doch darin keinen absolut ungewöhnlichen Vorgang sehen, schließlich war ihr heutiger Präsident in jenen Zeiten Innenminister, als die Grande Nation im Kolonialkrieg gegen die algerische Befreiungsfront für ihre Foltermethoden und Massaker berühmt geworden ist. Angenommen, der bosnische Bürgerkrieg wäre nichts als ein Verwüstungsfeldzug serbischer Verbände; angenommen ferner, die Belgrader Regierung ermöglichte ihn durch Lieferung von Waffen: selbst unter dieser Voraussetzung wäre ihre Schuld gering im Vergleich zu jener, welche die Westmächte allein bei der Hochrüstung einander befehdender Stämme in Afghanistan auf sich luden.

Merkwürdig fadenscheinig und in sich widersprüchlich wirkt daher die Argumentation des *American Jewish Congress*. Einerseits wird die Belieferung der Muslime mit Waffen gefordert, andererseits als emotionales Druckmittel das von einer Granate zerfetzte Gesicht eines kleinen Mädchens genommen, was nun eher gegen zusätzliche Waffenlieferungen spräche als dafür. Ferner erkennt man in diesem kleinen bosnischen Mädchen unschwer seine palästinensische Leidensgefährtin

wieder, deren Gesicht von einem aus nächster Nähe abgefeuerten Hartgummigeschoß zertrümmert worden ist, oder auch von scharfer Munition, denn beim Niederkämpfen der Intifada – eines Kinderaufstands – können die israelischen Sicherheitskräfte sich bisweilen Zimperlichkeiten nicht leisten. Schließlich sollten Amerikaner vermeiden, allzusehr ihre Außenpolitik mit der Sorge um kriegsverletzte Kinder zu begründen, weil sich mancher noch erinnern könnte an den alten Spruch: »Hey, hey, hey, LBJ, how many kids have you killed today«. Und das widersinnige Wort vom »völkermordenden Granatenbeschuß« erinnert nur an die stereotype Meldung, daß bei israelischen Angriffen auf PLO-Stellungen wieder soundsoviele Zivilisten umgekommen seien. Je genauer man den Text studiert, desto mehr verfestigt sich der Eindruck, daß er gar nicht die Serben meint, die den amerikanischen Juden in der Tat auch herzlich egal sein dürfen – ebenso egal, wie den Deutschen eigentlich Polizeimaßnahmen im weit entfernten Israel sein müßten.

Geradezu lachhaft klingt es dann, wenn die Patrioten an die eigene Adresse, also an die USA, die rhetorisch gemeinte Frage richten: »Ist die mächtigste Nation der Erde, die einzige Supermacht, hilflos angesichts der brutalen Aggression Serbiens?« Mit den Serben, könnte man antworten, würde sie schon fertig werden. Aber mit sich selber nicht. Wer kann die Supermacht unter Kontrolle halten, seit es das Gleichgewicht des Schreckens nicht mehr gibt? Wer hindert die USA daran, die Vietnamkriege demnächst reihenweise zu führen? Das ist das Problem, nicht Serbien.

Insgesamt wirkt der Text wie das Produkt einer ungeheuren Verdrängungsleistung, und der Grund dafür könnte vielleicht sein, daß der Westen auf dem Balkan mit den von ihm nie überwundenen oder von ihm aufgegebenen Geschäftsgrundlagen dessen konfrontiert wird, was er als seine Zivilisation bezeichnet, die in Wahrheit nur tiefgefrorene Barbarei gewesen war. Nun herrscht Tauwetter, und den Zivilisationsaposteln schwant, was das bedeutet. Deshalb verfallen sie in Panik, schlagen allen Ernstes im Namen der Humanität für Bosnien Maßnahmen vor, deren Resultat nur die komplette Ausrottung der dortigen Bevölkerung sein könnte. Mit Gewalt, auch militärischer, wollen sie den Sieg über etwas erringen, das sie eigentlich selber sind. Schon in Waco ist dies Clinton nicht geglückt.

Wolfgang Pohrt kommentierte in KONKRET 5/93 den Eintritt der Deutschen in den 3. Balkankrieg

Kasten Seite 13

Waco II?

Wird Bosnien Clintons zweites Waco? Derzeit (Stand 11. Mai) spricht dagegen: Die Nato-Verbündeten, allen voran die BRD, heizen zwar mit lautem Nachdenken über eine militärische Lösung permanent die Stimmung an. Vor den Konsequenzen, d.h. einer Beteiligung, schrecken sie aber einstweilen noch zurück. Bei der amerikanischen Bevölkerung findet Clintons geplanter Militärschlag keine Zustimmung, 55 Prozent sind dagegen, 36 Prozent dafür. Deutlicher noch ist das Mißtrauen im Kongreß, und der UN-Sicherheitsrat hätte auch noch ein Wörtchen mitzureden. Ferner lehnen nicht nur hohe US-Militärs, sondern alle Nato-Stabschefs (im Unterschied zu Wörner) das Unternehmen vorläufig ab. In der »Welt am Sonntag« vom 2.5.1993 kommentierte Herbert Kremp: »Es war schon eine ungewöhnliche Szene, als der Vorsitzende des Militärkomitees der Nato, Feldmarschall Vincent, in der vergangenen Woche die Regierungen daran erinnerte, daß ohne eindeutige politische Zielvorgabe eine militärische Intervention auf dem Balkan derzeit nicht zu verantworten sei.« Schließlich kann auch die Sprachregelung von den »eigentlich miteinander verbündeten« Moslems und Kroaten nicht den uneigentlichen Krieg zwischen ihnen bagatellisieren, der bei Vitez und in Mostar mit Massakern verbunden war. Schwer zu entscheiden daher, welche Partei nicht bombardiert werden soll, da sie alle eine Lektion in Humanität zu brauchen scheinen. Anders gesagt: Das Feindbild wird unscharf. Folglich nimmt Clinton in der Jugoslawienpolitik das Tempo zurück und versucht, den Amerikanern die niedrigen Zinsen als Erfolg seiner Wirtschaftspolitik zu verkaufen.

Wird es dabei bleiben? Sicher nicht. Niedrige Zinsen sind kein Ersatz, weder für Wohlstand noch für militärische Siege. Entweder findet Clinton einen anderen Schauplatz, oder er wird versuchen, das Ding doch noch in Jugoslawien zu drehen, wobei freilich etwas nachgeholfen werden muß. *Special Forces* der US-Army, wurde undementiert gemeldet, seien schon im Einsatz. Welche Möglichkeiten haben sie, insbesondere dann, wenn sie auf den Apparat von Izetbegovic zurückgreifen können, der die Intervention noch dringender braucht als Clinton? Anders gefragt: Wie inszeniert man die Bedingungen für eine Invasion? Beispiele:

Der Grenzzwischenfall. Irgendwo sterben 10 ungarische, bulgarische oder rumänische Zöllner bei einem Feuerüberfall, und dem Westen bleibt keine andere Wahl, als die Ausweitung der serbischen Aggression zu einem Balkankrieg mit militärischen Mitteln zu verhindern.

Ein besonders schweres Massaker. Immer noch lagern in Tuzla und Umgebung angeblich immense Vorräte an flüssigem Chlorgas und andere gefährliche Chemikalien. Hier kann eine Sprengladung Wunder wirken. Wird sie zum richtigen Zeitpunkt gezündet, haut die politische Druckwelle alle Interventionsgegner um.

Terroranschläge, die nicht hingenommen werden können. Kurz nach dem Start fällt ein Jumbo-Jet wieder runter – eine Aktion der serbischen Terrororganisation »Schwarze Hand«, deren Hintermänner bekanntlich in Belgrad sitzen.

Der Präventivschlag gegen eine wachsende Bedrohung. Italienische und österreichische Medien diskutieren derzeit die Frage, ob Serbien Scud-Raketen besitze. In Aviano wurden angeblich schon amerikanische Patriot-Raketen stationiert.

Konkret 06/93, S. 14

Michael Hahn

»Mit voller Führungskraft«

Vom Plädoyer für die territoriale Integrität Jugoslawiens zur Vorbereitung eines Militärschlages gegen Serbien: Innerhalb von anderthalb Jahren hat sich die Balkan-Politik der US-Administration dramatisch verändert

Die US-amerikanische Jugoslawienpolitik versuchte – im Gegensatz zu der der BRD – lange Zeit, eine Zerstückelung des Balkanstaats und eine allzu unkontrollierte Destabilisierung Osteuropas und der Sowjetunion zu verhindern. Am 21. Juni 1991 reiste US-Außenminister James Baker nach Belgrad und erklärte dort seine Unterstützung für die territoriale Integrität des vom Auseinanderfallen bedrohten Jugoslawiens. Baker warnte Slowenien und Kroatien vor den »Gefahren einer einseitigen Lostrennung« – eine Warnung, die jedoch unbeachtet blieb: Wenige Tage nach Bakers Besuch erklärten die beiden Teilrepubliken ihren Austritt aus der jugoslawischen Föderation.

Während Warren Zimmerman, der US-Botschafter in Jugoslawien, sich monatelang bemüht hatte, Kroaten und Slowenen von der Separation abzuhalten, hatte die BRD-Regierung hinter den Kulissen in die entgegengesetzte Richtung gedrängt. »Wir fanden später heraus«, zitiert der amerikanische Journalist John Newhouse einen US-Diplomaten, »daß Genscher täglichen Kontakt zum kroatischen Außenminister hatte. Er ermutigte die Kroaten, die Föderation zu verlassen und die Unabhängigkeit zu erklären, während wir und unsere Verbündeten versuchten, ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen.«

Auch in den folgenden Monaten blieb der politische Einfluß der USA auf das jugoslawische Geschehen im Vergleich zu dem der BRD und der EG gering. Auf militärischer Ebene begann die Westeuropäische Union (WEU) im Herbst 1991, die Entsendung von »Friedenstruppen« zu diskutieren: Bis zu 30.000 Soldaten waren im Gespräch. Die USA blieb bei solchen militärischen Überlegungen außen vor. Am 8. November verhängte die EG Wirtschaftssanktionen gegen Belgrad, denen sich tags darauf die USA anschlossen. Allerdings boykottierten die USA alle sechs jugoslawischen Teilrepubliken gleichermaßen, um alle Beteiligten zu einer gemeinsamen Regelung zu zwingen, während zum Beispiel die BRD von Anfang an einseitig Serbien-Montenegro aufs Korn nahm.

Der Konflikt zwischen EG (vor allem der BRD) und USA verschärfte sich im Dezember 1991, als Helmut Kohl den Präsidenten Sloweniens und Kroatiens »noch vor Weihnachten« die diplomatische Anerkennung durch Bonn versprach. Der damalige stellvertretende US-Außenminister Lawrence Eagleburger warnte umgehend vor einer »vorzeitigen und einseitigen Anerkennung jugoslawischer Republiken«, die nur Friedenschancen zunichte machen und zu weiterem Blutvergießen führen werde. Am 15. Dezember trat auch US-Präsident Bush dafür ein, in Sachen Anerkennung »langsam zu verfahren«. Bushs Rat verhallte jedoch ungehört: Am folgenden Tag setzte sich Genscher auf der EG-Außenministerkonferenz gegen französische und britische Vorbehalte durch. Die EG versprach die diplomatische Anerkennung Sloweniens und Kroatiens zum 15. Januar 1992. Diese Zusage hielt die BRD jedoch nicht von einem weiteren Alleingang ab: Bonn erkannte die beiden Republiken bereits am 18. Dezember an.

Die rücksichtslose deutsche Anerkennungspolitik löste in der US-Öffentlichkeit Besorgnis aus. Die »New York Times« sprach vom »langfristigen Ziel Deutschlands, eine Einflußsphäre wiederaufzubauen, die von Tallinn in Estland bis nach Zagreb in Kroatien reichen könnte«. Und die »Washington Post« vermerkte, daß das deutsche Vorgehen und ein »niedrigeres US-Profil in Europa die amerikanische Fähigkeit in Frage stellten, den wichtigsten US-Verbündeten auf dem europäischen Kontinent noch zu beeinflussen« (siehe KONKRET 3/92).

Der Bush-Regierung blieb jedoch nichts übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen und sich den von BRD und EG geschaffenen neuen Realitäten im ehemaligen Jugoslawien anzupassen: Am 7. April ‘92, ein knappes Vierteljahr nach der diplomatischen Anerkennung durch die EG, zogen auch die USA nach und erkannten die staatliche Unabhängigkeit von Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina an.

Noch bis zum Sommer 1992 blieb die Haltung der amerikanischen Administration äußerst zurückhaltend. Im Mai berief Washington zwar den US-Botschafter Zimmerman aus Belgrad ab, um gegen die »serbische Aggression gegen Bosnien« zu protestieren, aber Regierungssprecherin Margarete Tutwiler erklärte, ihr seien keinerlei US-Sicherheitsinteressen bekannt, die von den Auseinandersetzungen in Jugoslawien berührt würden. Und während der Bombardierung Sarajevos im Juni lehnte US-Präsident Bush mit der für ihn recht ungewohnten Beteuerung, die USA seien »keine Weltpolizisten«, ein militärisches Eingreifen der USA ab.

Erst mit der Nominierung Bill Clintons zum Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei im Juli verschärfte sich die politische Diskussion in den USA. Der frühere Vietnamkriegs-Gegner Clinton profilierte sich im Wahlkampf als außenpolitischer Scharfmacher und schlug vor, den Flughafen von Sarajevo militärisch zu »öffnen« – ein Vorschlag, den Bush zunächst als »rücksichtslos« zurückwies, aber wenige Tage später selbst übernahm. Der demokratische Herausforderer sattelte umgehend drauf: Die USA sollten Gefangene unter Militäreinsatz aus serbischen Internierungslagern befreien und das Waffenembargo gegen Bosnien-Herzegowina und Kroatien sofort aufheben (siehe KONKRET 10/92.

Auch die Regierung begann nun deutlich schärfere Töne gegenüber Serbien anzuschlagen. Bush begann auf einen Uno-Beschluß zur bewaffneten Absicherung humanitärer Hilfssendungen zu drängen und setzte sich ab Oktober für eine militärische Durchsetzung der Flugverbotszone über Bosnien ein. Lawrence Eagleburger schlug nach seiner Beförderung zum Außenminister Ende August vor, ein Kriegsverbrechertribunal abzuhalten. Dieser in erster Linie gegen Serbien gerichtete Vorschlag war um so bemerkenswerter, als Eagleburger bisher als Mitglied der sogenannten »Belgrad-Mafia« in der US-Administration gegolten hatte und in den Medien wiederholt wegen seiner angeblichen Sympathien für die serbische Führung angegriffen worden war. Eagleburger war jahrelang US-Diplomat in Jugoslawien gewesen, zuletzt als Botschafter während der Carter-Administration von 1977-1980. Auch Bushs Nationaler Sicherheitsberater Brent Scowcroft hatte in den 60er Jahren in der Belgrader US-Botschaft gearbeitet.

In den 80er Jahren arbeiteten Eagleburger und Scowcroft, die sich auf Kabinettssitzungen im Weißen Haus oft auf Serbokroatisch unterhielten, als Direktoren von Kissinger Associates, einer vom früheren US-Sicherheitsberater Henry Kissinger gegründeten Privatfirma, die ausländische Regierungen beim Waffenkauf und der Kapitalaufnahme auf dem US-amerikanischen Markt berät – eine Tätigkeit, für die Eagleburger laut »New York Times« jährlich 900.000 Dollar erhielt (auch der EG-Unterhändler und frühere britische Außenminister Lord Carrington arbeitete für Kissinger Associates). Zu Eagleburgers Klienten gehörten u.a. der YugoAutomobilkonzern ZCZ, die größte Rüstungsfirma Jugoslawiens. Von 1986 bis 1990 war Eagleburger außerdem Direktor der US-Tochterfirma der größten jugoslawischen Bank LBS (Ljubljanska Banka).

Auch Ronald Reagans früherer Botschafter in Belgrad, John Douglas Scanlan, wird in den US-Medien zur Washingtoner »Belgrad-Mafia« gezählt. Scanlan wechselte vom Diplomatenstuhl auf den vermutlich besser gepolsterten Vizechef-Sessel des Belgrader Pharma-Unternehmens Galenika. Diese Firma wird von Milan Panic kontrolliert, einem kalifornischen Millionär, der mit Unterstützung der USA vorübergehend den Posten des Premierministers in Belgrad übernahm und im Dezember 1992 gegen den serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic kandidierte. Kurz vor dem Wahltermin präsentierte Eagleburger der Weltöffentlichkeit eine Liste mit mutmaßlichen Kriegsverbrechern, die fast ausschließlich serbische Namen enthielt, u.a. den von Milosevic. Diese versuchte Beeinflussung der serbischen Wahlen ging jedoch nach hinten los. Die Verteufelung durch die USA verschaffte Milosevic zu Hause nur höheres Ansehen: Er gewann mit deutlichem Abstand.

Nach seiner Amtsübernahme im Januar 1993 distanzierte sich Clinton zunächst vom bosnischen Teilungsplan der Vermittler Vance und Owen, weil dieser die serbischen Aggressoren bevorzuge und die bosnischen Moslems benachteilige. Die neue Administration bekundete, unabhängig von Uno und EG eine ausgewogenere Lösung herbeiführen zu wollen. EG-Unterhändler Lord Owen wertete Clintons Haltung in der einflußreichen US-Zeitschrift »Foreign Affairs« als Ausdruck mangelnder Sachkenntnis – in der Tat schien die neue Administration sich erst einmal sachkundig machen zumüssen. Außenminister Warren Christopher wußte zunächst nicht einmal, daß in Bosnien auch Serben leben. »Deshalb war er so erstaunt«, zitierte die »Frankfurter Rundschau« einen Berater des UN-Beauftragten Cyrus Vance, »daß die serbische Bevölkerung 43 Prozent des Landes erhalten soll«.

Anfang Februar schwenkte Clinton zwar auf eine zumindest verbale Unterstützung des Vance-Owen-Plans um, ernannte aber dennoch einen eigenen Unterhändler, den früheren US-Botschafter im Libanon, Reginald Barthomolew. Clinton präsentierte einen vage gehaltenen Sechs-Punkte-Plan zur Beilegung des bosnischen Konflikts. Erstmals meldete die US-Regierung auch ihre Bereitschaft an, im Falle eines Friedensabkommens US-Einheiten als »Friedenstruppen« in das ehemalige Jugoslawien zu entsenden. Kampfeinsätze in Bosnien lehnten Clinton und Christopher jedoch weiterhin ab und betonten, den Konflikt durch Verhandlungen beilegen zu wollen.

Nach dem russischen Referendum Ende April änderte Washington schlagartig die Gangart. Der liberale demokratische Senator Joseph Biden vom Auswärtigen Ausschuß verlangte, die USA sollten sich über die Vorbehalte ihrer westlichen Verbündeten und Rußlands hinwegsetzen und »beginnen, mit voller Führungskraft zu handeln«. Biden empfahl Luftangriffe auf serbische Stellungen in Bosnien und auf Einrichtungen in Serbien selbst und forderte, der bosnischen Armee unverzüglich Waffen im Wert von 50 Millionen Dollar zu liefern.

Bald sprach sich auch Clinton für Bombenangriffe und die Aufhebung des Waffenembargos aus und schickte Außenminister Christopher zu Konsultationen nach Westeuropa und Rußland. Presseberichten zufolge baldowerten gleichzeitig verdeckte US-Spezialeinheiten im ehemaligen Jugoslawien bereits Angriffsziele aus. Der Hauptgegenstand von Christophers Konsultationen dürfte weniger die Frage eines Militäreinsatzes an sich, sondern die der politisch-strategischen Entscheidungsstrukturen gewesen sein: Sollte der Oberbefehl beim Pentagon bzw. der Nato-Zentrale oder beim UN-Generalsekretariat liegen? Wie bereits beim Krieg gegen Irak und in Somalia weigert sich Washington, US-Truppen unter UN-Befehlshoheit zu stellen. Dabei stieß Christopher nur in Bonn auf vorbehaltlose Zustimmung: In Paris will man den Oberbefehl über militärische Aktionen nicht der Nato, sondern der Uno übertragen, während London sich vor allem dem US-Vorhaben widersetzt, das Waffenembargo gegen Bosnien aufzuheben.

Offenbar haben sich innerhalb Europas für die USA die Gewichte verschoben. Befand sich Washington zu Beginn der Jugoslawien-Krise (z.B. in der Frage der diplomatischen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens) noch eher auf seiten Frankreichs und Großbritanniens und in Gegnerschaft zur BRD, kann sich die US-Regierung spätestens seit der Bonner AWACS-Entscheidung wohl am ehesten auf Deutschland verlassen.

Die frühere Zurückhaltung der Bush-Administration in Sachen Jugoslawien hatte es der EG erlaubt, die USA aus der europäischen Politik »unklugerweise herauszudrängen«, auch wenn die USA »nur allzu bereit waren, sich herausdrängen zu lassen«, wie es EG-Unterhändler Lord Owen in »Foreign Affairs« formulierte. Die diplomatischen und ökonomischen Einflußmöglichkeiten der USA in Europa mögen tatsächlich gering geworden sein. Erst die Verlagerung auf die militärische Ebene ermöglichte es der neuen Administration, mit der Eskalation von Boykottmaßnahmen und Bombendrohungen das politische Ruder in Europa wieder in die Hand zu bekommen.

Ob dahinter eine bewußte Strategie stand, kann hier nur vermutet werden. Der kenntnisreiche US-Journalist John Newhouse berichtete jedenfalls im »New Yorker«, daß »viele, wenn nicht gar die meisten« Führungspolitiker in den USA (einschließlich des damaligen Außenministers James Baker) zunächst dafür eintraten, daß sich die USA zurückhalten und das Thema Jugoslawien ganz den Europäern überlassen sollten. In Washington wurde angenommen, so Newhouse, daß »Europa diesen Test nicht bestehen und so schmerzhaft daran erinnert werde, daß es eine fortgesetzte starke amerikanische Präsenz benötigt«.

Die neue Administration wollte sich dann nicht länger mit Abwarten begnügen: Vor ihrer Ernennung zur Direktorin für europäische Angelegenheiten in Clintons Nationalem Sicherheitsrat forderte Jenonne Walker in einem Zeitschriftenartikel »weit mehr Engagement der USA beim politischen und ökonomischen Wiederaufbau Osteuropas«. Es sei »nicht in Amerikas Interesse, hintenanzustehen, während die Deutschen, Franzosen, Italiener und andere sich (in Osteuropa) günstige Ausgangspositionen verschaffen.« Walker schlug sogar vor, im ehemaligen Jugoslawien nicht nur kurze Bombenangriffe zu fliegen, sondern Bodentruppen einzusetzen. Anderenfalls »ziehen sich die Vereinigten Staaten aus einer ernsthaften Rolle in den militärischen Dimensionen europäischer Sicherheitsprobleme nach dem Ende des Kalten Krieges zurück... – mit schwerwiegenden Konsequenzen nicht nur für die Osteuropäer, sondern auch für Amerikas Rolle in Europa und darüberhinaus.«

Der militärische Eskalationskurs birgt für Clinton, dessen Amtsführung nach den ersten 100 Tagen im Weißen Haus nur von 43 Prozent der befragten US-Amerikaner gut geheißen wurde, erhebliche innenpolitische Risiken. Trotz monatelanger antiserbischer Propaganda in den Medien, die auch mit Holocaust- und Hitlervergleichen nicht eben sparsam hantierten, sprach sich in Umfragen Anfang Mai nur etwa ein Drittel der US-Bevölkerung für Bombenangriffe in Bosnien aus; noch weit weniger befürworteten die Entsendung von Bodentruppen. Selbst führende US-Militärs rieten nachdrücklich von Luftangriffen auf serbische Stellungen in Bosnien ab. Auch als Präsident Clinton und Verteidigungsminister Les Aspin Anfang Mai offen Bombenangriffe forderten, warnten Generalstabschef Colin Powell und andere hochrangige Generäle noch vor den unabsehbaren Risiken und den geringen Erfolgschancen solcher Operationen. Militärs, die bei der Bombardierung Iraks noch mit der angeblichen Präzision US-amerikanischer »smart bombs« geprahlt hatten, warnten jetzt vor unvermeidlichen Opfern unter bosnischen Zivilisten.

Eine Eskalation auf dem Balkan brächte dem US-Militär allerdings auch Vorteile. Nach der von George Bush initiierten »humanitären« Intervention in Somalia könnten »chirurgische« Luftangriffe gegen einen dämonisierten serbischen Gegner und moralisch verbrämte US-»Friedenstruppen« in Bosnien-Herzegowina einen weiteren Versuch darstellen, der US-Öffentlichkeit nach der Auflösung der Sowjetunion weitere Rüstungsinvestitionen und Umstrukturierungen des US-Militärs schmackhaft zu machen. Clinton betreibt eine Flexibilisierung und Modernisierung des US-Kriegsapparats durch den beschleunigten Aufbau von schnellen Eingreiftruppen und flexiblen Transportkapazitäten. Wozu solche Eingreiftruppen dienen sollen, beschrieb vor kurzem der einflußreiche demokratische Senator Daniel Patrick Moynihan. In den kommenden Jahrzehnten liege das größte Bedrohungspotential in ethnischen Konflikten: »Es wird grausam werden. Bereiten Sie sich auf weltweit 50 neue Staaten in den nächsten 50 Jahren vor. Die meisten davon werden durch Blutvergießen geboren werden.«

Michael Hahn schrieb in KONKRET 10/92 über den Präsidentschaftskandidaten Clinton

Konkret 06/93, S. 17

Abdurahman H. Maho-Aves

American Kick

Zehn Thesen zur US-/UN-Intervention in Somalia

Ende Dezember 1990 stürmte die somalische Bevölkerung den Präsidenten-Palast in Mogadischu und vertrieb nach 21jähriger Militärherrschaft den amtierenden Diktator Siad Barre aus der Hauptstadt. Dieser Volksaufstand war von einer kleinen Fraktion der Oppositionsfront »United Somali Congress« (USC) initiiert worden, die zum Hawiye-Clan gehört. Die Somalis aber, verbittert über die lange Zeit der Diktatur, schlossen sich dem Aufstand unterschiedslos an. Spontan und unkoordiniert, wie er zustandegekommen war, verlief er plan- und ziellos. Seine Anführer hatten über die Konsequenzen ihres Unternehmens kaum nachgedacht und weder klare politische Ziele formuliert noch personelle Vorbereitungen zur Füllung des entstehenden Machtvakuums getroffen.

Da die Aufständischen sich unfähig zeigten, die Regierungsgewalt zu übernehmen und auszuüben, herrscht seit dieser Zeit in Somalia – vor allem in Mogadischu – ein chaotischer Bürgerkrieg, in dem Clan gegen Clan und jeder gegen jeden kämpft und der bereits unzählige Menschenleben gekostethat. Zu Beginn dieser Auseinandersetzungen übernahm eine Gruppe älterer Politiker und Kaufleute die Macht im Staat, die kurz vor dem Sturz des Diktators als »Manifesto-Gruppe« von sich reden gemacht hatte. Sie war im Mai 1990 mit einem Appell an die Öffentlichkeit getreten, in dem sie die politische und wirtschaftliche Misere des Landes beschrieb und sich als Vermittler zwischen dem Diktator und der Opposition anbot. Nun, nach dem Erfolg des Aufstands, war sie unfähig, aus ihrer Mitte einen starken Kandidaten für das Amt des Regierungschefs zu nominieren. Sie beugte sich dem Führungsanspruch des Hawiye-Clans und bestimmte bedeutungslose Persönlichkeiten zur Übernahme der Staatsmacht.

Daß die Führungsspitzen der Befreiungsbewegungen sich während des Aufstandes nicht in Mogadischu aufhielten, hatte fatale Konsequenzen: Die Mitglieder der »Manifesto-Gruppe«, deren politische Ziele sich von denen der Befreiungsfronten deutlich unterschieden, nutzten die Situation und teilten die Regierungsposten unter sich und alten Gefolgsleuten des verjagten Diktators auf. Einzig General Mohamed Farah Aideed, einer der Führer der Befreiungsbewegungen, wurde von den »Manifesto«-Leuten akzeptiert und zum Verteidigungsminister der Übergangsregierung ernannt. Die übrigen Oppositionsgruppen, die jahrzehntelang im In- und Ausland die Diktatur bekämpft hatten, mußten das Feld den Kollaborateuren und den ehemaligen Dienern Barres überlassen. Sie wurden weder an der neuen Regierung beteiligt noch auch nur politisch konsultiert.

Die Konsequenzen dieses Vorgehens zeigten sich sehr bald: Der neue Präsident Ali Mahdi verfolgte stur die Interessen seines eigenen Clans. Zahlreiche Angehörige anderer Clangruppen wurden unter seiner Regierung in Mogadischu verfolgt, vertrieben, ermordet. Daraufhin zog sich die Befreiungsfront SNM (Somali National Movement) mit Unterstützung des Ishaaq-Clans in ihr Gebiet im Norden zurück, um sich neu zu formieren. Die Somali Salvation Democratic Front (SSDF) verlegte ihre Aktivitäten ins Gebiet des Majeerteeni-Clans im Nord-Osten des Landes, wo sie eine eigene Verwaltung aufbaute. Die Oppositionsfront Somali Patriotic Movement (SPM), deren Mitglieder dem Ogadeen-Clan entstammen, ließ sich im Süden des Landes nieder. Die vom Hawiye-Clan unterstützte Oppositionsfront USC kontrolliert auch weiterhin Zentral-Somalia mitsamt der Hauptstadt.

Im Auftrag des neuen Präsidenten, der das Machtmonopol der Regierung landesweit wiederherstellen wollte, begann General Aideed, »Eroberungskriege« im ganzen Land zu führen, in deren Verlauf mehr als 200.000 Menschen getötet, viele Städte und Dörfer zerstört, die Landwirtschaft verwüstet und Industrieanlagen geplündert wurden. Trotz einer unerbittlichen Kriegsführung konnte Aideed weder im Nord-Osten noch im Süden des Landes nennenswerte Gebiete erobern, da die dort ansässigen Clans starken Widerstand leisteten. Es gelang ihm allerdings, die bisherigen Befreiungsfronten in Subclans zu spalten und gegeneinander zu hetzen, so daß binnen kurzem das ganze Land mit kriegerischen Auseinandersetzungen überzogen war.

Die übrige Welt schaute dem Blutvergießen tatenlos zu, kein arabisches oder islamisches Land und keine arabische oder islamische Organisation schien die Massaker in Somalia zu interessieren. Ebensowenig kümmerten sich afrikanische Staaten oder die OAU um Elend und Hunger in Somalia, bis Butros Ghali nach seiner Wahl zum Uno-Generalsekretär die Weltöffentlichkeit darauf aufmerksam machte.

Erst als die Massenmedien Ende 1991 seine Hinweise ernst nahmen und die Weltöffentlichkeit über den Krieg in Somalia zu informieren begannen, schickte die Uno eine Beobachterdelegation nach Mogadischu. Im Juli 1992 vermittelte die Uno schließlich einen prekären Waffenstillstand, in dessen Folge die Belieferung der notleidenden Bevölkerung mit Lebensmitteln und Medikamenten einsetzen konnte. Daraufhin bildeten sich marodierende Banden, die nicht mehr unter der Kontrolle der Oppositionsfronten standen und immer wieder Hilfsgüterkonvois überfielen. Diese Behinderung der internationalen Hilfsorganisationen nutzten sowohl die Weltorganisation als auch die Vereinigten Staaten, um sich »menschenrechtlich« bzw. außenpolitisch zu profilieren.

Als erste reagierten die USA mit dem Angebot, ein Kontingent von 30.000 Marines nach Somalia zu schicken. Die Washingtoner Interpretation dieses Angebots besagt, daß damit den verhungernden und kranken Menschen in Somalia geholfen werden sollte – durch Entwaffnung der Plünderer und Banditen, durch Überwachung und Sicherung der Hilfstransporte. Warum aber haben die Amerikaner zwei Jahre lang dem Krieg und dem Hunger in Somalia zugeschaut, ohne etwas dagegen zu unternehmen? Woher ihr plötzliches Interesse an einer so entlegenen Region?

Wer die Gepflogenheiten der internationalen Politik nur ein wenig kennt, weiß, daß nicht uneigennützige humanitäre Motive, sondern handfeste politische und ökonomische Interessen die Handlungen der Großmächte bestimmen. Im Falle Somalias war das nicht anders. Was – neben innenpolitischen Erwägungen – die amerikanische Administration veranlaßt haben mag, auf dem afrikanischen Kontinent militärisch zu intervenieren, möchte ich mit den folgenden Thesen wenigstens andeuten.

1. Somalia ist strategisch wichtig geworden, da die USA bestrebt sind, die Position des kenianischen Staatspräsidenten Arap Moi zu stützen. Moi ist mit einer starken Opposition konfrontiert, die ihn mit demokratischen Mitteln loszuwerden wünscht. Die politischen Auseinandersetzungen haben Kenia an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht. Hinzu kommt die wirtschaftliche Misere: 1991 sank der Tourismus um 40 Prozent. Die französische und die italienische Botschaft in Nairobi rieten damals ihren Bürgern davon ab, das Land vor den Wahlen vom 29.12.1992 zu besuchen. Die Anwesenheit von 30.000 US-Marines in Somalia sollte nun die nervös gewordenen Ausländer und Investoren in Kenia beruhigen. Sie sollte auch die dortige Opposition einschüchtern und von militanten Aktionen abhalten.

2. Somalia besitzt strategische Bedeutung für die Befriedung Äthiopiens. Die dortigen Friedensbemühungen sind noch nicht erfolgreich abgeschlossen worden, vielmehr muß damit gerechnet werden, daß dieser Staat auseinanderbricht. Die USA waren die erste ausländische Macht, die nach der Vertreibung des Diktators Haile Mariam Mengistu der Befreiungsarmee Ethiopian People Democratic Front (EPDF) ein Friedensabkommen unterbreitete. In London organisierten sie zusammen mit England im Mai 1991 eine Konferenz, auf der die Oppositionsgruppen ihre Probleme regeln sollten. Eritrea setzte sich mit der Forderung nach Unabhängigkeit von Äthiopien durch. Nun wollen auch andere Ethnien ihren eigenen Staat. Die größte ethnische Bevölkerungsgruppe Äthiopiens, die Oromos, kämpft ebenso für ihre Autonomie wie die der Ogadeenis. Die 30.000 US-Soldaten im Nachbarland sollten derartige Bestrebungen im Zaum und unter Kontrolle halten.

3. Somalia besitzt strategische Bedeutung auch im Hinblick auf den Sudan. Dort tobt seit Jahrzehnten ein erbitterter Bürgerkrieg zwischen der Bantubevölkerung im Süden und der arabischen Elite im Norden. Alle internationalen Vermittlungsversuche sind bisher fehlgeschlagen. Die sudanesische Regierung ist jetzt offenbar entschlossener denn je, den Bürgerkrieg mit Gewalt zu beenden. Westliche Truppen in Somalia sind ein Element der Einschüchterung für die am Konflikt beteiligten Parteien.

4. Somalia spielt geopolitisch eine wichtige Rolle für die Eindämmung des islamischen Fundamentalismus in Ostafrika und im mittleren Osten, der – vom Iran und vom Sudan aus – in letzter Zeit an Dynamik gewonnen hat. Seine Anhänger haben auch in Somalia Fuß gefaßt und dort verschiedene militante Aktionen durchgeführt. Die meiste Unterstützung für die Islamisten in Somalia kommt aus dem Iran. Im Sudan sollen sich mehr als 25 Ausbildungslager für islamische Milizen befinden, die unter der Führung von Iranern stehen. Viele in diesen Lagern ausgebildete Milizionäre sind nach Kenia, Äthiopien und Somalia eingeschleust worden.

5. Somalia ist strategisch unverzichtbar zum Schutz und zur Kontrolle der arabischen Golfstaaten. Erst kürzlich ist der Iran wegen seines Anspruchs auf die zu den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) gehörende Insel Abu Musa wieder dumm aufgefallen. Er hat darüber hinaus Anspruch auf weitere Inseln in diesem Gebiet erhoben. Die VAE sind bedeutende Erdölförderer in der Golfregion. Die USA haben mit diesem Staat einen Verteidigungspakt – vergleichbar dem mit Kuwait – abgeschlossen.

6. Für die Sicherung des Erdöltransports aus der Golfregion ist Somalia ebenso ein wichtiger Stützpunkt wie für die Kontrolle möglicher Konflikte zwischen einzelnen Golfstaaten. So ist es etwa zwischen Saudi-Arabien und Katar in den letzten Jahren zu Spannungen gekommen, weil die Saudis im Grenzgebiet zu Katar ein Stück Land annektiert haben.

7. Im Somalia gegenüberliegenden Jemen wurden größere Mengen Erdöl gefunden. Saudi-Arabien bemüht sich, die Ausbeutung der Ölfelder durch die Jemeniten zu verhindern. Die beiden Staaten scheinen derzeit bereit zu sein, ihre Interessen auch militärisch durchzusetzen. Auch im Hinblick auf diesen Konflikt ist Somalia für die USA von strategischer Bedeutung, um ihre Interessen in der Golfregion durchzusetzen, wo sich über 60 Prozent der Erdölweltreserven befinden.

8. Eine Kontrolle Somalias ist zudem wichtig, weil sich 80 Prozent des Welturanbergbaus in Afrika befinden.

9. Somalia und Äthiopien wurden von den Kolonialmächten immer als das Tor zu Afrika betrachtet. Wer dieses Tor kontrolliert, kann auch das Haus überwachen. Die Präsenz des Westens/der USA am Horn von Afrika füllt ein Vakuum, das die Sowjets hinterlassen haben, und ermöglicht die Beherrschung des Roten Meers und des Indischen Ozeans sowie aller

strategischen Korridore dieser Region nach Asien, Afrika und Europa. Die Einrichtung einer militärischen Basis z.B. in der strategisch wichtigen Stadt Berbera in Nord-Somalia oder die Stationierung von Truppen entlang der 3100 km langen somalischen Küste ermöglicht die Beherrschung ganz Ostafrikas. Wer den Schlüssel zum Roten Meer am Bab-el-Mandab hat, hat auch die Möglichkeit, das Tor zuzuschlagen, wenn er es für nötig hält.

10. Auch unmittelbar auf Somalia zielende wirtschaftliche Interessen haben die US-Intervention motiviert. Vor einigen Jahren haben amerikanische Satelliten in Somalia reichhaltige Erdöl- und Erdgasquellen entdeckt. US-amerikanische Ölfirmen erhielten noch von Barre das Recht, diese Vorkommen exklusiv auszubeuten und darüber hinaus nach Gusto in zwei Dritteln des Landes nach Erdöl- und Erdgaslagerstätten zu forschen. Diese Ölfirmen, darunter Conoco Inc. aus Houston, Amoco Corp. aus Chicago, Chevron Corp. und Phillips Petroleum Corp. aus Bartlesville, haben – so wird berichtet – mittlerweile dreistellige Dollarmillionenbeträge in Somalia investiert. Sie hegen die Hoffnung, daß die US-(oder UN-)Truppen in Somalia bald die staatliche Ordnung wiederherstellen, damit sie aus ihren teuren Konzessionen Gewinn schöpfen können.

In einer 1991 von der Weltbank koordinierten Studie, die der Information privater Investoren aus der Erdölindustrie dient, werden acht afrikanische Staaten aufgelistet, die zukünftig als Erdölproduzenten interessant sein könnten. Die Geologen, die diese Liste erstellten, haben Somalia an die erste Stelle gesetzt.

Das einer funktionierenden Zentralregierung ermangelnde Somalia ist also nicht zufällig das erste Manövergebiet für Militäraktionen der USA und ihrer westlichen Verbündeten in Afrika. Sollten diese Manöver erfolgreich sein, ist damit zu rechnen, daß sich ähnliches in anderen afrikanischen Staaten wiederholen wird. Die nächsten Kandidaten könnten der Sudan, Mozambique, Zaire, Angola und mittelfristig sogar Südafrika sein.

Abdurahman H. Maho-Aves arbeitet als Wirtschaftswissenschaftler am Institut für wissenschaftliche Zusammenarbeit in Tübingen

Konkret 06/93, S. 20

Jürgen Reents

Deutschland läßt bitten...

...und kann dann einfach nicht nein sagen. Über dieMasche der Deutschen, eigene Großmachtbestrebungen als bestellte Dienstleistung zu verkaufen

Die italienische Zeitung »La Repubblica« wirft der Kohl-Regierung vor, sie wolle Deutschland zum Führer Europas machen. Die »New York Times« schreibt, Deutschland lasse seine Muskeln spielen. Die »International Herald Tribune« stellt eine »wachsende Besessenheit« fest, mit der Deutschland auf die Staaten des ehemaligen Ostblocks blicke.

Lang, lang ist's her. Ein gutes Jahr nämlich. Die Bundesregierung hatte die übrigen EG-Staaten gerade wenig zimperlich zur Anerkennung Kroatiens und Sloweniens gedrängt (und damit den Konflikt im auseinanderfallenden Jugoslawien gezielt angeheizt), bei der Aushandlung der Nachbarschaftsverträge mit Polen und der CSFR eine Methode angewandt, die man gemeinhin Erpressung nennt, in Anlehnung an fast vergessen geglaubte Parolen über einen »Wirtschaftsraum vom Atlantik bis Wladiwostok« schwadroniert (Genscher) und mit dem bloßen Verweis auf die neue Größe Deutschlands mehr Mandate im Europaparlament sowie Deutsch als zusätzliche europäische Amtssprache reklamiert. Martin Winter, Bonner Redaktionschef der »Frankfurter Rundschau«, fand das auch alles zumindest »unsensibel«, und es schien, als würde sich ein Teil der Welt erneut bereit machen, deutschen Größenwahn in die Schranken zu weisen.

Und heute? Die Welt scheint inzwischen der Meinung zu sein, daß kein Krieg und kein Konflikt mehr gelöst werden könne, ohne daß Deutschland sich mit seinen Truppen daran beteiligt. Kambodscha, Somalia, Irak, Bosnien – überall sollen deutsche Soldaten helfen. Sollen? Ja, »sollten« sie nicht auch schon im 2. Golfkrieg, als die Welt, einem Großteil der deutschen Politik und ihrer Medien zufolge, plötzlich über das »Drückebergertum« der Deutschen klagte? Erst geraume Zeit nach der »Befreiung Kuwaits« stellte Christoph Bertram in der »Zeit« richtig: »Es ist ja auch ein Mythos, daß es die deutsche Weigerung war, im vergangenen Jahr Truppen an den Golf zu schicken, die dem internationalen Ansehen der Bundesrepublik so geschadet habe. Keiner der Golf-Verbündeten hat je ein solches Ansinnen an die Bundesregierung gestellt.«

Was nicht ist, kann ja noch werden.

In einem vom 25. März '92 datierenden und als »VS – Nur für den Dienstgebrauch« eingestuften Rundschreiben des Auswärtigen Amtes an die Leiter der Auslandsvertretungen der Bundesrepublik heißt es: »Durch Vorsprachen unserer Botschafter bei den Regierungen insbesondere der NATO-Partner sollte erreicht werden, ein günstigeres Klima für eine Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in internationale Friedensmissionen herzustellen. Den Partnern im Bündnis ist deutlich zu machen, daß große Teile der Öffentlichkeit in unserem Land sich gegenüber einer solchen Einbeziehung noch ablehnend verhalten. Einfluß auf eine Änderung der öffentlichen Meinung könnten Stellungnahmen haben, die hinsichtlich der Art und des Umfangs einer deutschen Einbeziehung zunächst zurückhaltend argumentieren. Von Bedeutung wären auch Stellungnahmen aus Staaten, die nicht dem NATO-Bündnis angehören, die aber in der öffentlichen Meinung unseres Landes eine hohe Glaubwürdigkeit für die Sicherung des Friedens genießen. Für die Koordination der Vorsprachen wird ein Arbeitsstab im Auswärtigen Amt auf Ebene des Staatsministers eingesetzt, der den in Betracht kommenden Botschaften direkte Weisung erteilen wird.«

Die Sache ist frei erfunden – Ähnlichkeiten mit echten Dokumenten können allerdings nicht ausgeschlossen werden. Nur: Zumeist hat die internationale Diplomatie so durchsichtige Gebrauchsanweisungen gar nicht nötig. Es geht auch feiner.

Zum Beispiel Somalia. Ende 1992 kündigt UN-Generalsekretär Butros Ghali einen Einsatz der Uno an, und flugs meldet sich Karl-Heinz Hornhues, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Bundestag, zu Wort: »Sollte die Uno Deutschland um eine Beteiligung der Bundeswehr bitten, dürfen wir uns diesem Wunsch nicht entziehen.« Oder: Die »Ostsee-Zeitung« fragt Sultan Abdulsalam, der in Nord-Somalia über einen zahlenmäßig ähnlich großen Clan gebietet, wie die »Ostsee-Zeitung« Leserinnen und Leser hat: »In Bonn denkt man daran, Soldaten nach Somalia zu schicken. Was halten Sie davon?« Keine Frage, daß der Sultan deutsche Soldaten in Somalia hoch willkommen heißt (hätte das Interview sonst wohl einen Sinn gehabt?). Und keine Frage auch, daß UN-Diplomaten nach dem wenig diskreten Hinweis des CDU-Fraktionsvizes ihrem Chef melden: Die Deutschen sind marschbereit. Sie warten nur noch auf die Einladung.

Der Eindruck, daß die Initiative für deutsche Militäreinsätze nicht von den eigenen Kommandohöhen komme (den politischen wie den militärischen), sondern daß das Ausland die Deutschen zunehmend in diese Richtung dränge, wird seit Jahren gepflegt. Die in Mainz erscheinende »Allgemeine Zeitung« fragte in einer Artikelüberschrift am 6. April '91 nicht ungeschickt: »Was erwartet die Welt von deutschen Soldaten?« – für die Öffentlichkeit muß es eben »die Welt« sein, die was »erwartet«, und nicht die deutsche Regierung, die gerne möchte.

Auch Staatsminister Schäfer vom Auswärtigen Amt ging per Presse mit seinen »Erfahrungen bei internationalen Begegnungen und Gesprächen am Rande von Konferenzen« hausieren: »Überall entgegnet man uns, daß seit Beginn des Zweiten Weltkrieges mehr als ein halbes Jahrhundert verstrichen ist, was ein größeres Engagement der Deutschen durchaus rechtfertigt.« Kaum ein Minister oder Staatssekretär, der besonders in den letzten Monaten nicht mit ähnlichen Aufforderungen und Bedrängungen von einer Auslandsreise zurückgekehrt wäre. Außenminister Kinkel etwa: »Überall, wo ich hinkomme, werde ich gefragt: Wann macht ihr Deutschen denn nun endlich mit?«

Die Psychologen und PR-Strategen, die der Bundesregierung zu dieser Masche geraten haben, verstehen ihr Handwerk zweifellos. Wenn alle Welt die Deutschen zu Militäraktionen auffordert, kann ja nichts Schlechtes dabei sein, zumindest kein deutsches Weltmachtstreben, und die Stimmung in der Bevölkerung beginnt sich höflich zu verneigen. Verteidigungsminister Rühe offenbarte in einem »Spiegel«-Interview, man müsse »Schritt für Schritt vorgehen. Es geht dabei nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben vorzubereiten. Bei Blauhelm-Einsätzen ist das schon gelungen: Zwei Drittel der Bevölkerung stimmen zu.« Auch Bundesinnenminister Seiters hob auf internationale Bitten ab, meldete Erfolg im Stimmungskampf und sorgte für ruhige Gewissen, als er am 21. Mai letzten Jahres 75 BGS-Beamte zum Untac-Einsatz nach Kambodscha verabschiedete: »Es ist Ausdruck der Normalität, daß sich solche Ersuchen der Vereinten Nationen jetzt auch an den wiedervereinigten Mitgliedsstaat Deutschland richten. ... (wir können) uns der Bitte der Vereinten Nationen um personelle Beteiligung an Friedensmissionen nicht entziehen ... Der Einsatz Ihrer Vorgänger in Namibia (1989-90, J.R.) ist vereinzelt noch auf kritische Stimmen gestoßen. Hierbei ging es vor allem um das Auftreten deutscher Uniformierter im Ausland. Solche Stimmen sind nicht mehr zu hören. ... Als für den BGS zuständiger Bundesminister will ich Ihnen hier ausdrücklich versichern: Die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung befürwortet ihren zivilen Friedenseinsatz.« Ob es tatsächlich bereits »zwei Drittel« und »die ganz überwiegende Mehrheit« sind, kann nach den Ergebnissen der Meinungsumfragen zwar noch bezweifelt werden, in der Tendenz haben Rühe und Seiters die Früchte ihrer Arbeit aber in der Gewichtsklasse angemeldet, die hierzulande unter solchen Produktionsbedingungen üblicherweise auch erreicht wird.

Ende März dieses Jahres hielt Bundesverteidigungsminister Rühe anläßlich des »Alastair Buchan Memorial 1993« in London einen Vortrag, der sich wie ein Programmaufriß für die deutsche Militärpolitik in den kommenden Jahren liest. Rühe verriet bei dieser Gelegenheit, warum die Bundesregierung ihren Drang nach Teilnahme an internationalen Militäraktionen kaum noch zurückhalten kann. Es ist nicht die Unerträglichkeit der Bilder von zerschossenen Menschen und zerbombten Häusern, die aus dem ehemaligen Jugoslawien um die Welt gehen; es ist nicht humanitäre Hilfe, um deren Erfolge angesichts des weltweit zunehmenden Elends er sich sorgt – solche Public-Relations-Argumente erwähnt Rühe in seinem Vortrag vor militärpolitischem Fachpublikum nur noch höchst beiläufig. Seine zentrale und von jedem humanitären Zweck entkleidete These ist: »Internationalen Einfluß hat nur der, der handelt, nicht der, der zuschaut.« Es geht Deutschland um größeren Einfluß in der Welt.

Im Gegensatz zu früheren imperialen Ansprüchen – denn nichts anderes bedeutet diese These – ist die Ausgangsplattform dafür aber nicht mehr eine nationalstaatliche, sondern eine europäische. Rühe fordert eine »europäische Verteidigungsidentität« – ein Begriff übrigens, der den an die EG gerichteten Vorwurf bestätigt, sie habe es auf die Errichtung einer »Festung Europa« abgesehen. Diese müsse auf einer »neuen Partnerschaft von Gleichen« gründen: »Amerika als Partner, der die Gestaltung des neuen Europa unterstützt, und ein Europa, das mehr Verantwortung für sich selbst und für die Förderung des Weltfriedens übernimmt«.

Das ist theoretisch zwar schon lange vor Rühe ausgearbeitet worden (u.a. in den sechziger Jahren durch Franz-Josef Strauß), aber diese Konzeption kommt erst jetzt, nachdem der Ostblock nicht mehr existiert und Deutschland wieder größer gewordenist, wirklich zum Tragen. Rühe: »JederPartner bringt seine alten, gewachsenenBindungen und seine strategischen Ver-flechtungen ein: Großbritannien zu seinemfrüheren Commonwealth; Frankreich zuvielen frankophonen Regionen, besondersin Afrika; Italien, Spanien, Portugal undDeutschland zu Mittel- und Südamerika;und Deutschland als zentral gelegene Na-tion im Herzen des Kontinents, aber auch als Ostseeanrainer, seine alten und neuen Bindungen zu den Staaten Nord-, Mittel- und Osteuropas« – eine Aufzählung, die zugleich deutlich macht, wem die zentrale, wem eine namhafte und wem nur noch eine namenlose, eine unerwähnte Rolle innerhalb dieser »europäischen Verteidigungsidentität« zugedacht ist.

»Während des Kalten Krieges«, so Rühe weiter, »war die Nichteinmischungspolitik ein hochrangiges politisches Prinzip« – das nun nicht mehr gebraucht wird, womit der Verteidigungsminister zugleich klarstellt, daß es eigentlich gar kein Prinzip war, sondern eine den geopolitischen Umständen geschuldete taktische Verhaltensregel. »Zunehmend gibt es jetzt einen internationalen Konsens dafür, die Unterdrückung ethnischer Minderheiten und Verstöße gegen die Menschenrechte im Inneren eines Staates von der Staatengemeinschaft nicht mehr zu tolerieren. ... Das ist nicht nur eine Frage der Menschlichkeit, sondern vor allem auch ein nüchternes Gebot der Sicherheit.« Während es früher laut Rühe um Demokratie contra Totalitarismus gegangen sei, gehe es jetzt um die »Auseinandersetzung zwischen den Kräften der Integration und denen der Fragmentierung«.

Rühe malt die Konturen und Frontverläufe der »europäischen Verteidigungsidentität« so schemenhaft, daß sie zu einer nahezu beliebigen Legitimation künftiger militärischer Aktionen taugt: »Die Risiken und Herausforderungen von heute entziehen sich einer exakten Prognose. Sie sind komplex und nicht genau definierbar. Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter zu vertreten, wenn die Sicherheitsvorsorge der NATO allein durch die Verteidigungsaufgabe bestimmt wird. Es wäre ein strategischer Fehler – wie Les Aspin (der neue US-Verteidigungsminister, J.R.) es nennt – die Sicherheitsvorsorge der NATO heute auf den unwahrscheinlichsten Fall, den großangelegten Angriff gegen NATO-Mitgliedsstaaten, auszurichten. ... Der Kampfeinsatz von Streitkräften ist zwar die letzte Möglichkeit, politische Ziele zu erreichen. In dem Bemühen, Krisen friedlich zu lösen, kann der präventive Einsatz von Streitkräften jedoch zu einem entscheidenden Element werden. Daher haben Streitkräfte heute mehr und mehr die Funktion eines Katalysators, der die Bedingungen für Frieden und Freiheit schafft. Unter bestimmten Umständen müssen sie die Voraussetzungen für einen Neuansatz der Politik schaffen. ... Die Debatte, die immer wieder über den Einsatz ›in and out of area‹ geführt wird, ist artifiziell und geht am Kern der Sache vorbei. Das Potential der NATO muß auf die Fähigkeit zugeschnitten sein, örtlich, zeitlich und nach Intensität ganz unterschiedliche Krisen und Konflikte zu bewältigen. ... Ich weiß, daß von allen Partnern wir Deutschen den weitesten Weg zurückzulegen haben. Aber ich zweifele nicht daran: Deutschland wird zu seinen Verbündeten aufschließen.« (Daß es sie dabei sogar überholen könnte, wird auf einem internationalen Forum höflich verschwiegen)

Wohin die Reise geht, ist also kein allzu großes Geheimnis mehr, und daß Blauhelme nicht in alle Regionen und alle Jahreszeiten passen, auch nicht. Für dunklere Gegenden wird die Bundeswehr sicher noch olivfarbene im Schrank haben und gegen sengende Sonne vielleicht eher sandfarbene. Der jetzige Postminister Wolfgang Bötsch hat, als er noch CSU-Landesgruppenchef war, in Bezug auf Jugoslawien längst dafür plädiert, nicht mehr »historische Reminiszenzen«, sondern endlich die Soldaten wieder ins Feld zu führen. In einem Interview mit dem »Kölner Express« (14.3.91) trug er folgerichtig auch einen der unkompliziertesten Vorschläge zur Verfassungsänderung vor: »Der Einsatz der Bundeswehr zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im multilateralen Rahmen ist zulässig.« Bindungen solcher Einsätze an die Uno findet Bötsch offensichtlich verzichtbar. Sein CDU-Kollege Hornhues scheint sogar alles für verzichtbar zu halten, was solche Einsätze irgendwie auf die Herstellung (Wahrung, Sicherung...) von Frieden einengt. Sein Vorschlag für das neue Grundgesetz: Außer zur Verteidigung solle die Bundeswehr »zur Erfüllung von Aufgaben innerhalb eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit« eingesetzt werden dürfen (Pressemitteilung v. 7.3.91).

Karl Lamers wiederum, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, scheint die Uno nicht ganz außen vor halten zu wollen. Im »Bundestag-Report« schrieb er: »Doch darf der Einsatz der deutschen Streitkräfte bei friedensherstellenden Maßnahmen nicht ausschließlich auf ein UN-Mandat beschränkt werden, d.h. er muß auch ohne ein UN-Mandat möglich sein: Die Bundesrepublik Deutschland muß zusammen mit Partnerstaaten einem Angegriffenen so lange zu Hilfe kommen können, wie der UN-Sicherheitsrat nichts anderes beschließt.« Einem Freibrief für Auslandseinsätze der Bundeswehr käme dies dennoch gleich – zumindest so lange der Haussegen innerhalb der Nato, deren Chefetage mit der der Uno ja mehr als nur verbunden ist, nicht völlig schief hängt.

Aber da vorzubeugen auch hier besser ist als ewig hinterherzulaufen, wird hierzulande schließlich noch eine Debatte um einen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat geführt, die aus eben derselben PR-Küche zu stammen scheint wie die um deutsche Militäreinsätze. Hornhues hörte auch in dieser Angelegenheit schon Anfang 1991 »Stimmen«, die »sich mehren«, von Frau Ridgeway aus den USA über Herrn Portugalow aus Rußland bis zum australischen Premier Bob Hawke, »daß Deutschland ständiges Mitglied des Weltsicherheitsrates der Vereinten Nationen werden sollte«. Inzwischen liegt ein Vorschlag des dankbaren deutschen Waffenkunden Brasilien auf dem Tisch, demzufolge der UN-Sicherheitsrat um Brasilien, Deutschland, Indien, Japan und Nigeria erweitert werden soll, zunächst (zunächst!) ohne Vetorecht. Und kaum ein Jahr hat es gedauert, nachdem die Bundesregierung diesen Vorschlag doch anfangs noch »sehr zurückhaltend« kommentiert hatte, bis Außenminister Kinkel am 23. September ‘92 vor die 47. Generalversammlung der Uno trat und die zwei Tage zuvor verbreitete Hornhues-Parole übernahm: »Wir ergreifen hier keine Initiative. Wenn aber eine Änderung der jetzigen Zusammensetzung des Rats konkret ins Auge gefaßt wird, werden auch wir unseren Wunsch nach einem ständigen Sitz vorbringen.«

Die rechtskonservative Presse hat bereits »Feuer frei« zur Eroberung der Bastion Sicherheitsrat gegeben. In der »Welt« vom 1. Februar ‘93 trieb Fritz Wirth die nationale Sau gen London und Paris: Dort stoße eine deutsche Mitgliedschaft »nach wie vor auf erheblichen Widerstand. ... Der Sicherheitsrat ist eine der letzten Bastionen Frankreichs und Großbritanniens, von der aus sie noch die Rolle einer Weltmacht spielen können. Tatsächlich jedoch liegt der finanzielle Beitrag Japans und Deutschlands für die Vereinten Nationen bereits wesentlich höher als der der Briten und Franzosen.« Für solche Leute zählt nur, wer mehr zahlt. Würden sie noch die größte Klappe in Anschlag bringen, könnten sie leicht den UN-Sicherheitsrat für Deutschland allein beanspruchen.

Willy Wimmer (CDU) hat die Debatte um die neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ein halbes Jahr nach der Wiedervereinigung gegenüber der »Augsburger Allgemeinen« mit der Feststellung zusammengefaßt, es gehe darum, »bald die politische Entscheidung zu treffen, ob Deutschland schwach oder stark sein soll, eine Leitfigur oder ein Geführter«.

Diese Entscheidung ist längst getroffen. Man ist nun dabei, sie umzusetzen.

Jürgen Reents schrieb in KONKRET 12/92 über den Kampfbegriff »Extremismus«

Konkret 06/93, S. 23

John Goetz

Nur mal so’ne These...

Der vor wenigen Wochen unterbrochene zweite Prozeß um das Attentat auf die Berliner Disco La Belle stützt sich vor allem auf Stasi-Akten. Die Aussage des MfS-Überläufers Wiegand beim BND, die in KONKRET zum ersten Mal ausgewertet wird, belegt, was schon diesen Akten bei genauer Lektüre zu entnehmen war: daß auch das MfS sich über die Hintergründe des Anschlags nicht im klaren war

Im Sommer 1990 hätte man in bundesdeutschen Medien über die DDR alles behaupten können – es wäre geglaubt worden. Die Meute war von der Leine, und man hörte sie heulen. Margot Honecker entführte Kinder / Zehntausende von Sozialdemokraten in Buchenwald abgeschlachtet / Politbüromitglieder aalten sich in goldenen Badewannen / Erich Honeckers Millionen-Konto in der Schweiz. Ein Berichterstatter beschrieb die DDR als »Auschwitz für die Seelen«. Und schließlich behauptete man, die DDR habe den Bombenanschlag auf die Westberliner Diskothek La Belle ermöglicht, bei dem im April 1986 drei Menschen starben und 200 verletzt wurden.

Es hieß, daß der Stasi lückenlose Beweise dafür habe, daß der Anschlag durch Angehörige des libyschen Botschaftspersonals aus der DDR, angeführt von einem Palästinenser von der PFLP-GC namens »Nuri«1, geplant und ausgeführt worden war. Die einschlägigen Unterlagen umfaßten hunderte von Seiten und waren so detailliert, daß keine Frage offen zu bleiben schien. Da war er wieder, der Beleg dafür, daß es sich bei der DDR um einen »Unrechtsstaat« handelte: »Bild«, »Welt« und »Panorama« waren sich durchaus einig.

Ein entscheidender Punkt allerdings ging in den Wirren des DDR-Zerfalls unter: Der La Belle-Anschlag war in einem spezifischen politischen Kontext durchgeführt worden: Nach sechsjährigem Säbelrasseln gegen Lybien hatte die Reagan-Administration endlich Blut gesehen. Zwar existierten Pläne zur Destabilisierung und Niederwerfung des verhaßten Gaddafi-Regimes bereits seit Reagans Amtsantritt, aber erst nach einer Reihe von Flugzeugentführungen und Sprengstoffanschlägen, bei denen einige US-Bürger zu Tode kamen, beschloß die Reagan-Regierung im Sommer 1985, zu handeln. Hätte sie ihre eigenen Dossiers gelesen, wäre ihr klar geworden, daß damals hauptsächlich der Iran internationale Terroraktionen unterstützte. Aber man war wohl zu beschäftigt, mit den Ayatollahs ins Geschäft zu kommen, um die Armierung der Contras in Nicaragua sicherzustellen – gegen die Maßgaben des Kongresses. 1987 schrieb Seymour Hersh im »New York Times Magazine«, daß die Entscheidung, Tripolis und Bengasi (sowie, vordringlich, den mutmaßlichen Aufenthaltsort Gaddafis) zu bombardieren, am 6. Januar 1986 getroffen worden sei – drei Monate vor dem Anschlag auf die Diskothek La Belle.

Der Plan sah vor, durch eine Verletzung libyschen Hoheitsgebietes einen Gegenschlag zu provozieren, der den geplanten Luftangriff rechtfertigen sollte. Während der Beratungen am 6. Januar regte Staatssekretär George Shultz darüber hinaus an, Gaddafi mit Aids zu infizieren – eine Fortsetzung des Reaganwitzes, den libyschen Präsidenten wegen seiner farbenfrohen Kleidung nach San Francisco zu schicken. Zwei Tage später forderte die Regierung alle US-Bürger auf, Libyen zu verlassen und fror libysche Vermögen in den USA ein. Kurz darauf näherten sich drei Flugzeugträger und eine Begleitflottille der libyschen Küste.

Am 25./26. März, zehn Tage vor dem La Belle-Anschlag, griff die Sechste US-Flotte schließlich vier libysche Schiffe an und versenkte zwei davon. Gleichzeitig wurde eine Küsten-Radarstation beschossen. Seymour Hersh berichtete, daß die Planer der Aktion enttäuscht darüber gewesen seien, daß ein Vergeltungsschlag ausblieb, ohne den eine Bombardierung Tripolis’ kaum zu rechtfertigen war. Das Weiße Haus erließ zwar noch eine Warnung, daß jedes libysche Schiff außerhalb einer willkürlich festgelegten 12-Meilen-Zone angegriffen würde, die libysche Marine aber zog sich hinter diese Grenze zurück.

Noch in der Nacht des Anschlags auf die Berliner Diskothek erklärte Reagan, die USA hätten schlüssige Beweise für die Urheberschaft Libyens. Zehn Tage später schlug das Imperium zurück. Am 15. April 1985, 2 Uhr morgens, griffen 18 F-111 Bomber und 15 Navy A-6 und A-7 Flugzeuge Tripolis und Bengasi an. Zwanzig Menschen starben, viele wurden verletzt. Die französische Botschaft und die Gegend um Gaddafis Wohnhaus wurden zerstört, Gaddafis Frau und die acht Kinder schwer verletzt, seine 15 Monate alte Adoptivtochter starb in den Trümmern.

Entgegen der Behauptung der Reagan-Administration aber, abgehörte Telefonate zwischen Tripolis und Ostberlin hätten die libysche Beteiligung am La Belle-Attentat zweifelsfrei erwiesen, blieb der Fall jahrelang ungelöst. Die Westberliner Staatsanwaltschaft, die im Laufe der Zeit verschiedene Leute verhaftet hatte, ließ aus Beweismangel alle wieder laufen. 1988 wurde der Fall offiziell zu den Akten gelegt. Nach dem Zusammenbruch der DDR geriet jedoch einschlägiges MfS-Material in die Hände des zuständigen Staatsanwalts, und so wurde 1990 der Fall wieder aufgenommen. Anfang 1993 schließlich wurde I. Mahmoud einer Verschwörung zum Zwecke des Anschlags auf die Diskothek La Belle beschuldigt, unter Berufung auf umfangreiche neuerdings zugängliche MfS-Dokumente.

Allerdings würde der ermittelnde Staatsanwalt Detlev Mehlis sicherlich einräumen, daß I. Mahmoud eine relativ unbedeutende Figur bei dem Anschlag war; seiner Meinung nach sind »Nuri« und weitere Mitarbeiter der libyschen Botschaft in Ostberlin die Haupttäter gewesen. Aber obwohl tatsächlich hunderte von Seiten des MfS-Materials dokumentieren, daß »Nuri« in die Planung zahlreicher Terroraktionen involviert war – den Angriff auf La Belle eingeschlossen – , gibt es kaum Hinweise darauf, daß er und seine Kollegen je etwas anderes getan hätten, als über derlei Aktivitäten zu reden. »Nuri« hatte vor, eine Amerikanerin zu töten, die in Westberlin lebte. »Nuri« wollte Handgranaten auf amerikanische Offiziere werfen und suchte dazu einen Partner. »Nuri« wollte einen amerikanischen Schulbus in die Luft jagen. »Nuri« wollte in Dahlem eine Tankstelle zur Explosion bringen. »Nuri« wollte Handgranaten in ein Kino werfen. »Nuri« wollte das Springer-Haus sprengen.

Die hunderte von Seiten belastenden Materials gegen »Nuri« und die DDR-Behörden basieren größtenteils auf den Aussagen dreier MfS-Informanten. Deren wichtigster war »Alba«2. Er stellte die meisten der Berichte zusammen, die »Nuri« als Regisseur des La Belle-Anschlags präsentieren. Es gibt nun allerlei gute Gründe, »Albas« Aussagen keinen Glauben zu schenken. Nicht der schlechteste unter ihnen: 1991 beurteilte ein gutbürgerliches Westberliner Gericht »Alba« als »als Belastungszeuge unzuverlässig und das von ihm mitgeteilte Verständnis inhaltlich unwahrscheinlich«.

Tatsächlich waren die Mitarbeiter des MfS in der Frage, wer den Anschlag auf die Diskothek beging, unsicher und geteilter Meinung. Es gab zwar wichtige Belege dafür, daß Mitglieder der libyschen Botschaft dabei mitgemischt hatten, es gab aber auch schwerwiegende Indizien für eine Beteiligung US-amerikanischer Stellen. Außerdem war das MfS überzeugt, daß, was es über »Nuri« und seine diversen Vorhaben wußte, auch dem Westberliner Verfassungsschutz bekannt war. Die zahlreichen Behauptungen der deutschen Medien, dem Stasi und der Parteispitze der SED seien Datum und Uhrzeit des Anschlags bekannt gewesen, und dennoch hätten sie sie nicht verhindert, waren falsch.

Die Tatsache, daß »Nuri« und seine beiden Hauptkomplizen sich in Ostberlin aufhielten, als die Bombe im La Belle explodierte, wurde öffentlich kaum beachtet. Das aber steht nach Auskunft der Grenzübergangsstellen fest. Ebenfalls »übersehen« wurde von den Medien bislang, daß aus den aberhunderten Seiten der Ermittlungsaufzeichnungen hervorgeht, daß niemand in der Ostberliner Stasi-Zentrale auch nur das geringste über die Herkunft des Sprengstoffs wußte. Allemal unbekannt war dem MfS mit Sicherheit, wer die Bombe legte.

Der häufigst notierte Beleg, den das MfS gegen »Nuri« in der Hand hatte, war ein Bericht von »Alba«, demzufolge »Nuri« fünf Stunden nach dem Anschlag aus der Sinusbar des Palasthotels ein Telefongespräch mit Westberlin geführt haben soll, in dem er im Namen der »Arabischen Liga« die Verantwortung für die Aktion übernahm. »Die Welt« veröffentlichte den Wortlaut der Erklärung. Die Fernsehsendung »Panorama« ging sogar so weit, eine Telefonkabine zu zeigen und zu behaupten: »Von diesem Hotel-Apparat aus wurden die Bekenner-Anrufe nach Westberlin an eine Zeitung und die Polizei übermittelt. Und wieder war die Stasi dabei, wußte wenige Stunden nach der Tat alles.«

Guter Journalismus verlangt die Prüfung der Fakten. Hätte jemand die Fakten geprüft, so wäre herausgekommen, daß dieses Telefonat niemals geführt worden ist. Weder bei der Westberliner Polizei noch beim MfS wurde es registriert. Der frühere Stasioffizier Frank Wiegand, verantwortlich für die *Arbeitsgruppe Ausländer*, erklärte, nachdem er zum BND übergelaufen war, in seinen ersten Verhören im März 1990, daß das MfS nicht bestätigen könne, daß es solch einen Anruf gegeben habe. Sein neuer Kollege bestätigte: »Ich kann dazu sagen, in bezug auf auf den hier erwähnten Bekenneranruf haben wir keine konkreten Erkenntnisse, so etwas ist nicht eingegangen.«3

Wiegand erzählte seinen neuen Freunden, daß seine damaligen Vorgesetzten die Vorstellung, »Nuri« und seine Komplizen trügen die Verantwortung für den La Belle-Anschlag, mit den Worten »Was wollt ihr Dummköpfe eigentlich mit eurer ›Nuri‹-Verschwörung?« kritisiert hatten. Sie hatten nicht nur eingewandt, daß die Quellen fadenscheinig und Informationen über die Explosivstoffe und das Plazieren der Bombe praktisch nicht vorhanden waren, sondern am meisten hatte ihnen wohl zu denken gegeben, daß sogar westdeutsche Stellen geraume Zeit überzeugt waren, daß die USA in die Sache verwickelt seien.

Ex-Oberst Wiegand beklagte beim BND, man habe ihm während der Ermittlungen seinen Job nicht leicht gemacht. Er gehörte zu der Fraktion, die an »Nuris« Täterschaft glaubte, und hatte Schwierigkeiten, seine Vorgesetzten davon zu überzeugen: »Durch die Funkaufklärung hatten wir ja sehr genau alles, was bei Ihnen über die Telefone ging, und sie favorisierten ja dann mal 'ne Zeit lang die These, daß die CIA das Ding selber gemacht hat. Als das Geld gefunden wurde bei dem Sergeant und so weiter und so fort ...« Wiegand erinnerte an ein abgehörtes Telefonat eines hochrangigen Verfassungsschützers, der einen Westberliner Ermittlungsbeamten anwies: »›Ergebnisse, und zwar sofort!‹ Und der Berliner Beamte, der sagte dann: ›Na, wenn ich das alles zusammennehme, ob denn das die Amis nicht mal selber gemacht haben. « Im MfS wurde Wiegand daher gefragt: Wenn schon Westberliner Stellen annehmen, die Amis steckten hinter der Sache, warum sollte dann das MfS annehmen, daß es die Libyer waren?

Es gab noch weitere Gründe, nicht an die »Nuri«-Verschwörungstheorie zu glauben. Das MfS hatte den Umstand zu bewerten, daß »Nuri« ungehindert nach und aus Westberlin reisen durfte, obwohl er wegen Mordes gesucht wurde. Außerdem war klar, daß die Westberliner Stellen seinen Alias-Namen seit Februar 1986, als die Amerikaner sie informierten, kannten4. Wenn »Nuri« also gesucht wurde, warum waren ihm dann Ein- und Ausreisen nach und von Westberlin erlaubt? Ein Sicherheitspapier der PLO aus dieser Zeit schloß, daß »Nuri« höchstwahrscheinlich für das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz gearbeitet habe.

Was die Stasi-Zentrale noch zusätzlich verwirrte, war die KGB-Information, derzufolge »Faysal«5, die zweite wichtige Quelle, aus der sie Informationen über »Nuri« bezog, auch als Informant für den CIA arbeitete. Zwei KGB- und verschiedene MfS-Papiere betonten, worauf hier zum ersten Mal hingewiesen wird, die Beziehung »Faysals« zum CIA. Ein aus dem Russischen übersetztes Papier führt aus, daß »Faysal« am 3. April 1986 (zwei Tage vor dem Anschlag auf La Belle) den CIA kontaktierte und erklärte, daß der Preis für die geplante Aktion nicht, wie ursprünglich berichtet, 80.000, sondern 30.000 Dollar betrage. In den aus dem Russischen übersetzten Papieren wird »Faysal« regelmäßig »feindlicher Agent« genannt. Für wen arbeitete er wirklich? Hat er dem MfS die Wahrheit gesagt, oder verbreitete er unter der Regie des CIA Desinformationen?

Die dritte Hauptquelle des MfS war »Abbas«6. Auch seine Informationen erhärten nicht unbedingt die »Nuri«-These. Während der ersten Etappe des La Belle-Prozesses im Frühjahr dieses Jahres sagte »Abbas« aus, daß »Nuri« andauernd entweder betrunken oder unter Drogen war und »sich als James Bond sah«. Außerdem erklärte »Abbas«, er sei überzeugt, daß sowohl östliche als auch westliche Stellen von »Nuris« Plänen wußten und es unterließen, ihn zu stoppen.

Die MfS-Mitarbeiter waren unsicher. Wer arbeitete für wen? Der ehemalige MfS-Offizier Wolfgang Stuchly gab dem Staatsanwalt zu Protokoll, die Informationen über die Gruppe um »Nuri« seien dürftig gewesen: »Die Analyse des Personenkreises zeigte, daß unter diesen Personen sowohl IM verschiedener Diensteinheiten des MfS waren als auch vermutete Kontaktpartner anderer Dienste, darunter nach unserer Meinung und nach unserer Einschätzung Kontaktpartner von Dienststellen des USA-Geheimdienstes, des VfS und nach unserer damaligen Meinung auch Kontaktpartner des Staatsschutzes in Westberlin, bzw. anderer Polizeidienststellen. Dieser Verdacht rührte u.a. aus Bemerkungen dieser Leute selbst her, aber auch aus der Tatsache, daß solche Leute mehrfach kriminell und anderweitig in Westberlin aufgefallen waren und zu verschiedenen Sachverhalten durch einschlägige Dienststellen in Westberlin vernommen, befragt oder Kontaktpartner wurden. ... Wir gingen also davon aus, daß bereits in dieser Phase der ersten Diskussionen über mögliche Aktivitäten in Westberlin die einschlägigen Organe und Dienste über diese Situation, über diese Entwicklung informiert waren.«

Im Bemühen, dem BND die Konfusion zu erklären, die beim MfS im La Belle-Fall herrschte, erzählte Wiegand eine Geschichte, die klar machen sollte, wie vorsichtig man mit Informanten sein mußte: »Wir haben einmal mitgeschnitten durch ein Mikrophon unter der Tischplatte, das haben wir auch als Schulungsmaterial ... Da saßen neun Leute, darunter waren acht IM des MfS, und sieben davon hatten sich untereinander schon lange dekonspiriert und machten nun ‘nen Schlachtplan, da ging es um kriminelle Dinge. ›Also du erzählst deinen von der Staatssicherheit das, da halten wir die da raus.‹ ›Du fragst deine, ob du das kriegen kannst.‹...«

Eine Geschichte, die Staatsanwalt Mehlis nicht verstehen konnte. Das MfS kam zu keiner Zeit zu einer gesicherten Erkenntnis, wer wirklich für den Anschlag auf die Diskothek verantwortlich war. Schon deshalb ist die Beschuldigung, die SED-Führung habe ihn toleriert, eine politische Verleumdung. Im Rückblick auf seine vier Jahre dauernde Untersuchung dieses Falles erklärte Wiegand, die These von der Federführung des CIA sei stets als Möglichkeit präsent geblieben: »Na ja, ich konnte sie nie vom Tisch wischen, und wissen Sie, das eine schließt das andere in vielen Dingen nicht aus. ...« Anscheinend geht es Staatsanwalt Mehlis ganz ähnlich. Zwar ist »Nuri« kürzlich im Libanon verhaftet und in Auslieferungshaft genommen worden (vorgeworfen werden ihm zwei Morde, die aber in keinem direkten Zusammenhang mit dem La Belle-Fall stehen). Aber noch immer verfügt die Berliner Staatsanwaltschaft über keine ausreichenden Beweise, um »Nuri« wegen des Anschlags auf die Diskothek anklagen zu können – was die deutschen Medien auch zukünftig nicht daran hindern wird, solche Beweise zu behaupten.

Anmerkungen:

1 »Nuri« war der MfS-Deckname für Yassif Chraidi, alias Salaam.

2 »Alba« war der MfS-Deckname für Ali Chanaar.

3 Die Exzerpte aus Wiegands Vernehmungen beim BND werden hier erstmals veröffentlicht.

4 Die Information haben wir von einem Kollegen, der wiederum jemanden beim Berliner Landesamt für Verfassungsschutz kennt. Sie erschien zuerst 1990 in der »TAZ«.

5 »Faysal« war der MfS-Deckname für Mahmoud Abu-Jabber. Als ihn der Staatsanwalt im Zuge der La Belle-Ermittlungen befragte, sagte er aus, »Nuri« sei ein »Teufelskerl« und ein Angeber, der gerne damit prahlte, er stecke hinter allem und jedem. Weiter gab »Faysal« an: »Ich bin jedoch nicht der Auffassung, daß der Anschlag im La Belle von denjenigen Libyern begangen wurde, die ich kenne, sondern von einer anderen Gruppe. Mehrere Libyer verhielten sich absichtlich verdächtig – um sozusagen die Gruppe zu tarnen, die den Anschlag in Wirklichkeit verübte.«

6 »Abbas« war der MfS-Deckname für Nagir El-Algabahn.

John Goetz schrieb in KONKRET 3/93 über SS-Pensionäre in Lettland

Konkret 06/93, S. 26

Theo Ebel

Imperialismus sans phrase

Die Krise in Deutschland und ihre bürgerlichen Interpreten. Eine kleine marxistische Gegendarstellung

Ganz lange wurde sie »bei uns« ja überhaupt in Frage gestellt. Dann mehrten sich bedenkliche Stimmungsbilder in Sachen Wachstumsrate, und die diesbezüglichen Prognosen wurden leicht nach unten korrigiert. Inzwischen vergeht kein Tag, an dem nicht von ansehnlichen »Umsatz- und Ertragseinbrüchen« in Vorzeigeunternehmen und -branchen deutscher Wertarbeit, aber auch in so gut wie allen anderen Abteilungen der industriellen Produktion zu hören ist; Arbeitskräfte werden per Vorstandsbeschluß en gros entlassen; nebenbei geben die größten Geschäftsbanken bekannt, was sich bei ihnen jüngst so alles an »Wertberichtigungen« für faule Kredite zusammenaddiert hat – und seitdem dies so dahingeht und ihre »Zeichen« auch für den bürgerlichen Sachverstand unübersehbar sind, gibt es sie nun auch von offizieller Seite eingestanden »bei uns«: die Krise.

Nur: Worum es sich bei diesem »Phänomen« handelt, was Sache ist, wenn nunmehr auch die zweitgrößte Weltwirtschaftsmacht per Saldo rote Zahlen schreibt – davon hat derselbe Sachverstand, der sich der Krise mittlerweile wenigstens sicher ist, wenig Ahnung. Glaubt man ihm, so gibt es die Krise, weil – erstens – »das Management« deutscher Unternehmen versagt und erfolgversprechende Wege in die Zukunft verschlafen hat. Weil zweitens »die Konjunktur« es rätselhafterweise überhaupt so an sich hat, daß der Boom immer dann aufhört, wenn er am schönsten ist. Weil drittens »das Ausland« das deutsche Wirtschaftswachstum mit »weggebrochenen« Märkten empfindlich beschnitten hat. Und weil viertens »die deutschen Arbeiter« in Sachen Lohn & Leistung über ihre und die Verhältnisse der deutschen Wirtschaft insgesamt gelebt haben.

Dem aber ist nicht ganz so. Eher zeigt eine distanzierte Betrachtung der Angelegenheit, daß sich der bürgerliche Kopf in Befunden dieser Art eine ebenso grundverkehrte wie affirmative Deutung jenes kapitalistischen Normalfalls zusammendenkt, welcher Überproduktion von Kapital heißt.

Was zunächst die Rede vom »Mißmanagement« betrifft, dem sich die Krise verdanken soll, so wird in ihr die Vorstellung gepflegt, daß die Politik bisher so erfolgreicher Unternehmen wie VW, Daimler-Benz, Klöckner usw. irgendeinen Dreh, einen »Innovationsschub« oder »Entwicklungspfad« versäumt habe. Deswegen sei viel zu lange und zu teuer Zeug produziert worden, das jetzt keine Käufer mehr findet.

Dagegen ist daran zu erinnern, daß die gescholtene Unternehmenspolitik sich in jüngerer Zeit keineswegs durch Unterlassungen ausgezeichnet, sondern durch ihre praktischen Taten im Namen des Geschäftserfolgs für all jene Phänomene gesorgt hat, die die gegenwärtige Geschäftslage so miserabel aussehen lassen. Da wurden doch nach allen Regeln der Ausbeutungskunst Produktionsmittel, Waren und Geld erfolgreich akkumuliert. Für das Wachstum des eigenen Geldvermögens wurde mit Erfolg alles Erforderliche unternommen, um über Verbilligung und Ausdehnung der Produktion Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen und sich die »Marktanteile« zu sichern, auf die alles ankommt. Dabei haben diese Geschäftsleute sich von den Schranken des Marktes und der Nachfrage nach ihrem Zeug überhaupt nicht abhängig gemacht – obwohl sie um ihres Gewinnes willen ja ausschließlich für den Markt produzieren. Für ihren Konkurrenzerfolg haben sie sämtliche Spielarten des Kredits ausgenutzt, also noch gar nicht verdientes Geld ausgegeben, um über die Vergrößerung ihres Kapitals dessen produktive Schlagkraft zu erhöhen. Es ist eben ganz normale Geschäftspolitik, mit steigenden Aufwendungen verhältnismäßig größere Steigerungen des Um- und Absatzes vorwegzunehmen, die dann natürlich auch eintreten müssen, damit die Rechnung stimmt – und weil das alle tun, kann die Rechnung gar nicht aufgehen.

Weil nämlich alle Konkurrenten den Markt beherrschen wollen, erweist sich die kalkulierte Unabhängigkeit von seinen Schranken immer wieder als trügerisch. Sicher, im nachhinein kann jeder Schlaumeier auf irgendein besonders unverkäufliches Produkt zeigen und die Weisheit beisteuern, die Firma stünde besser da, wenn sie statt dessen etwas Verkäufliches produziert hätte; doch um die Wirtschaftskrise zu erklären, ist solche »Kritik« zu konstruktiv. Sie übersieht, daß Unternehmen, die mit geliehenem Geld und im Vertrauen auf zukünftigen Erfolg ihr Geschäft ausweiten, allesamt auf das periodisch wiederkehrende Ergebnis hinwirken, daß sie insgesamt zu viel Reichtum produziert haben – zu viel nämlich für den maßgeblichen Zweck, ihn weiterhin rentabel zu vermehren. Irgendwo stockt der Absatz, Kredite bleiben unbedient, ganze Unternehmen werden kreditunwürdig und reißen andere in die »roten Zahlen« hinein; bis, wieder einmal, von allem zuviel da ist: zuviele Produktionsanlagen, zuviele Arbeiter, zuviele Waren, sogar zuviel Kredit, der keine lohnende Anlagemöglichkeit findet. Aus lauter Überfluß schrumpft das Geschäft; Kredite platzen, und Reichtum wird entwertet – bis die ganze Scheiße von neuem in Schwung kommt.

Und wer sagt das seit 100 Jahren?

Was die Sache mit dem ewigen Auf und Ab der »Konjunktur« des kapitalistischen Geschäftslebens betrifft, so hat das alsoschon seine Richtigkeit und Notwendigkeit. Aber die ist überhaupt nicht so unergründ-lich und rätselhaft, wie dies in der Vor-stellung einer periodisch immer wieder-kehrenden »Talsohle« mit anschließen-dem Aufstieg imaginiert wird. Vielmehr rührt diese Notwendigkeit aus der Sturheit, mit der die bürgerliche Gesellschaft an denbanalen Zwecken und Methoden der kapi-talistischen Wirtschaftskunst festhält. Die Geschäftsleute, die praktisch mitgeteiltbekommen haben, daß die Realisierung ihrer schönen Gewinne, auf die es ja ankommt,in letzter Instanz am Markt ihre Schranke nun doch gefunden hat, und die mangelsAbsatzmöglichkeiten das Produzieren nicht mehr für lohnend erachten, werden natürlich auch aus ihrem Schaden nicht klug, sondern machen sich an die Wiederherstellung der verlorengegangenen Geschäftsbedingungen; und zwar, wie es sich für Konkurrenten gehört, die einen auf Kosten der anderen,weshalb zur Krise auch immer die Krisengewinnler gehören. Im Namen des Gewinns und für den Gewinn wird fiktives Kapital in Gestalt wertloser Schuldzettel gestrichen und auf diesem Wege der Kredit saniert, werden Warenkapital und Produktionsanlagen entwertet und, wenn sich die Käufer finden, zu Billigpreisen verramscht. Und dies alles, weil bisher mit Erfolg und damit demnächst wieder erfolgreich »der Profit und das Verhältnis dieses Profits zum angewandten Kapital, also eine gewisse Höhe der Profitrate, überAusdehnung oder Beschränkung der Produktion entscheidet, statt des Verhältnisses der Produktion zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen...« (K. Marx, Das Kapital, Bd.III, S.269)

Wenn im Zusammenhang mit der Krise in Deutschland vom »Ausland« die Rede ist, von eigensüchtigem »Nationalismus« – der anderen, versteht sich – und/oder von »ausgefallenen« fremdländischen Märkten, so hat der bürgerliche Wissensdurst die Frage nach dem Grund der Krise erfolgreich durch das Zitieren eines Schuldigen erledigt – und ganz nebenbei die wirkliche Sachlage auf den Kopf gestellt. Es hat zum jüngeren Erfolgsweg gerade des deutschen Kapitals ja nicht bloß die erfolgreiche Ausbeutung daheim gehört, sondern die mindestens genauso erfolgreiche ökonomische Indienstnahme fremder Landstriche, was heute kein Mensch mehr Imperialismus nennen möchte. Das schöne Zusammenspiel von deutscher Außenpolitik und deutscher Wertarbeit war es, was der Nation den Ehrentitel eines »Exportweltmeisters« eingebracht hat, und der drückt keineswegs bloß aus, daß sich Waren made in Germany im internationalen Vergleich als unschlagbar profitabel herausgestellt haben. Verlierer kennt die Konkurrenz der Kapitale auf dem Weltmarkt nämlich schon auch noch. Und wegen der Eigentümlichkeit dieses Marktes sind die nicht nur in den Reihen geschäftstüchtiger Unternehmer zu finden, also bei denen, die deutsches Kapital auf ausländischen Märkten erfolgreich erledigt hat, sondern auch bei den Nationen selbst: In ihren Außenbilanzen und am daraus resultierenden Härtegrad ihrer Währungen spiegelt sich wider, in welchem Umfang Kreditzettel erfolgreich kapitalisiert worden sind, als Geschäftsmittel getaugt haben oder nicht, so daß »Bilanzdefizite« und »weiche« Währungen bei anderen Nationen nur die Kehrseite der deutschen Geschäftstüchtigkeit und »Hartwährung« sind. Das Ausland, das jetzt der konjunkturzersetzenden Mißwirtschaft bezichtigt wird, versagt die so selbstverständlich reklamierten Dienste am deutschen Wachstum nur deswegen, weil seine Zahlungsfähigkeit für die guten deutschen Bilanzen gebraucht und ruiniert worden ist. Wenn die Rechtsanwälte der DM, die so selbstgefällig die Solidität des deutschen Geldes im Vergleich zu den übrigen Nationalkrediten rühmen, über den Verfall der Wirtschaftskraft näherer und fernerer Nachbarn klagen, so hat das seinen – gar nicht guten – Grund.

Erstens berufen sich die DM-Patrioten auf die Verschiebungen des europa- und weltweit produzierten Reichtums in Richtung Deutschland. Die haben sich nämlich im Verfall einiger auswärtiger Kreditgelder und in der Ausnahmestellung deutscher Schulden niedergeschlagen.

Zweitens beschweren sie sich darüber, daß Deutschland als Gläubiger einiger auswärtiger Staatskassen »trotz« seiner Verdienste in der imperialistischen Konkurrenz von der Krise betroffen ist. Das ist ihre Art, zur Kenntnis zu nehmen, daß seit der Existenz eines Weltmarkts die Krisen des Kapitals immer auch solche der »Weltwirtschaft« sind. Nationen, deren Kapitalisten sich durch die Schaffung von ausschließlich rentablen Arbeitsplätzen an der Produktion aller Herren Länder bereichern, schädigen ihre Konkurrenten, Lieferanten und Kunden bisweilen ein wenig mehr, als es dem eigenen Geschäft zuträglich ist. Der Mangel an Profit an der einen Stelle entpuppt sich da schnell als Zeichen für die Überproduktion von Kapital und als Auftakt für die Entwertung von Kapital an allen anderen Stellen: »Mit Bezug auf Einfuhr und Ausfuhr ist zu bemerken, daß der Reihe nach alle Länder in die Krisis verwickelt werden und daß es sich dann zeigt, daß sie alle, mit wenigen Ausnahmen, zuviel exportiert und importiert haben, also die Zahlungsbilanz gegen alle ist, die Sache also in der Tat nicht an der Zahlungsbilanz liegt.« (K. Marx, ebda. S. 508).

Drittens aber melden sich die Kritiker des Auslands und seiner für die deutschen Bilanzen so verheerenden Schwächen nicht eigentlich als Krisentheoretiker zu Wort. Selbst wenn sie mit einem Professorenpatent ausgestattet sind, geht es ihnen um nichts anderes als um die Überwindung der Schwierigkeiten, die der Rest der Welt dem Standort Deutschland und seinen in DM verbuchten Kapitalgewinnen macht. Sie sind wegen der Krise endgültig zu Fanatikern der internationalen Konkurrenz geworden. Sie haben bemerkt, daß es jetzt sehr darauf ankommt, wo die fällige Entwertung stattfindet. Und mit Verweis auf den Klassenunterschied zwischen den Nationen finden sie es furchtbar gerecht, daß der deutsche Wirtschaftserfolg auch weiterhin auf Kosten der lieben europäischen Nachbarn und anderer geht. Die kriegen denn auch zu

spüren, daß unter deutscher Führung in Europa zu viel akkumuliert wurde, und dagegen hat ihnen das um die »Ankerwährung« herumgesponnene Kunstwerk EWS rein gar nichts geholfen.

Was schließlich die vielen »Märkte im Osten« betrifft, deren Wegbrechen irgendwie auch mitschuldig an der Krise hierzulande sein soll, so ist auch diesem Lamento nur das Umgekehrte zu entnehmen. Jene Märkte haben zu Zeiten der ja so furchtbar maroden Planwirtschaft offenbar ganz ausgezeichnet für schwungvollen Handel getaugt und für das deutsche Kapital als »entgegenwirkende Ursache« des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate gewirkt. Jetzt, wo alle diese Oststaaten die Gesetze der »freien Marktwirtschaft« als ihr Erfolgsprinzip entdeckt haben wollen und unter die ökonomischen Sachgesetze praktisch subsumiert werden, die das kapitalistische Produzieren auszeichnen, zeigt sich, was Überproduktion von Kapital in ihrem Fall heißt: Für die Akkumulation von Kapital sind ganze Volkswirtschaften schlicht zuviel vorhanden. Sie fangen erst gar nicht an zu funktionieren und verkommen entsprechend – es sei denn, aus ihrem natürlichen wie menschlichen Inventar läßt sich das eine oder andere Anhängsel an den Standort Deutschland verfertigen.

Die »deutschen Arbeiter«, so hört man von politischen und wirtschaftlichen Sachverständigen, seien auch für die Krise in Deutschland verantwortlich. Von Tarifverträgen und Sozialleistungen verhätschelt, arbeiteten sie viel zu wenig und dazu noch zu teuer, und wenn ein deutscher Arbeitsmann »soviel kostet wie 70 Russen oder 10 Ungarn« (ein Arbeitgeberpräsident), bräuchte man sich ja wohl nicht über den Niedergang der deutschen Wirtschaft zu wundern.

Daß demnächst jeder deutsche Arbeitsplatz aus Kostengründen mit – sagen wir: – 41 Russen oder 4 Ungarn besetzt wird, ist freilich nicht zu erwarten. Denn der Welterfolg des deutschen Kapitals – den ja keiner bestreitet! – ist im Innern mit einer weltrekordmäßigen Ausbeutung der Lohnarbeit und sonst nichts zustandegebracht worden. An modernsten Arbeitsplätzen und mit allen Techniken der absoluten und relativen Mehrwertproduktion hat der Lohn, der bezahlt wurde, genau die Arbeitsleistungen mobilisiert, die deutschen Unternehmen die Ertragsbilanzen vergoldet haben. Diese Arbeitsleistungen waren nämlich so produktiv, daß die »Kost«, die ein bezahlter Lohn für die Unternehmen immer darstellt, im Vergleich zum Wertprodukt, das sie in immer größerem Maßstab hervorbrachten, stets zurückging. Umgekehrt haben dieselben Methoden der Steigerung der Arbeitsproduktivität auch dazu geführt, daß beständig in einem ganz banalen Sinn an dieser »Kost« gespart werden konnte: Wo immer die Kalkulation des Einsatzes von viel technischem Fortschritt versprach, das Senken des Preises der Arbeit relativ zum Reichtum, den sie schafft, weiter voranzutreiben, fand die entsprechende »Rationalisierung« – und mit ihr die »Freisetzung« eingesparter Lohnarbeiter statt. So kann man die Produktivität der deutschen Wertarbeit an den lediglich noch drei Arbeitern bestaunen, die ein ganzes Stahlwerk in Gang halten; aber eben auch an der Menge derer, die ohne Lohn die Reihen der »industriellen Reservearmee« füllen oder schlicht als absolute »Überbevölkerung« vergammeln. Ihre Zahl wächst derzeit aufgrund des »Sachzwangs«, den die Krise für die Liebhaber der Marktwirtschaft nun einmal darstellt, sprunghaft an. Daß die Rentabilität der Unternehmen – wg. Konkurrenz etc. – nur auf Kosten der Lohnabhängigen wiederhergestellt werden kann, hat heutzutage natürlich mit Marx und seiner Kapitalismuskritik nicht das geringste zu tun. Die Grundrechnungsarten des Kapitals sind schließlich – unter Demokraten – nicht das Erfolgsrezept einer Klasse, sondern der Garant des Allgemeinwohls; und das rechtfertigt jedes Opfer derjenigen, die mit ihrem Lebensunterhalt bloß den Gang der »Wirtschaft« belasten, von dem sie abhängen.

Die ideell zum demokratischen Gemeinwohl vergesellschafteten Unternehmen leiden ganz nebenbei aber auch darunter, daß sie ihre minutiös kalkulierten Geschäftsartikel – vom PC bis zum Auto – nicht mehr profitbringend verkaufen können. Daraus geht hervor, daß die »Menschen« nicht nur in ihrer Eigenschaft als zu teure Arbeitskraft für die Krise eine gewisse Verantwortung tragen. Ein pflichtvergessenes Pack: erst zu viel Lohn, dann auch noch zu wenig »Binnennachfrage« ... – es wäre auch noch schöner, wenn die Veranstalter der Marktwirtschaft ein Kapitel aus dem Drehbuch für Krisen ausließen, das Marx verfaßt hat: »Wie aber die Dinge liegen, hängt der Ersatz der in der Produktion angelegten Kapitale großenteils ab von der Konsumtionsfähigkeit der nicht produktiven Klassen; während die Konsumtionsfähigkeit der Arbeiter teils durch die Gesetze des Arbeitslohns, teils dadurch beschränkt ist, daß sie nur solange angewandt werden, als sie mit Profit für die Kapitalisten angewandt werden können. Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.« (K. Marx, ebda., S. 501)

Die bürgerlichen Reflexionen über Grund und Ursache der Krise verraten in der Sache die bodenlose Dummheit derer, die sie wälzen, und allein das ist schon, was das verbreitete Ansehen betrifft, das der sich hier äußernde Sachverstand genießt, bedenklich. Noch bedenklicher aber ist das affirmative Interesse, das hinter diesen Dummheiten steht.

Immerhin bringt ja die Anschauung, »Management-Versagen« auf breiter Front habe deutsche Unternehmen in die Krise gebracht, ein in seiner Abstraktheit und Grundsätzlichkeit nicht mehr zu überbietendes Votum für eine gelingende kapitalistische Ausbeutung zum Ausdruck. Dieses Ideal mag jener Minderheit gut zu Gesicht stehen, deren praktische Interessen ohnehin nichts weiter beinhalten als die Mehrung ihrer Geldvermögen und die auch alle dafür geeigneten Mittel in Händen halten, andere zu den für ihr Interesse brauchbaren Dienstleistungen zu erpressen. Von den Leidtragenden dieser

Geschäftspraxis mitgedacht oder gar noch vorgebracht, nimmt dieses Ideal sich allerdings schon ein wenig pervers aus. Die haben sich offenbar die Frage danach endgültig und gründlich abgewöhnt, was sie eigentlich davon haben, wenn sie ihr Leben lang als Manövriermasse der Mehrung eines Reichtums dienen dürfen, der ihnen nicht gehört.

Dieselbe ohnmächtige Abhängigkeit vom Erfolgsstreben derer, die »die Wirtschaft« sind, drückt die Anschauung von der Krise als demnächst wohl wieder überwundene »Talfahrt der Konjunktur« bloß anonym aus: Die Umdeutung der ordinären Sachgesetze der kapitalistischen Akkumulation in das schicksalhafte Wirken eines quasi naturgesetzlichen »Konjunkturzyklus«, der die prognostischen Kräfte aller Wirtschaftsweisen und Börsenspekulanten herausfordert, gibt das Bewußtsein der allseitigen Abhängigkeit vom Profit zu Protokoll – nur eben nicht kritisch und als grundsätzlichen Einwand gegen diesen Wahnwitz von Produktionsweise. Sondern eben affirmativ, so daß vom Profit des Kapitals, dem alles Produzieren und Konsumieren subsumiert ist, gar nicht die Rede ist und statt dessen ein anonymes Wesen namens »die Wirtschaft« zitiert wird, dessen Wiederaufschwung man ideell den Daumen drückt – wenn man schon nicht reich genug ist, um daran zu verdienen.

Wenn dann vom »Ausland« als dem Schuldigen an der hiesigen Krise die Rede ist, so machen sich mit dieser Parole staatstragende Nationalisten bloß noch für das unbedingte Recht auf deutschen Wirtschaftserfolg stark. Sie besehen sich den ganzen eingerichteten Internationalismus des Kapitals und alle imperialistischen Verkehrsformen mit einer schwarz-rot-goldenen Brille – und erkennen außerhalb deutscher Landesgrenzen prinzipiell nur noch Feinde, die »uns« das Exklusivrecht auf den Wirtschaftsboom streitig machen. So übersetzen sie die Krise des Kapitals locker in deutschen Imperialismus sans phrase, in eine deutsch-nationale Mission erfolgreicher Durchsetzung nach außen – und das ist doch mal eine Ausländerfeindschaft, die wirklich etwas zählt und bewirkt auf dieser Welt! Die noch dazu den Vorzug hat, daß keiner sie dafür hält. Denn schlimm soll es ja erst werden, wenn ein paar Abfallprodukte des deutschen Welterfolgs aus dem Ausland sich als »Wirtschaftsflüchtlinge« beim Bundesgrenzschutz melden und die inländischen sittlich-moralischen Abfallprodukte desselben deutschen Welterfolgs privat auf dessen Unteilbarkeit bestehen – nützliche Idioten einer ganz und gar nicht unpraktischen imperialistischen Barbarei, die in der Krise des Kapitals das verletzte Recht der Nation und in der Wiederherstellung des letzteren den Weg aus der Krise sieht.

Was schließlich die »verwöhnten deutschen Arbeiter« in ihrer Eigenschaft als Krisenursache betrifft, so ist das genaugenommen gar keine Ideologie, sondern das Programm dieser Nation, mit dem sich die politische Herrschaft an die praktische Revision der eingerichteten Lebensverhältnisse des Proletariats macht. Für einen möglichst konkurrenzlosen kapitalistischen Standort Deutschland erscheinen ihr Löhne, Arbeitszeit, Sozialleistungen und manch andere Gewohnheiten im Rahmen eines modernen Arbeiterdaseins ganz schlicht als ein nicht länger hinnehmbarer Standortnachteil – also werden sie abgeschafft, und das Volk wird auf etwas anderem Niveau damit vertraut gemacht, was es alles so bedeutet, als Manövriermasse eines erfolgreichen Imperialismus zu fungieren.

Auch diese Schönheiten demokratischer Solidarität kommen aus dem Fall der Profitrate und stehen bei Marx im Kapitel über dessen entgegenwirkende Ursachen, die das Kapital erstens immer ins Werk setzt und die zweitens das Instrumentarium für den Weg aus der Krise abgeben, welches Kapitalisten und Politiker auf das brave Arbeits- und Stimmvieh ebenso wie auf den Rest der Welt anwenden.

Im preiswerten Skript von Marx heißen diese »entgegenwirkenden Ursachen« so: 1. Erhöhung des Exploitationsgrads der Arbeit; 2. Herunterdrücken des Arbeitslohns unter seinen Wert; 3. Verwohlfeilerung der Elemente des konstanten Kapitals; 4. Die relative Überbevölkerung; 5. Der auswärtige Handel; 6. Die Zunahme des Aktienkapitals.

Gar nicht so wirklichkeitsfremd, oder?

Theo Ebel ist Redakteur der Zeitschrift»Gegenstandpunkt«

Konkret 06/93, S. 30

Georg Fülberth

Böser Verdacht

Überlegungen zum tendenziellen Fall der Sozialdemokratie

Lack gehört nicht zu den tragenden Teilen einer Konstruktion. Zum Bau von Autos, Möbeln und Brücken werden – je nachdem – Stahl, Holz, Glas, Kunststoff und andere feste Bestandteile benutzt. Die glänzende Hülle hat eine ästhetische und – als Verwitterungs- und Rostschutz – konservierende Funktion. Soll sie die festen Elemente aber nicht etwa verdecken, sondern ersetzen, fällt das Gebaute bei der ersten härteren Berührung zusammen, ja es wird selbst ohne Zusammenstoß, da nicht selbsttragend, in sich versinken.

Engholms Lack war die Moral. Weil dieser Stoff spröde ist, bewegte sich der Mann, der darauf Wert legte, nur aus dieser Fassade zu bestehen, möglichst langsam, damit nichts absplitterte. Die Politik ist aber keine Vitrine. Wer in diesem Metier auch nur zeitweilig Erfolg hat – und dies war bei Engholm der Fall – wird mit Dingen in Berührung kommen, die dem aparten Anschein nicht entsprechen. Ist dieser die Hauptsache, dann muß der Darsteller aufgeben, wenn es herauskommt.

Da dies banal ist, muß gefragt werden, weshalb die SPD sich einen Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten leistete, der nur diese unbrauchbare Ausstattung mitbrachte. Antwort: Etwas anderes hatte sie nicht mehr. Dies erklärt, weshalb Kohl einen »Blackout« vor einem Untersuchungsausschuß und Graf Lambsdorff die Flick-Affäre wegstecken konnten. Der eine steht für nationale Wiedergeburt, der andere für dreisten Marktradikalismus. Dies sind Programme und Prinzipien mit Zukunft, denen gegenüber persönliche Mankos ihrer Verfechter nicht ins Gewicht fallen. Jetzt ist zu hören: Die effektvollen Abgänge von Brandt 1974 und Engholm 1993 einerseits, Streibls Beharrungsvermögen andererseits zeigten, daß die SPD eben doch die anständigere Partei sei. Daran ist richtig, daß die persönliche Ehrbarkeit bei der Sozialdemokratie im Verhältnis zur sachlichen Substanz einen größeren Anteil hat als bei den Konservativen. Deren rechte Agenda ist umfangreich. Die Spezifik der Sozialdemokratie kann nur links davon liegen (sonst gäbe es nicht zwei Volksparteien, sondern nur eine). Ist da nicht viel, muß das honorige Image von Einzelpersonen um so mehr bemüht werden. Daß jemand moralisch (oder, Renate Schmidt und Heidemarie Wieczorek-Zeul, weiblich) ist, kann aber nur eine zusätzliche Eigenschaft sein und nicht an die Stelle der inhaltlichen Existenzberechtigung einer Politikvariante treten. Johannes Rau fragt: »Wo sind die politischen Botschaften, und mit welchen Personen werden sie Fleisch und Blut?« Das ist der Jargon eines Predigers, dem die Gemeinde davongelaufen ist und der nun ein neues Publikum sucht, denn die Kirchen-Immobilie steht ja noch und soll weiter genutzt werden.

Nachdem die Sozialdemokratische Partei Deutschlands jahrzehntelang an der inneren Durchorganisierung des Kapitalismus mitgewirkt und in der Bundesrepublik sogar dreizehn Jahre lang auf oberster Ebene Staat gemacht hatte, schrieben, in den achtziger Jahren, Ralf Dahrendorf und Kurt Biedenkopf, jetzt bedürfe es ihrer insofern nicht mehr, als die zentralen Punkte ihrer Politik inzwischen Gemeingut der ganzen Gesellschaft geworden seien. Dieser freundlich dahingesagte böse Verdacht – sie sei überflüssig geworden – war zumindest zur Hälfte mit einer falschen Begründung versehen. Als er geäußert wurde, war der Kapitalismus nämlich keineswegs dabei, die Lehren der Sozialdemokratie immer mehr zu verinnerlichen, sondern die Zeit war gekommen, da er sie im Interesse seines ferneren Gedeihens sich wieder vom Hals schaffen mußte: die Lehren und die Sozialdemokratie. Am rabiatesten wurde dies schon seit Ende der siebziger Jahre in Großbritannien vorexerziert: Senkung der Lohn-Nebenkosten und der öffentlichen Ausgaben, Privatisierung von Unternehmen, die Labour einst sozialisiert hatte, Aushebelung der Gewerkschaften. Der Sieg Margret Thatchers bestand nicht nur darin, daß sie das alles schaffte, sondern daß die Opposition ihr konzeptionell nichts mehr entgegenzusetzen hatte. Nachdem der einst radikale Labour-Vorsitzende Michael Foot abgedankt hatte, bemühten sich seine Nachfolger Kinnock und Smith um Yuppie-Programme.

Noch drastischer war der Einbruch sozialdemokratischer Parteien, wo nicht ihre Reformkraft sie zeitweilig nach oben getragen hatte, sondern ausschließlich ihre Alibi-Funktion im Kalten Krieg. In dessen Schlußphase stieg in Italien Bettino Craxi auf: Er hatte das Programm, den Partito Socialista so zu stärken, daß der von Berlinguer angestrebte Historische Kompromiß unmöglich wurde. Die Operation ist gelungen, der Arzt muß zusehen, daß er nicht in den Knast kommt.

Entgegen dem äußeren Anschein verlief die Entwicklung in Frankreich ähnlich. Mitterands Aufstieg entsprach nicht nur dem sozialen Reformbedarf des französischen Kapitalismus, sondern er wehrte auch die seit Jahrzehnten bestehende, wenn auch zunehmend steriler werdende kommunistische Herausforderung ab. Nachdem dies geleistet war, übernahm seine Partei Aufgaben, für die der Weltgeist aber nicht sie, sondern die bürgerlichen Parteien erschaffen hat, zum Beispiel die Härtung des Franc zu Lasten der Arbeitsplätze. Danach wurde sie abgewählt. Ob die spanische sozialistische Partei den gleichen Weg geht, und falls ja, wie schnell, wird sich zeigen. Wenn Gonzales sein Heil in vorgezogenen Neuwahlen am 6. Juni sucht, dann nicht aus Selbstbewußtsein, sondern weil er fürchtet, daß das Resultat später noch schlimmer sein würde.

Der trostsuchende Blick deutscher SPD-Mitglieder mag sich in diesen Wochen wieder einmal nach Skandinavien richten. Auch dort ist es zwar mit sozialdemokratischer Hegemonie lange vorbei, aber die Schwesterparteien kommen doch dann

und wann mal wieder an die Regierung. In der Bundesrepublik wird dieser Politiktypus effizienter Verwaltung mit sozialem Akzent wohl in Ländern und Gemeinden fortleben.

Auf der zentralen Ebene aber wirkt die SPD entkernt. Die Notwendigkeit einer Effektivierung des Kapitalismus durch Sozialreform und die Drohung des Kommunismus, dem der »Demokratische Sozialismus« entgegengesetzt wurde – dies waren die beiden Voraussetzungen für die Geschichtsmächtigkeit der Sozialdemokratie nach 1945. Nunmehr ist die erste Bedingung zumindest zeitweilig, die zweite vielleicht für immer entfallen. Die »Botschaften«, nach denen Rau fragt, sind schon da: ökonomische Weltgeltung, Dompteur-Rolle im osteuropäischen Hinterhof, Nummer Eins vor den westeuropäischen Konkurrenten, Selbstbehauptung und »Emanzipation« im Verhältnis zu den USA. Und die Personen, mit denen derlei »Fleisch und Blut« wird, regieren in Bonn.

Daß sie ihrerseits nicht glänzend aussehen, liegt daran, daß eine bürgerliche Demokratie ohne sozialistische Herausforderung eben weniger hübsch ist. An den Problemen, die der Kapitalismus produziert, wird er nicht untergehen. Mit Massenarbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Absacken der Peripherien kommen seine Zentren gut aus. Die allmählich dämmernde Einsicht, daß dies aber auch alles gewesen sein soll und daß es dabei Dauer-Verlierer gibt, erzeugt insbesondere bei den Benachteiligten jenen rechtspopulistischen Groll, dem die von der SPD einst genährte Hoffnung, sie werde auch die letzten Makel des Systems wegwischen, einige Jahrzehnte lang im Wege stand. Jetzt empfehlen sich andere Mittel der inneren Befriedung: Abschottung gegen die zuwandernden Fremden, Teilnahme an militärischen Aktionen, auch zum Zweck der Ablenkung. Daß Engholm zuletzt auch in diesen beiden Punkten »modern« sein wollte, zeigt, was Hegemonie ist und wer sie hat.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 4/93 über die hessischen Kommunalwahlen

Konkret 06/93, S. 31

O. Nagel/A. Greser/H. Lenz

»...und lange schallt's im Walde noch: Der Sozialdemokratie ein Hoch!«

Leben und Sterben der Ente Björn

Björn ist tot. Die tapfere kleine Ente mit der großen Pfeife hat ihr letztes Abenteuer bestanden, Millionen Kinder haben es atemlos mitverfolgt und können es immer noch nicht fassen: Björn, den seine stets weiße Weste doch unbesiegbar gemacht zu haben schien, lebt nicht mehr.

Für mich wie für viele andere waren »Björns lustige Abenteuer« mehr als einfach nur ein Comic. Tausende junger Menschen traten in die SPD ein, um in den regelmäßigen Genuß der kleinen, grünen Hefte zu kommen, die in der Parteizentrale auslagen und die die letzten Erlebnisse von Björn und seinen Freunden enthielten: da war der dicke Ossibär, Ulrich der Fuchs und das Schnabeltier Johannes, der Hahn Hans-Jochen und der Frechdachs Oskar. Eine lustige Gesellschaft lebte in dem kleinen Wald, und die Aufregung war groß, wenn Björn seine Pfeife verloren hatte, Oskar von dem verrückten Maulwurfweibchen Adelheid angefallen wurde und Johannes mit einem anderen Schnabeltier beim Schnäbeln gesehen worden war.

Doch Björns weiße Weste machte ihn zum Superhelden, und er war es, der seinen Freunden in allen Gefahren und Notlagen zu Hilfe kam und ihre Abenteuer zu einem glücklichen Ende führte. Seine weiße Weste hatte ihm auch damals geholfen, als sein Bruder Uwe zu viel Blei getrunken hatte und beim Baden unterging. Da haben alle gezittert und gedacht, jetzt würde Björn seine weiße Weste schmutzig machen und seine Superkräfte verlieren. Aber alles ist gutgegangen.

Zum Schluß wollte Björn dann Oberförster werden. Die anderen Tiere haben ihn dabei unterstützt, nur Jansen, das Murmeltier, hat Pfeiffer, der Küchenschabe, viel Geld gegeben, und alles kam raus. Der dicke Oberförster hatte es geschafft: er hat einen ganz schmutzigen Trick angewendet, Björn gefangen und aufgefressen.

Jetzt ist Björn tot, und es wird nie mehr eine Folge von »Björns lustigen Abenteuern« geben. Seine beiden Zeichner, Achim Greser und Heribert Lenz, haben beschlossen, Björn nicht wiederauferstehen zu lassen. Doch in meinem Herzen, und bestimmt in dem vieler anderer großer und kleiner Kinder, wird Björn immer einen Platz einnehmen, gleich neben dem Erpel Willy und dem Enterich Herbert mit der Pfeife. Für mich lebt Björn.

PS: Das letzte Abenteuer der kleinen Ente Björn steht in »Titanic«, dem neuen SPD-Parteibuch. Seit dem 28. Mai am Kiosk.

–

Konkret 06/93, S. 32

Katharina Rutschky

Buch des Monats: Schwestern ade – Frauen was nun?

Susan Faludi: Die Männer schlagen zurück. Wie die Siege des Feminismus sich in Niederlagen verwandeln und was Frauen dagegen tun können. Rowohlt Verlag 1993, 720 Seiten, 42 Mark

Statt unter die Flügel bläst den Frauen der Wind ins Gesicht, meint Susan Faludi, Autorin eines amerikanischen Bestsellers über den Stand auch unserer Kämpfe. Oder steht es bloß schlecht um die Frauenbewegung und die etwas straffer organisierte feministische Militanz, der der rechte Zulauf abhanden gekommen ist? Vorbei sind jedenfalls die Goldenen Sechziger und Siebziger, die Faludi nur als Kind erlebt haben kann, als eine neue Frauenbewegung hüben und drüben nicht bloß für Wirbel sorgte, sondern auch die Kraft und Geschlossenheit zu haben schien, die Frage nach Recht und Gerechtigkeit für die Frauen zu stellen und damit auch Gehör zu finden. Faludi will die Frage beantworten, warum es nicht kontinuierlich weiter voran ging und die achtziger Jahre im Zeichen des backlash standen, des unerklärten Krieges gegen die Sache der amerikanischen Frau.

Faludi hat in die britische Ausgabe ihres imponierenden Wälzers die dortigen (gleichlaufenden) Entwicklungen mit einbezogen, und der deutsche Leser mag es bedauern, daß diese Trenddiagnose nicht auch für unsere Verhältnisse versucht worden ist. Mit Faludis Methoden angestellt, wäre sie vielleicht in mancher Hinsicht weniger düster, in politischer dafür bedenklicher ausgefallen. Denn hierzulande geht es bürokratisch zu, und ob die Frauen im besonderen und die Gesellschaft im allgemeinen von einem, noch dazu überparteilichen, Staatsfeminismus profitieren werden, bleibt abzuwarten. Wenn ich an die moralischen Kampagnen denke, aber auch an einige Gesetzesinitiativen, die von Frauenministerien jüngst initiiert wurden, fange ich an, vom Nachtwächterstaat zu träumen, der nicht so beherzt das Gute erzwingen, sondern bloß das Schlimmste verhüten will. Solche Schwierigkeiten mit der autoritären Überorganisation und Verselbständigung ehedem innovativer Kritik kennt das politische System in den USA nicht. Gesellschaftliche Veränderungen werden dort, anders als bei uns, mit politischen Kampagnen in Angriff genommen, für die Personen rekrutiert und Geld gesammelt werden muß, ehe dann auf lokaler oder staatlicher Ebene ein gezieltes und zeitlich begrenztes Programm durchzusetzen ist. Die damit gegebene stärkere Abhängigkeit der Politik (oder der Leute, die eine bestimmte Politik machen wollen) von schwer zu kalkulierenden Trends und Stimmungen der Gesellschaft muß sich der Leser von Faludis Buch klarmachen, will er es nicht von vornherein als eine sinnlose Kompilation schlechter Nachrichten beiseite legen.

Als feministische Fundamentalistin allerdings leistet Faludi keine Vorarbeiten für eine politische Analyse des backlash (unterstelle ich einmal, es habe ihn gegeben) in der Ära Reagan und Bush. Da haben ja nicht nur die Männer zurückgeschlagen, wie der deutsche Titel die Botschaft noch einmal zuspitzt, die scheinbar geschlossene Frauenbewegung selbst begann sich aufzulösen. Pionierinnen wie Betty Friedan und Germaine Greer stiegen aus und liefen, aus der Sicht der Hardliner, zum Feind über, so wie viele Frauen es dann auf ihre Weise auch taten. Ihr individueller Alltag hatte sie wieder, alle sicher verändert und mit gehobenem Selbstbewußtsein und mehr Selbstsicherheit. Als Dauergewinn erhalten geblieben scheint mir hüben wie drüben ein enorm gesteigertes allgemeines Problembewußtsein, das Frauenbelangen zugute kommt, auch wenn eine weitergehende Politisierung, nicht zuletzt wegen der sektiererischen Entwicklung der militant gebliebenen Fraktion, nicht stattgefunden hat.

Die um eine skandalisierte Sexualität herum organisierten Kampagnen (Pornographie, Vergewaltigung, Kindesmißbrauch) hatten zwar eine große Resonanz in den Medien und beeinflußten von dort aus auch Politiker aller Parteien – aber diese neue Welle moralischer Aufrüstung geht an den Fraueninteressen vorbei, stärkt vielmehr einen Konservativismus auf der Grundlage der Angst, als Reaktion ohne jede kreative Potenz. Faludi übergeht diese Entwicklung, die in den USA dazu geführt hat, daß eine feministische Philosophin wie Catherine MacKinnon und eine Autorin wie Andrea Dworkin in Sachen Pornographie mit Vertretern der Neuen Rechten in einem Boot sitzen und daß ähnlich seltsame Konstellationen von Linken, Liberalen und Rechten der uralten Sorte sich für eine neuartige Zensur im Namen derMoralischen und/oder Politischen Kor-rektheit stark machen. Hat man von seiten der Frauenbewegung in den glorreichen Siebzigern und danach überhaupt Fehler gemacht, hat man es an klaren Zielen, an Pragmatik, Menschenfreundlichkeit und Geduld fehlen lassen (nicht zuletzt mit den Frauen selbst)? Faludi, unpolitisch und gesinnungsfest, weiß nichts davon. Sie ist eben bewegt, frauenbewegt. Und was ist Bewegung? Nicht weniger, aber auch kein bißchen mehr als Stimmung. Und die hält bei den wenigsten lange an. Auch so ließe sich der backlash erklären.

Faludis Erklärung ist dramatischer. Sie unterstellt eine Art historischer Gesetzmäßigkeit im Geschlechterkampf, der nicht von ungefähr an die Formel aus dem Kommunistischen Manifest erinnert. Jeder Schritt, den die Frauen als unterdrückte Hälfte der Menschheit nach vorn im Verfolg ihrer gerechten Sache tun, mobilisiert die Kräfte des Gegners auf höherem Niveau. Die amerikanische Frauenbewegung datiert man auf eine Tagung in Seneca Falls im Jahre 1848. Dort forderten die Frauen für sich das Wahlrecht, das Recht auf Eigentum und Bildung; sie debattierten aber auch über vernünftige Kleider

und eine gesündere Lebensführung und das Recht auf freiwillige Mutterschaft. Doch am Ende des 19. Jahrhunderts, so Faludi, »wurden die Gerechtigkeitsappelle der Frauen von einem kulturellen Konterschlag niedergewalzt. Den Frauen peitschte ein Hagel von Warnungen entgegen, die mit den heutigen so gut wie identisch sind und damals von Gelehrten der Eliteuniversitäten, Religionsführern, medizinischen Kapazitäten und Presseexperten geäußert wurden.« Heute hat sich als wirksamstes Mittel gegen die Emanzipation der Frauen der Einsatz von Massenmedien und das Massenmarketing, also die Werbung, erwiesen.

Als weiterer bedeutender Faktor, der die Kräfte des Bösen stärkt, macht Faludi eine gewisse Gruppe von Frauen aus. Ihre Motivation und ihre Interessenlage, die sie zu solch selbstschädigendem und verräterischem Tun treibt, wird allerdings nicht weiter erhellt. Fest steht jedenfalls, wie Cynthia Kinnard in einem bibliographischen Überblick über die antifeministische Literatur Amerikas herausgefunden haben will, daß etwa ein Drittel aller publizierten Artikel und sogar die Hälfte aller Bücher und Pamphlete, in denen die Frauenbewegung denunziert wird, von Frauen stammen. Faludis mokante Beschreibung von Frauen, die nicht auf ihrer korrekten Linie liegen, ob es sich nun um wirkliche Konservative oder um Renegaten wie Betty Friedan handelt oder einfach nur um Frauen, die in puncto Scheidungsrecht, ganztägiger Kinderbetreuung und anderen strittigen Punkten anderer Meinung sind, legt es nahe, diesen Frauen intellektuelle Inkonsequenz (Dummheit) oder gar moralische Defizite zu unterstellen. Eigentlich verhält es sich aber doch wohl so, daß das Frausein an sich weder in der Vergangenheit noch erst recht heute automatisch zu einer Überzeugung führt, von der man allenfalls durch Drohungen oder mediale Hirnwäsche abgebracht werden kann.

Kurz: Ich halte den backlash für eine Konstruktion, mit der sich feministische Hardliner aus der Wirklichkeit einer Gesellschaft heraushalten, in der zu jeder Meinung eine Gegenmeinung vorhanden ist, und wo man sich auch auf Frauen keineswegs verlassen kann, weil sie längst an diesem Pluralismus teilhaben. Selbst in der Frage der »freiwilligen Mutterschaft«, die immerhin noch die meisten Frauen (und Männer) eint, gibt es Frauen, die davon nichts wissen wollen. Sie auf irgendeine Weise zu entmündigen und aus der Diskussion auszuschließen, ist schlicht reaktionär. Eine moderne Gesellschaft darf sich nicht auf letzte Wahrheiten festlegen, die für alle gelten; ihr sollten Verfahren genügen, die die Durchsetzung individueller Rechte garantieren.

Hat der backlash die Funktion, Gegenmeinungen abzuwerten und sich Kritik vom Leibe zu halten, so taugt er für eine politische Analyse schon gar nicht. Was gibt er zum Verständnis der Emanzipationsgeschichte denn her? Die antifeministische Reaktion um 1900 in den USA, aber auch in Deutschland, konnte nicht verhindern, daß das Frauenwahlrecht nach dem 1. Weltkrieg durchgesetzt wurde. Statt vom kulturellen Konterschlag der Bishoff, Möbius oder Weininger zu sprechen, kommt man der Wirklichkeit doch näher, wenn man in ihr Konkurrenzunternehmer am Werke sieht, deren ideologisches Angebot sich in jeder Hinsicht als abhängig von der Frauenbewegung und ihren Forderungen erweist.

Richtig ist andererseits, daß die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen ein langsamer Prozeß gewesen und auch heute noch nicht abgeschlossen ist. Ob und wie man ihn beschleunigen kann, etwa durch eine Quotenregelung beim Zugang zu hochqualifizierten Berufen oder zu Schaltstellen der Macht, ist die Frage. Was Faludi für die USA im Auge hat, ist mir auf vielen hundert Seiten völlig unklar geblieben. Unterm Strich kommt nichts heraus als der Appell an die Frauen, zu kämpfen und sich den Sirenengesängen von Psychotherapeuten, Schönheitschirurgen, Modediktatoren und Traditionalisten zu verweigern, die Heim und Herd immer noch für die wahre Bestimmung der Frau halten. Außerdem sollte niemand glauben – Faludi widerlegt hier Meldungen aus dem schnellebigen Infotainment-Markt, deren tiefgreifende Wirkung auf die weibliche Psyche mir ziemlich zweifelhaft sind – , daß Singles unglücklich, dreißigjährige Universitätsabsolventinnen auf dem Heiratsmarkt out und fast unfruchtbar, geschiedene Frauen arm und krank sind. Lassen sich Frauen so leicht einschüchtern und von richtigen Lebensentscheidungen abbringen? Ist das falsche Frauenbild im Kino und im Fernsehen daran schuld, daß sie ihre wahren Interessen seit den Goldenen Siebzigern schlicht vergessen und verdrängt haben? Kaum zu glauben.

Es ist wohl eher so, daß Faludi mangels solider sozialwissenschaftlicher Kenntnisse und ohne jede politische Idee die Blasen, welche die Unterhaltungsindustrie wirft, ernster nimmt, als sie es verdienen. Wirft sie einen Blick in die Arbeitswelt, gewinnt man wegen ihres wenig erhellenden Reportagestils keinen Überblick und verliert bald das Interesse. Ist diese oder jene Geschichte symptomatisch für die Benachteiligung der Frauen, für die Verhältnisse in der Bauindustrie oder für den backlash speziell?

Wer sich über die Lage der Frauen in den USA informieren will, muß wohl doch zu anderen Büchern greifen, die nicht behaupten, vernünftige Frauen erkenne man daran, daß sie Baumwollunterwäsche tragen. Der backlash verordnet nämlich Seide.

Katharina Rutschky ist freie Autorin. Sie hat zuletzt das Buch »Erregte Aufklärung« (KleinVerlag) veröffentlicht

Konkret 06/93, S. 34

Ernst Lohoff

Mogeln f□ r Boris

Das □ ffentliche Getue um die internationalen Hilfs□ ahlungen f□ r Jel□ in kann nicht verbergen, da□ hinter den Kulissen l□ n eine erbitterte Schlacht um die □ bernahme der Kosten tobt, die der Kollaps Ru□ lands verursachen □ ird

Sobald die Stichworte »Wirtschaft« und »Wirtschaftspolitik« fielen, konnte sich bis vor kurzem der durchschnittliche Zeitungsleser eines gewissen ehrfürchtigen Schauders nicht erwehren. Er sah eingeweihte Nadelstreifenträger am Werk, die Zugang zu einem mächtigen und gleichzeitig ziemlich unverständlichen Geheimwissen zu haben und souverän über die Geschicke von Volkswirtschaften, Währungen und Finanzströmen zu entscheiden schienen. Der Nimbus des Sachverstands hat mittlerweile allerdings schwer gelitten. Vom Glanz der Seriosität, der einst einen Helmut Schmidt umgab, können die hektischen Macher und Voodoo-Ökonomen unserer Tage allesamt nur mehr träumen. Wo Murphys Gesetz regiert, thront in den Finanz- und Wirtschaftsministerien zwischen Washington, Bonn, Tokio und Moskau nur noch Potemkins Enkelriege.

Bei kaum einem Problem ist im Augenblick das Irreale und Aberwitzige der marktwirtschaftlichen Realpolitik derart offensichtlich wie beim Versuch, das westliche Marktwirtschaftsmodell in die ehemaligen realsozialistischen Länder zu exportieren. Das gilt nicht nur für die deutsche Vereinigungskatastrophe, sondern in besonderer Weise auch für das Reformdesaster in der ehemaligen Sowjetunion. Wenn überhaupt irgendetwas den schildbürgerhaften Charakter der Einführung westlicher Marktformen in Rußland zu verbergen vermag, dann allein die historisch einmalige Dimension dieses Unternehmens. Nicht nur die Marktwirtschaftsinstallateure vor Ort bieten ein denkbar erbärmliches Bild, auch ihre westlichen Mentoren präsentieren sich in keiner besseren konzeptionellen Verfassung. Die Beschlüsse der G7 zur »Rußlandhilfe« und die Multimedia-Show von Jelzin und Clinton in Vancouver sollten diesen Zustand kaschieren.

Für das private westliche Kapital ist das aus dem Gleichgewicht gekippte Rußland vollkommen uninteressant. Vom vielbeschworenen »Zukunftsmarkt im Osten« spricht schon seit geraumer Zeit niemand mehr. Der Handel mit dem zahlungsunfähigen Riesenreich ist de facto genauso zum Erliegen gekommen wie die Kreditvergabe durch europäische und amerikanische Privatbanken. Exportiert wird nur noch dann, wenn westliche Regierungen die Zahlung garantieren. Soweit überhaupt Geldkapital in die Nachfolgestaaten der UdSSR tröpfelt, stammt es ebenfalls allein aus den staatlichen Verschuldungshaushalten. Westliche Unternehmen können im Osten lediglich uneintreibbare Forderungen akkumulieren, aber kein Kapital. Sie bleiben dementsprechend lieber weg.

Läge Rußland in der Sahelzone oder in Südamerika, so würde die Politik ganz selbstverständlich der Disengagement-Logik des privaten Kapitals folgen. Das Land würde wie jedes bankrotte »Entwicklungsland« behandelt. Der IWF und die Weltbank diktierten der Jelzin-Administration ihre bekannten restriktiven »Sanierungs«-Bedingungen. Rußland könnte diese suizidalen Konzepte nicht umsetzen und würde anschließend für die Unpraktikabilität der westlichen Marktwirtschafts-Konzepte von den Gralshütern des Neoliberalismus zur Verantwortung gezogen. Von jeder Kapitalzufuhr engültig abgekoppelt, bliebe das Land ohne viel Federlesens sich selber überlassen. Bestenfalls im Zusammenhang vorweihnachtlicher Spendenaktionen von »Brot für die Welt« und »Misereor« wäre von Rußland dann überhaupt noch die Rede, und irgendwann würden die zu erwartenden Bürgerkriegsgreuel die Region zum Gegenstand einer internationalen Debatte über weltpolizeiliche Einsätze machen.

Angesichts der geostrategischen Lage des russischen Restimperiums verbietet sich jedoch der Rückgriff auf diese bewährte Methode. Wenn das unmittelbar an Europa angrenzende, mit Atomraketen und einigen Zehnmillionen potentiellen Migranten vollgestopfte, immer noch kontinentale russische Staatsgebiet im Chaos versinkt, können die westlichen Regierungen dem nicht so ungerührt entgegensehen wie einem Bürgerkrieg samt Hungersnot in Somalia oder Äthiopien. Wo daher die Wirtschaft sich wohlweislich dem russischen Abenteuer verweigert, müssen zumindest die politischen Instanzen Aktivität und entschlossenes Handeln mimen. Auch wenn der Reformkurs längst zur Fiktion geworden ist, auch wenn die Ukraine und Rußland nach fünfmaligem Zahlungsaufschub immer noch unfähig oder nicht willens sind, die Zinszahlungen für die 80 Mrd. Dollar Altschulden der Sowjetunion wiederaufzunehmen, so wird eine Unterstützung des Jelzinregimes doch zumindest simuliert. In der Annahme, daß Ökonomie ohnehin zu 50 Prozent aus Psychologie bestehe, will der Westen zunächst nur Zeit gewinnen und mithelfen, die Reformer im Sattel zu halten. Hauptsache, das Kartenhaus bricht nicht vor Ende der Legislaturperiode zusammen. Der Rest, so die Hoffnung, wird sich dann schon irgendwie finden.

Schon das hastig aufs Referendum abgestimmte Timing der westlichen Unterstützungszusagen spricht eine unmißverständliche Sprache. Das Maßnahmebündel, das der Vizeministerpräsident und Jelzinvertraute Fjodorow als »einen entscheidenden Schritt für die enge Zusammenarbeit mit den wichtigsten Staaten der Welt« feierte, hat keinerlei Ähnlichkeit mit einem durchdachten Entwicklungskonzept. Die G7-Vertreter haben ihr »Hilfspaket« auf ein Gesamtvolumen von immerhin 43,5 Mrd. Dollar hochgerechnet. Dieser Betrag klingt angesichts der angespannten Haushaltslage in allen OECD-Ländern durchaus beeindruckend. Betrachtet man ihn näher, bleibt von der westlichen

Großzügigkeit jedoch wenig übrig. Schon der größte Brocken des versprochenen Geldsegens, 15 Mrd. Dollar, die für ein Umschuldungsprogramm veranschlagt wurden, haben für die zahlungsunfähige russische Wirtschaft keine Bedeutung. Für die Gläubiger allerdings ist es nicht unerheblich, ob sie einstweilen noch mit kreditfinanzierten Zinszahlungen rechnen können.

Die »Hilfe« erweist sich auch in den übrigen Details als durchaus fiktiv und hat rein propagandistischen Wert. Die G7-Verhandlungen hatten unter anderem zum Ziel, das in Sachen Rußland ausgesprochen spröde Japan in die Unterstützungsmaßnahmen einzubinden. Formal ist dies gelungen. Tokio erweiterte unabhängig von der Lösung der albernen »Kurilenfrage« seinen Exportkreditrahmen um 1,8 Mrd. Dollar. Derlei Großzügigkeit fällt den Japanern nicht schwer, weil sie ziemlich sicher sein können, daß ihr Angebot gar nicht in Anspruch genommen werden wird. Dank des Kompetenzwirrwarrs und der Desintegration ihrer Wirtschaft konnten die russischen Stellen bislang erst ein Drittel des bereits zuvor von Japan eingeräumten Kreditrahmens von 2,8 Mrd. Dollar ausschöpfen. Warum sollte sich daran nun etwas ändern?

Während die offiziellen Verlautbarungen die internationale Solidarität beschwören, tobt hinter den Kulissen eine erbitterte Schlacht um die Kostenverteilung. Wer trägt in welchem Umfang die unvermeidlichen Verluste, die durch den Kollaps der russischen Wirtschaft entstehen werden? US-Präsident Clinton etwa besteht nicht deshalb so energisch auf der Beteiligung internationaler Institutionen und der westlichen Verbündeten an der Rußland-»Hilfe«, weil er eine in sich abgerundete konzertierte Aktion im Auge hätte. In Clintons Pro-Jelzin-Initiative feiert der Internationalismus der Golfkriegsfinanzierung fröhliche Urständ.

Sollte tatsächlich Geld nach Rußland fließen, so wird aus seiner Zweckbestimmung mit Sicherheit nichts werden. Zwar wird man die vorgesehenen 700 Mio. Dollar für Nahrungsmittelimporte wohl tatsächlich für Getreideeinfuhren verausgaben. Daran sind sowohl die Farmer im amerikanischen Mittelwesten als auch Jelzin brennend interessiert. Vielleicht werden die für Abrüstungsmaßnahmen (Demontage von Atomsprengköpfen usw.) veranschlagten 250 Mio. Dollar ebenfalls zumindest partiell wie vorgesehen verwendet werden. Mit den 6 Mrd. Dollar für den Rubelstabilisierungsfonds wird die Jelzin-Administration, sofern sie sie tatsächlich erhält, aber unter Garantie nur die gröbsten Haushaltslöcher stopfen und Staatsbetriebe kurzfristig über Wasser halten können. Sie wird auch mit diesen Mitteln genau die Politik weiterbetreiben, die der IWF und die ausländischen Reformberater ihr verbieten möchten.

An der strukturellen Misere der russischen postrealsozialistischen Wirtschaft ändert das westliche Hilfsprogramm nichts. Das liegt aber keineswegs einfach nur an seiner mangelhaften Konzeption und unzureichenden Dimensionierung oder am Unwillen und der Unfähigkeit der russischen Regierung. Beides sind Symptome eines grundsätzlichen Problems. Eine moderne westliche Marktökonomie kann sich nur etablieren und auf längere Sicht behaupten, wo sie vom Selbstlauf der Akkumulationsbewegung getragen wird. Die Politik kann und muß diesen Prozeß flankieren, sie kann ihn aber nicht substituieren oder künstlich zum Leben erwecken. Wo das private Kapital wohlweislich das Feld räumt, wird sich die politische Macht beim Versuch, seine Funktion zu übernehmen, überheben. Die Milliarden des Marshallplans reichten nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland dazu aus, die Wachstumslokomotive in Gang zu setzen, weil sie bereits auf den Geleisen und unter Dampf stand. Heute bleiben auch verhundertfachte finanzielle Anstrengungen von Staatsseite immer unzureichend, weil sie die Lokomotive gewissermaßen tragen müßten. Die Eigendynamik der Akkumulationsschübe ist weltweit erloschen. Der Zusammenbruch des Realsozialismus stand selber schon für den Zusammenbruch der innersowjetischen Akkumulationsbewegung, und die Flucht in die offene Weltmarktgesellschaft kann daran nichts ändern.

Die bittere Erfahrung, die heute Ungarn, Polen und die Tschechische Republik machen, bleibt Rußland nur deswegen erspart, weil es auf dem Marsch in die Weltmarktgesellschaft nie so weit kommen wird wie diese Länder. Nachdem sich die ostmitteleuropäischen Staaten dem Diktat des IWF gefügt haben und unter herben sozialen Verlusten den südkoreanischen Weg einer exportorientierten Entwicklung einzuschlagen versuchen, finden sie die Tore des Weltmarkts fest verriegelt. So hält die EG, die reichlich an ihren Milchseen und Rinderbergen zu schlucken und zu kauen hat, mit fadenscheinigen Begründungen ein Embargo gegen ungarische Fleisch- und Milchprodukte aufrecht. Während die englischen mad-cows tonnenweise auf den kontinentalen Markt gekarrt werden, führte die Entdeckung eines einzigen an Maul- und Klauenseuche erkrankten Import-Rindviehs dazu, daß ungarische Rinder den europäischen Markt in den nächsten Jahren nicht mehr erreichen. Im fortgeschrittensten aller ehemals realsozialistischen Reformstaaten gefährdet die Einfuhrsperre hunderttausende von Arbeitsplätzen. Diese »große Kluft zwischen Wort und Tat« (»Handelsblatt« v. 15.4.93), über die sich die integrationswilligen Ostmitteleuropäer beklagen, würde genauso die russischen Exporte treffen, wenn Rußland außer Erdgas etwas zu bieten hätte.

Rußland erreicht diese Stufe des ausgesperrten Dumping-Exporteurs aber erst gar nicht. Schon die Vorleistungen für die Installation westlicher Marktmechanismen würden Mittel in einem Ausmaß erfordern, das die westlichen Regierungen nie und nimmer bereitstellen wollten und könnten. Wie aussichtslos selbst bei einer immensen Steigerung westlicher Zuwendungen die Umstellung der ehemaligen Plan- auf eine moderne Marktwirtschaft ist, zeigt eine eigenartige Rechnung von Jeffrey Sachs. Der berüchtigtste der in Rußland tätigen Chicago-Boys fordert von den westlichen Regierungen eine

Verdopplung der finanziellen Anstrengungen und gliedert auch fein säuberlich auf, wie das Geld zu verwenden sei. Für Sozialpolitik veranschlagt er 5-7 Mrd. Dollar und geht davon aus, daß mit diesem Betrag gleichzeitig das Budgetdefizit geschlossen werden könne. Pro Kopf der russischen Bevölkerung gerechnet, schrumpft der stolze Betrag auf circa 40 Dollar zusammen. Nach Schätzungen westlicher Manager sind in Osteuropa etwa 30 Prozent der Beschäftigten überflüssig und müßten demnächst zur »Gesundung« der Wirtschaft »freigesetzt« werden. In Rußland dürfte die Quote eher noch höher liegen. Dem unvermeidlichen Millionenheer von Arbeitslosen billigt Sachs für die nicht absehbare Dauer ihrer Erwerbslosigkeit umgerechnet also etwa 120 Dollar pro Nase zu. Andere Ausgabeposten seines Umbauprogramms kalkuliert Sachs ebenso knapp. Nach Berechnungen des Ifo-Instituts, das ein wenig seriöser als der US-Ökonom arbeitet, müßte der Westen die Einführung der Marktwirtschaft in der ehemaligen Sowjetunion mit 400 Mrd. Dollar pro Jahr flankieren.

In einem Punkt ist Jeffrey Sachs allerdings Realist. Er rechnet mit der absoluten Grenze der Hilfsbereitschaft und Hilfsfähigkeit westlicher Regierungen und richtet seine Planungen von vornherein darauf aus. Die Zahlen des Ifo-Instituts sind dagegen gleich zweifach unrealistisch. Sie unterschätzen noch immer die »Umbau«-Kosten und sprengen doch schon um eine Zehnerpotenz den Hilfsrahmen, den westliche Regierungen ihrem russischen Partner allenfalls zugestehen könnten. Sobald die Akkumulationsdynamik erloschen ist, kann sich die Politik eben nur blamieren. Wenn ein Kindergartenkind einen Eimer Wasser spenden möchte, um die Dürre in der Sahelzone zu bekämpfen, mag das rührend sein. Wenn die Vertreter der führenden Industrienationen »entschiedene Schritte zur Unterstützung der russischen Reformpolitik« ankündigen und dabei auf das gleiche Reflexionsniveau regredieren, hat die Realpolitik sich ihr eigenes Urteil gesprochen.

Ernst Lohoff schrieb in KONKRET 5/93 über den Stand der Reformkatastrophe in Rußland

Konkret 06/93, S. 36

Stefan Seifert

Die Zitronen sind faul

Nach Meinung politischer Kommentatoren steht Italien seit längerem vor »einem Abgrund politischer Fäulnis, hemmungsloser Bereicherung und absolutistischen Machthungers. Nun endlich ist eine autoritäre Lösung dieses Problems in Sicht

»Das neue Italien ist geboren«, triumphierte eine italienische Tageszeitung nach dem Referendum vom 18. April. Anlaß zu solcher Freude gab, daß Volkes Stimme sich überraschend deutlich für eine Änderung des Wahlrechts ausgesprochen hatte. Künftig soll die Zusammensetzung des Senats – und später auch der Abgeordnetenkammer – durch ein Mehrheitswahlrecht französisch/englischen Zuschnitts bestimmt werden. Allenthalben wurde (und wird) diese Entscheidung als Fanal gewertet für einen radikalen Neubeginn, für das Ende von Korruption und Herrschaftsklüngelei, für ein »sauberes Italien«, für die Ablösung der von Bestechungsaffären gebeutelten »Classe politica«.

Umberto Bossi, charismatischer Führer und Volkstribun der rassistischen norditalienischen Ligen, brachte die Stimmung auf den Punkt: »Der Ruin des Systems und der Verfall des Regimes sind derart tiefgreifend, daß sie eine revolutionäre Lösung unausweichlich erscheinen lassen.« Das Szenario ist Bestandteil eines bereits mehrere Jahre andauernden Spektakels, dessen Ende nur auf eines hinausläuft: auf die Inauguration einer ominösen »2. Republik«. Wie die aussehen soll, dafür gibt es zwar kein allgemein anerkanntes Modell, die Vorschläge dazu jedoch tragen allesamt autoritäre Züge.

Schon im Frühjahr ‘92, als die großen Parteien bei der Parlamentswahl einschneidende Verluste hinnehmen mußten, erste Enthüllungen über das Ausmaß an Korruption die Runde machten, die zerrüttete wirtschaftliche Situation des Landes sich nicht mehr kaschieren ließ und zudem die Mafia mit spektakulären Morden ihre Macht demonstrierte, wurde viel vom Ende des Systems und einer notwendigen Revolution von oben geredet. Schon betonten vor allem ranghohe Politiker, sekundiert von diversen Partei-Dissidenten, unermüdlich, wie wichtig eine Verfassungsreform für das Überleben der Demokratie in Italien sei. Die »1. Republik«, so verlautbarten sie, sei verkommen und unfähig, die drängenden Probleme des Landes zu lösen. Sie müsse daher schleunigst durch eine zweite, den Erfordernissen des nationalen Notstands gehorchende Konstitution ersetzt werden. Als vorläufiger Erlöser aus dem allgemeinen Desaster wurde damals der senilreaktionäre Alt-Katholik Oscar Luigi Scalfaro gefeiert. Er übernahm das Amt des Staatspräsidenten, brachte jedoch eine Verfassungsreform nicht zustande. Dazu schien die Zeit noch nicht reif.

So wurde das Spektakel um die Abwertung der Lira im vergangenen Herbst dazu benutzt, eine Notstandsregierung einzufordern, die die nationale Krise überwinden sollte. Die Medien bemühten sich, die Bevölkerung entsprechend zu konditionieren, und beschworen in hysterischen Tönen Schlachten vergangener Kriege. Es drohe, so war beinahe täglich zu lesen, nicht nur der Zusammenbruch der Währung, »das Dünkirchen Finanz-Italiens«, sondern auch der Bankrott des Staates und das Ende der Demokratie.

Solchermaßen eingestimmt, rief man die Wähler nun im April zu den Urnen. In schweren Zeiten, hieß es, müsse die Nation zusammenstehen, fruchtlose Debatten seien jetzt zu beenden und Kritik am Ruf nach einem starken Staat, an dessen Spitze ein starker Mann stehen solle, sei Landesverrat. Für die Erneuerung Italiens könne allein eine Regierung sorgen, die sich aus »Technokraten« zusammensetzt, welche parteiunabhängig die Dinge wieder ins Lot bringen würden. Nachdem inzwischen ein erheblicher Teil des politischen Personals von der wildgewordenen Justiz mit Ermittlungsverfahren wegen Bildung mafioser Vereinigungen, Korruption, Hehlerei, Erpressung und/oder Verstosses gegen das Parteienfinanzierungsgesetz eingedeckt worden ist, war dies sowieso unumgänglich.

Daß nun ausgerechnet Carlo Azeglio Ciampi, der langjährige Präsident der Notenbank, das Regierungsgeschäft übernahm, zeigt deutlich, in welche politische Richtung das Land gesteuert werden soll. Denn bereits im letzten Jahr hatte Ciampi, ein enger Vertrauter und alter Freund von Scalfaro, die Überzeugung geäußert, daß endlich »die allzuoft verschobenen Reformen der öffentlichen Ausgaben« durchgeführt werden müßten. Dies bedeute »eisernes Sparen, die Einschränkung des Verbrauchs und Kostensenkung. Das wird alle Italiener treffen und soziale Diskussionen auslösen.« In einem Land, in dem laut Angaben des IWF 40 Prozent der Steuern hinterzogen werden, steht außer Frage, wer dabei am meisten Grund zum Diskutieren haben könnte.

Nahezu unbemerkt nutzt das italienische Kapital derweil die andauernden politischen Gefechte und die allgemeine Krisenstimmung zu einer finalen Entmachtung der Gewerkschaften. Was in den 80er Jahren mit Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung eingeleitet worden ist, soll heute im »sozialen Kompromiß« enden. Um ihn zu erzwingen, möchte der Unternehmerverband Confindustria die letzten Rechte der Arbeiter aushebeln. Parallel zu der von der Regierung verfügten Beschneidung des Streikrechts und der Abschaffung der gleitenden Lohnanpassung (»scala mobile«) hat das Kapital deshalb mit Hilfe neuer Tarifverträge die völlige Mobilität der Beschäftigten durchgesetzt und sie vollends den Notwendigkeiten der Unternehmenspolitik untergeordnet.

Zwar flogen den Gewerkschaftsvertretern im letzten Herbst ob ihres Schlingerkurses und ihrer Anbiederung an die Interessen des Kapitals noch Tomaten, Eier und Schrauben um die Ohren, inzwischen allerdings sind die Proteste geschickt

kanalisiert worden. Fast überall herrscht heute die Überzeugung vor, daß es schlimmer eh nicht mehr kommen könne und man daher als einzigen Ausweg aus der nationalen Krise eine starke Regierung benötige.

So steht den angeschlagenen großen Parteien, den Christdemokraten (DC), den Sozialisten (PSI), der demokratischen Partei der Linken (PDS) und den zunehmend stärkeren norditalienischen Ligen mit der angestrebten Abschaffung des Verhältniswahlrechts der Weg offen, die kleinen Parteien aus dem Parlament zu werfen und sich die freiwerdenden Prozente untereinander aufzuteilen. Dabei ist natürlich die Unbefangenheit erstaunlich, mit der in einer bürgerlichen Demokratie – Italien versteht sich nach wie vor als solche – im Jahre 1993 die Abschaffung des Verhältnis- zugunsten eines Mehrheitswahlrechts, das die Meinung und die Stimmen der Minderheit (welche bis 49 Prozent erreichen kann) einfach so unter den Tisch fallen läßt, als Fortschritt und Ausweg aus der Krise gefeiert werden kann.

Der Drang zu autoritären Lösungen – Gesellschaft, Staat und Wirtschaft betreffend – gründet sich in Italien darauf, daß das Vertrauen in die demokratischen Instanzen des Landes gen Null gesunken ist. Das freilich liegt weniger daran, daß durch die Aufdeckung der zahlreichen »Skandale« bekannt geworden wäre, was vorher niemand gewußt oder zumindest geahnt hat, sondern daran, daß seit einiger Zeit das demokratische System nichts mehr abwirft. In der gegenwärtigen Krise, in der der Verteilungskampf deutlich härter wird, ist – ähnlich der Situation in der BRD – daher auch in Italien der Bedarf an Idealen stark angestiegen. Ganz oben auf der Wunschliste stehen Redlichkeit, Fleiß, Opferbereitschaft, Stärke und moralische Integrität...

So ist denn auch nicht verwunderlich, daß das erste Glückwunschtelegramm an Carlo Azeglio Ciampi vom deutschen Kanzler kam. Kohl versicherte seinem Kollegen, daß man »in Deutschland die Phase der Erneuerung in der italienischen Politik mit großem Interesse« verfolge. Manche sind da schon weiter: Im Kapitel »Politische Erneuerung« seines kürzlich erschienenen Buches »Handeln für Deutschland« empfiehlt der ehemalige Kanzler Schmidt als Mittel zur Bewältigung der Krise die Einführung des Mehrheitswahlrechts auch in der BRD.

Stefan Seifert schrieb in KONKRET 7/92 über Italien auf dem Weg zur »2. Republik«

Konkret 06/93, S. 38

Eike Geisel

Die Bauchredner der späten Geburt

In diesem Jahr wurden in den USA zwei Museen eröffnet, die an die nationalsozialistischen Massenverbrechen erinnern: im Februar das »Museum of Tolerance – Beit Hashoa« in Los Angeles und Mitte April das »Holocaust Memorial Museum« in Washington. Alles, was die deutsche Öffentlichkeit darüber schon immer wußte, aber nicht zu sagen wagte, ließ sie nun von jüdischen Autoren vorbringen. Anmerkungen zu einer besonderen publizistischen Volksfürsorge

Für Otto Normalvergaser ist die Welt von gestern noch in Ordnung gewesen. Sie war, weil jüdisch beherrscht, zwar unerträglich, aber er konnte dies sagen und durfte auch etwas zu ihrer Rettung unternehmen. Nach dem fehlgeschlagenen Rettungsversuch befinden sich die Nachfolger dieses Unterfangens in der überaus mißlichen Lage, daß ihnen in der Frage der jüdischen Weltherrschaft nicht nur die Hände gebunden sind, sondern auch der Mund verboten ist. Gelegentlich konnte einer ihn dann doch nicht halten und plauderte aus, was ihn bedrückte. Das war fast Landesverrat, das war vor allen Dingen aber peinlich.

Amerika, du hast es besser, dachten viele und blickten sehnsüchtig über den Ozean. Dort nahm niemand ein Blatt vor den antisemitischen Mund; dort durften sogar Schwarze öffentlich äußern, was Weiße in Deutschland nur heimlich denken konnten; dort war das Land der unbegrenzten antijüdischen Möglichkeiten. Auch Journalisten schauen neidvoll auf die Freiheit ihrer amerikanischen Kollegen. Diese sind, wenn sie die jüdische Gefahr beschwören, nicht – wie etwa Franz Alt – auf den moralischen Beistand von Vorzeigejuden angewiesen. Sie sind Antisemiten ohne Netz und doppelten Boden. Pat Buchanan zum Beispiel, einer der prominenten amerikanischen Fernsehmoderatoren, kommt immer ohne Umschweife zur Sache. Von ihm stammt die über CNN in alle Haushalte verbreitete Botschaft, die Schönhuber immer bloß auf der Zunge lag: »Der amerikanische Kongreß ist israelisches Besatzungsgebiet.«

Anläßlich der Eröffnung zweier Museen, die ohne deutsche Vorarbeiten nie entstanden wären, zeigte sich das bekannte Dilemma in seiner ganzen Schärfe. Man grollte den Amerikanern und der amerikanischen Judenheit. Die Museen seien antideutsch, das »andere Deutschland« werde ignoriert; die Nachkriegszeit werde ausgeblendet, die Wiedergutmachung verschwiegen. Doch statt erleichtert darüber zu sein, daß die Museen nicht zeigen, wie das »andere Deutschland« über die Juden dachte, nämlich gar nicht so sehr viel anders; statt froh zu sein, daß die Museen keine Wendehalsgalerien der Nachkriegszeit enthalten; statt von Herzen dankbar zu sein, daß es dort keine Abteilung mit dem Thema »Wiedergutmachung« gibt, wo die Pensionszahlungen an alte Nazis mit den Entschädigungen der KZ-Häftlinge verglichen werden; statt also rundum zufrieden zu sein, ignorierte das bessere Deutschland in Gestalt seines Bundespräsidenten die Einweihungsfeierlichkeiten. Zu Recht, schrieb der »Spiegel«, der meinte, deutsche Politiker hätten dabei mit einem »Spießrutenlauf« rechnen und sich innerlich »ducken« müssen.

Wer also sollte dem Groll, der anläßlich dieser Ereignisse erneut heftig aufbrach, Ausdruck verleihen? Die Suche nach den Vorzeigejuden begann, und drei große Blätter wurden rasch fündig, um die alte Forderung von Strauß, es müsse ein Ende haben mit »dem gekrümmten Gang«, jüdisch zu bekräftigen. Gerade darauf habe er lange gewartet, schrieb ein Leser des »Spiegel« erleichtert, nachdem er Henryk M. Broders Bericht über die amerikanischen Museen gelesen hatte; endlich habe jemand unmißverständlich gesagt, daß die Amerikaner mit der Erinnerung an den deutschen Massenmord ihre eigenen Verbrechen verdrängen wollten. Jetzt erst kam das berühmte Kanzlerwort von der »Gnade der späten Geburt« zu seiner vollen Bedeutung. Und der Gnadenerweis kam gleich dreifach: vom Bundeswehrprofessor Michael Wolffsohn, vom Schriftsteller Rafael Seligmann und vom Autor Henryk M. Broder, der sein Debüt in dieser sich für Deutschland schlagenden Verbindung gab.

Broders im »Spiegel« (Nr. 16/93) veröffentlichte Abrechnung mit der »Amerikanisierung des Holocaust« hat andrerseits den Teil seiner anhänglichen Leserschaft heftig irritiert, dem er selbst mühsam beigebracht hatte, daß es keinen Exklusivanspruch der Nichtjuden auf Dummheit gebe. Und diese Leute fragten sich nun irritiert: Warum denn ausgerechnet er? Man kann sie beruhigen. Es soll an dieser Stelle verraten werden, was bislang nur Broders engste Freunde wissen: Wie weiland Kujau den »Stern« mit falschen Hitler-Tagebüchern, so hat Broder jetzt den »Spiegel« mit einem echten, nur leicht redigierten Text aus den deutschnationalen Restbeständen der Alternativszene genasführt. Broder hat ein bekanntes Spiel, das schon manchen Lektor in arge Verlegenheit gebracht hat, einfach umgedreht. Wie erinnerlich, bereitet es manchen Leuten Spaß, die Dämlichkeit des deutschen Literaturbetriebs dadurch bloßzustellen, daß sie unter ihrem eigenen Namen Textauszüge berühmter Autoren an Verlage einschickten, und meist hielten die Lektoren das angebliche Erstlingswerk, das ja längst in ihrem eigenen Verlag erschienen war, für nicht veröffentlichenswert.

Broder hat nun diesen Entlarvungsulk vom Schwanz her aufgezäumt. Er nahm das Pamphlet eines unbekannten Amerikahassers, setzte auf ein bekanntes Ressentiment und seinen Namen darunter. Es funktionierte so, wie er vorausgesehen hatte. Zwar traf er mit dem Text beim »Spiegel« auf ein ohnehin offenes Ohr, aber die Redaktion hätte den Bericht weder so bebildert, wie man das aus rechtsradikalen Broschüren kennt, noch hätte sie ohne Broders Unterschrift einen Bericht abgedruckt, der die infame Behauptung, der amerikanische Kongreß sei in der Hand von Juden, nur noch

dadurch überbot, daß er sie erläuterte: Das »Holocaust Memorial Museum« in Washington, so war da zu lesen, sei das Ergebnis einer Erpressung, sei das steinerne Zeugnis besonders verwerflicher jüdischer Chuzpe, da die Juden aus einem amerikanischen Waffengeschäft mit Saudi-Arabien durch moralischen Druck einen finanziellen Gewinn geschlagen hätten, nämlich über 150 Millionen Dollar für den Bau des Museums. Das war zwar gelogen, denn über 200.000 Amerikaner haben diese Summe durch Spenden aufgebracht, aber ergab doch ein stimmiges Bild im Rahmen dieser Identitätsbeschaffungsmaßnahme, zu der noch zwei andere jüdische Autoren gehörten.

Von zwei »jüdischen Flakhelfern« sprach Josef Joffe in der »Süddeutschen Zeitung« und meinte damit Michael Wolffsohn und Rafael Seligmann. Den von Broder mit böser Ironie lancierten Text kannte er noch nicht, und bei diesen beiden Autoren wäre jeder Gedanke an eine publizistische Spaßguerilla ganz abwegig gewesen. Sie waren beide als Gastarbeiter der psychologischen Entsorgung zur Genüge ausgewiesen. Sie selber bezeichnen sich lieber als Anwälte der deutsch-jüdischen Normalisierung. Ihre nur notdürftig als jüdische Bedenken verkleideten Einwände dagegen, daß der Massenvernichtung im Museum gedacht werde, haben allerdings insofern zu einer deutsch-jüdischen Normalisierung beigetragen, als durch ihre patriotisch aufgeladenen Vorwürfe gegen die »Amputation des Judentums« und gegen eine »holocaust-zentrierte Identität« die den Juden 1933 aufgezwungene Erklärung, Amerika betreibe »Greuelhetze«, nun eine Neuauflage erlebt.

Michael Wolffsohn, normalerweise Historiker, dilettierte im Fach Judaistik und wollte nachweisen, daß Gedenkstätten und Museen eine »Dejudaisierung des Judentums« und eine »Holocaust-Fixierung« beförderten. »Angestrengte Traditionspflege« nannte die »FAZ« (v. 15.4.93) dies in ihrer einleitenden Bemerkung. Die Musealisierung, schrieb Wolffsohn, sei ein Traditionsbruch, »ein Verstoß gegen das biblische Bilderverbot«, dies sei »zutiefst unjüdisch«. Daß damit eigentlich gemeint war, die Museen seien zutiefst antideutsch, verriet Wolffsohn am Schluß seines judaistischen Kollegs: »Die Juden benötigen deshalb den Holocaust als allgemeines und, daraus abgeleitet, Deutschland als besonderes Symbol der Sinnstiftung. Sie sind an Deutschland gekettet, um jüdische Identität zu bewahren ... Jüdische Identität wird dabei nicht durch positive Selbstbestimmung ... sondern durch negative Fremdbestimmung ... erworben.« So viel Blödsinnstiftung konnte nicht einmal in der »FAZ« unwidersprochen bleiben. Ein christlicher Theologe bürstete den Hobbyjudaisten ab: Judaistik ungenügend, Wolffsohn setzen! Dabei hatte Wolffsohn gar nichts Theologisches im Sinn gehabt, er wollte nur eine deutsche Projektion jüdisch-religiös unterfüttern. Seine Behauptung, die Juden seien an Deutschland gekettet, ist das nicht einmal notdürftig retouchierte Bild von Deutschland im Würgegriff der Juden. Doch gerade weil Wolffsohn hier einmal nicht als Mitstreiter des Historikers Zitelmann, des historiographischen Herrenausstatters der Nazis («Zitelmann zieht Hitler an«), aufgetreten war, versteht man, warum der verstorbene Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Galinski, einmal davon sprach, Wolffsohn sei »gefährlicher als die Skinheads«.

Rafael Seligmann hatte bereits im vergangenen November davor gewarnt, sich allzu sehr mit den umgebrachten Juden zu beschäftigen. Sein »Spiegel«-Essay war »Die Juden leben« überschrieben, handelte aber weniger vom Leben der anderen als davon, wie schwer ihm sein eigenes als Autor gemacht werde. Er hatte immerhin ein persönliches Motiv dafür, daß er sich anläßlich der Eröffnung des Museums in Washington in der »Süddeutschen« (v. 13.4.93) nochmals zu Wort meldete und sich erneut beschwerte, daß man versuche, das Judentum auf eine »Holocaust-Nostalgiegemeinschaft« zu reduzieren. Er wollte gelesen werden, und deshalb sollten sich seine potentiellen Leser, Juden wie Nichtjuden, »auch wenn es schmerzlich ist ... aus dem Schatten Hitlers befreien«. Das deutsche Judentum möchte er, so als wäre bloß kurz die Telephonleitung unterbrochen gewesen, »wieder aufleben« lassen: »Voraussetzung dafür ist, daß man neben den toten auch an die lebenden Juden denkt.« Er meint natürlich: an ihn, was diese Auskunft so sympathisch unideologisch macht.

Seligmann beklagte, daß es vier Jahrzehnte, nämlich bis zum Erscheinen seines ersten Buches, keine »jüdischen Gegenwartsromane« in Deutschland gegeben habe. Diesem Mangel hat er mittlerweile mit einigen autobiographischen Romanen abgeholfen, die er, weil er aus begreiflichen Gründen die Unterscheidung in gute und schlechte Literatur nicht mag, als jüdische verstanden wissen möchte. Seine Bücher handeln von der Entwicklung eines verklemmten Pennälers zum enthemmten Spießer, der gleichzeitig der ideale Leser ist, weil er allein vom Durchblättern schon feuchte Finger bekommt. Doch daß Seligmann als Autor »die Nöte der real existierenden Juden in Deutschland« wahrnehme, danke man ihm, vor allem von jüdischer Seite, schlecht. Er und seinesgleichen, wozu er Wolffsohn rechnet, würden in jüdischen Gemeinden als »Antisemiten«, schlimmer noch, als »Deutsche« beschimpft. Und da sage noch einer, die jüdischen Gemeinden in Deutschland seien politisch ahnungslose Vereine.

Während Seligmann und Wolffsohn bei ihren Plädoyers für Deutschland einen Umweg über das Judentum machen und augenzwinkernd meinen, die Museen in den USA seien »unjüdisch«, heißt es im von Broder dem »Spiegel« untergeschobenen Text schlicht: alles amerikanisch. Die »Amerikanisierung des Holocaust« ist besonders schlimm, denn »Amerikanisierung« ist schon vom Übel. Kolonisierung der Köpfe hat Hochhuth dies einmal genannt und seither bewiesen, wie nötig er sie hätte. Es fing bekanntermaßen mit dem Sieg der Amerikaner über die Nazis an, das war die erste Amerikanisierung. Jetzt wird fremdes Gut in Amerika amerikanisiert, das ist sozusagen der perverseste Kulturklau einer Nation, die sich schon immer an europäischen Originalen vergriffen hatte. Auschwitz als gigantische Inszenierung: alles nur Show, alles Ersatz, alles aus zweiter Hand, alles Instant-Geschichte. Wenn die Amerikaner erklären, sie schlössen die

Verbrechen der Nazizeit in ihre kollektive Erinnerung mit ein, dann tönt es aus Deutschland: Dieses Eigentum ist Diebstahl. Auschwitz bleibt deutsch. Wir lassen uns nicht von der Kopie in den Schatten stellen. Ähnlich hatte der Kanzler im »Historikerstreit« gesprochen: Kohl erklärte mit Hinweis auf das deutsche Copyright die Debatte darüber für beendet, ob es sich bei dem Massenmord nicht vielleicht um ein Plagiat gehandelt haben könnte.

Dieses Auschwitz aus zweiter Hand verzeihen die Deutschen den Amerikanern noch weniger als das Original den Juden. Zur Strafe müssen sich die amerikanischen Leichenfledderer anhören, wie vergleichsweise besser man in Deutschland über Indianer, Schwarze und Vietnam Bescheid weiß, daß man hier die »drei historischen Leichen im Keller« der USA genau kennt, wie die dezente pars pro toto-Formulierung lautet. Mit ihr werden die Amerikaner daran erinnert, daß die Deutschen sich mit einem einzigen Völkermord zufrieden gegeben hätten.

Broder hat mit der Wahl dieses Textes Gespür bewiesen, denn er enthält all jene Ressentiments, die Adorno einmal Anlaß zu der Bemerkung gaben, eine wirksame Bekämpfung des Antisemitismus sei von der Abwehr des antiamerikanischen Affekts nicht zu trennen. In den USA gibt es seit Jahren eine heftige Debatte über die Aporien geschichtlicher Erinnerung im allgemeinen und über die politischen, moralischen, ästhetischen und pädagogischen Fragen von Holocaust-Museen im besonderen. Die Diskussion füllt inzwischen ganze Bände. Hier kommt sie mit Verspätung an und übersetzt in den Brustton der Betroffenheit engagierter Studienräte. Der Text im »Spiegel« versammelt alle Momente dieser Empörung: »pseudopädagogischer Anspruch«; Vermarktung der Opfer – »ihre Leichen werden nun zum zweiten Mal verbrannt«; amerikanische Mitschuld am Massenmord – ein Argument, das man gerne hört, weil es den Unterschied zwischen unterlassener Hilfeleistung und vorsätzlichem Mord verwischen hilft; Geldverschwendung oder der Autor als Anwalt des kleinen Mannes – »während viele karitative jüdische Einrichtungen ihre Arbeit kaum noch finanzieren können, fließen Millionen und Abermillionen in das Holocaust-Projekt«; es gibt Wichtigeres zu tun oder der Autor als Sozialarbeiter, der nach der Polizei ruft – »in einer Stadt, in der täglich zehn Menschen ermordet werden, bedarf es der Vorführung von sechs Millionen Toten, um den Wert des menschlichen Lebens anschaulich darzustellen« (der pastorale Beiklang dieser populistischen Forderung ist nicht zu überhören – dabei weiß jeder, daß immer dann vom »Wert des menschlichen Lebens« geschwatzt wird, wenn Menschen bloß diesen, also gar nichts haben sollen); die Dummheit der Amerikaner, vor allem ihrer Jugend, »deren geistige Aufnahmekapazität der Dauer eines Videos von MTV entspricht«; schließlich die mangelnde Betroffenheit oder der Lehrer als Sadist – nach dem Besuch des Museums seien die Jugendlichen nicht in der Situation der Auschwitzhäftlinge und könnten sich »entscheiden, ob sie den Rest des Tages am Strand von Santa Monica oder in einer der neuen Shopping-Malls in Culver City verbringen möchten, ohne darüber nachdenken zu müssen, daß die ›Besucher‹ der wirklichen Gaskammern diese Qual der Wahl nicht hatten«. Mit anderen Worten, eine Prise Auschwitz, vielleicht ein wenig Folter inder Selbsterfahrungsgruppe, wären nicht schlecht als Strafe für den Umstand, daß gerade die Freiheit, zwischen Strand und Kaufhaus auswählen zu können, die unabdingbare Voraussetzung dafür ist, über Verhältnisse nachzudenken, die diese Wahl nicht zulassen.

Was aber, wenn Broder den »Spiegel« nicht als Zentralorgan des Chauvinismus entlarven wollte, der Text tatsächlich und entgegen allen Beteuerungen von Freunden doch von ihm selbst stammt? Wenn er selbst den »Holocaust-Rausch« der USA im Zustand eigener hochgradiger Sturzbetroffenheit entdeckt haben sollte?

Was dann? Das wäre ein weiteres Beispiel finaler Déformation professionelle, wie etwa im Fall der Löwenforscherin, die schließlich von ihrem Untersuchungsobjekt aufgefressen wurde. Dann hätte ihn das Syndrom, dem seine jahrelange Aufmerksamkeit galt, am Ende verschluckt.

Eike Geisel schrieb in KONKRET 2/93 über »Judensternstunden der deutschen Presse«

Konkret 06/93, S. 42

Frieder Kern

Leipzig kupscht nicht
Ungereimtes aus Wien

Was führt der Börsenverein des Deutschen Buchhandels im Schilde? Ab 1995, so heißt es, wolle er die Leipziger Buchmesse (dieses Jahr vom 3. bis 6. Juni) in eigener Regie veranstalten. Nur »böse Zungen«(Börsenverein) behaupten, er wolle sie abschaffen. KONKRET gibt einen kleinen Überblick über den neuesten Klatsch aus dem Literaturbetrieb und stellt zwei Neuerscheinungen vor

»Also dann, bis zur Buchmesse in Leipzig!«

»Buchmesse? Leipzig? Gibt's die noch?« fragt die Lektorin aus dem Wiener Verlag.

»Aber ja«, sage ich, »vom 3. bis 6. Juni«, und trete mit dieser Antwort eine Lawine los. Lauter abers!

»Aber die Frankfurter Buchmesse?«

»Aber ja.«

»Aber zwei Buchmessen im Jahr in Deutschland?«

»Aber ja!«

»Aber geht sich das aus?«

»Aber ja.«

»Aber ist nicht in beiden Fällen der Börsenverein des deutschen Buchhandels der Ausrichter?«

»Aber ja« kann man auf diese Frage mit Fug und Recht erst 1995 antworten. Bis dahin ist die Leipziger Messe GmbH Ausrichter. »Die Buchmesse '93 ist«, sagt Frau Dr. Cornelia Wohlfarth, deren Vorsitzende, »ebenso wie auch ihre beiden Vorgängerinnen, eine Herausforderung für die Stadt Leipzig, ihre traditionsreiche Rolle als bedeutende Buchstadt zu behaupten. Leipzig ist fest entschlossen, Anschluß an die große Buchtradition, die vor über 500 Jahren begann, zu finden, mit neuen Ideen zu beleben und sich zur Medienstadt zu entwickeln.« Und der Börsenverein des deutschen Buchhandels? Er hat sich im Vereinigungsvertrag mit dem damaligen Börsenverein der deutschen Buchhändler zu Leipzig zum Einsatz für die Buchstadt Leipzig bekannt und tut, was er kann, lobt die gute Zusammenarbeit, sorgt für günstige Rahmenbedingungen, bringt sein Know-how mit ein, zeigt, wo es lang geht im Buchhandel – »Noch wichtiger ist jedoch die Sonderausstellung 'Rationalisierung und Organisation im Buchhandel' in der Untergrundmessehalle. Im dortigen Sortimenter- und Bibliothekars-Zentrum sind 32 Aussteller vertreten. Der Besuch dieser Ausstellung ist ein absolutes Muß für jeden ostdeutschen Buchhändler« – und tadelt eigenwillige Leipziger Schritte.

»Aber wird der Börsenverein ab '95 seiner Messe in Frankfurt mit Leipzig Konkurrenz machen?«

»Aber ich bitte Sie.«

Sie mußte kommen, diese Frage, und längst schon habe ich mein »Also dann, bis zur nächsten Buchmesse in Leipzig!« bedauert, denn wie soll ich denn wissen, was der Börsenverein im Schilde führt? Soll ich ihr, der Lektorin aus Wien, sagen, daß die Antwort, die der Wind aus Frankfurt bringt, die Messe nicht in Frage stellt, daß der Börsenverein beteuert, die Leipziger Buchmesse zu erhalten? Darf ich dann aber verschweigen, daß andere Antworten aus unterschiedlichen Himmelsrichtungen die gegenteilige Botschaft ins Land tragen? Ein Dorn im Auge des Börsenvereins sei die Messe in Leipzig, abschaffen wolle er sie. »Böse Zungen, die das behaupten«, sagt der Börsenverein. »Alles Heuchler und Pharisäer«, hallt es zurück.

Doch wer sind die Guten, wer die Bösen? Und was hilft es, wenn man einen Blick auf die nun ungeteilte deutsche Verlagslandschaft wirft? Die ist, auch von Wien aus, alles andere als lieblich. Arg zerklüftet schon ist der Osten. Und im Westen? Saufen da nicht die, die öffentlich Wasser predigen, heimlich Wein? Teilen ist blöd, doch obacht, Herr Naumann, auch im süßesten Wein kann ein granatenmäßiger Kater schnurren, der in Ihrem Fall Ossietzky heißen könnte, denn der Rowohlt Verlag, so weiß die »Weltbühne«, bereitet, mit Geld von der Deutschen Forschungsgesellschaft, die Herausgabe der Schriften von Carl von Ossietzky vor, obwohl die Weltrechte an diesem Werk noch bis ins Jahr 2018 beim Aufbau-Verlag liegen. Da habe Herr Naumann, tönt Bernd F. Lunkewitz, Chef des Aufbau-Verlags, ein wenig zu voreilig mit dem Verschwinden des Ostverlags gerechnet. Mag der juristische Sachverhalt auch etwas komplizierter sich lesen: zum Geschäft, von dem die Herren Naumann und Lunkewitz mehr verstehen als ich, scheinen Erobern und Plündern zu gehören.

Das hat, wenn man dem »Focus« glauben darf, auch Herr Witsch gewußt, als er sich aus Weimar in den Westen absetzte, und er scheint es bis auf den heutigen Tag zu wissen, denn warum sonst landeten jene, die die Spur der Angriffe gegen Gustav Kiepenheuer (Leipzig) zurückverfolgten, unweigerlich in Köln. Im Hause Kiepenheuer & Witsch. Dort dementiert

man und zeigt sich empört. Aber würden Sie, im Ernst, als Sohn den Dolch herzeigen, den Sie gegen den Vater im Gewande führen?

Jetzt ist man weit schon in Teufels Küche, und sicher fragt die Lektorin gleich nach den auch in Wien bekannten »Plus-Auflagen« der DDR-Verlage. Und was, bitteschön, soll ich ihr sagen? Daß das, keine Frage, eine schändliche Tat gewesen sei, daß ich mir aber andererseits auch nur schwerlich

vorstellen könne, daß Verlage der Bundesrepublik, im guten Glauben, daß es eine Wiedervereinigung nie geben werde, nicht geraubdruckt hätte? Nichts, aber auch gar nichts trüge das zur Klärung des Sachverhalts bei und nicht viel mehr jener Hinweis, den ich noch nachschieben könnte, daß ich mich zu erinnern glaube, daß der Roman »Inselzauber« von Elisabeth Goudge in den 30er Jahren bei Gustav Kiepenheuer erschienen ist und nach dem Krieg in mehreren Auflagen bei Kiepenheuer & Witsch. Gut, wir könnten der Frage nachsinnen, warum noch niemand nachgefragt hat, ob es für die KiWi-Ausgabe eine Lizenz gegeben hat, ob Lizenzgebühren, Autorenhonorar oder was auch immer bezahlt wurden.

Dafür ist aber das Wetter zu schön und sind die »Heurigen«-Kneipen zu nah, und deshalb werde ich mich hüten, diesen gepanschten Wein unter die Leute zu bringen. Nichts werde ich der Wiener Lektorin erzählen, nichts von Plus-Auflagen, nichts von Raubdrucken, nichts von Eroberungszügen und auch nichts davon, daß zu befürchten ist, daß die deutschdeutschen Fäden, wenn abgewickelt, sich so entknäult haben werden, daß vor lauter Lauterkeit kein Hahn mehr danach krähen wird.

Beim »Zimmermann« in Sievering werden wir sitzen, Schweinsbraten essen, den Hauswein trinken, literweise, und lange bevor wir zum Topfenstrudel kommen, werde ich der Lektorin zu diesem Thema allenfalls erzählt haben, daß Herr Dr. von Kupsch, jener Hauptgeschäftsführer, verkündet habe, daß es nicht die Aufgabe des Verbandes sei, die Mitglieder auf die Messe nach Leipzig zu zitieren, und jenen Satz des Herrn Dr. Georg Girardet, seines Zeichens Stadtrat für Kultur in Leipzig, zitiert haben, wonach die Leipziger sich nicht anmaßten, der Buchmesse in Frankfurt ernsthaft Konkurrenz zu machen und sie aus ihrer führenden Position zu verdrängen, und dies aber auch nur, um galant überleiten zu können in eine andere Zeit, in der sie alle gekommen sind, nach Leipzig, und wer damals aus Frankfurt am Main kam, kam aus der Provinz in die kulturelle Hochburg und bekam, selbst wenn er Goethe hieß und ein rechter Geck war, kein Bein auf das vornehme Pflaster. Damals, im 18. Jahrhundert, herrschten in Leipzig nach dem Bericht eines französischen Besuchers Verschwendung und Luxus, wurde in fast allen Gesellschaften gespielt, oft unmäßig hoch, und das dortige Frauenzimmer war untätiger im Hauswesen als seine Landsmänninnen in den anderen Städten, hatte aber mit denselben die Liebe zur Koketterie und die Putzsucht gemein.

Aber wird die Wiener Lektorin, so Sie sie treffen sollten, davon berichten können, daß wie im Jahr zuvor 800 Aussteller aus dem In- und Ausland auf die Messe kommen, und daß es wie im Vorjahr nicht nur einen mittel-osteuropäischen Schwerpunkt geben wird, sondern auch das Kulturfestival »Leipzig liest« mit Viktor Jerofeew, Hellmuth Karasek, Dagobert Lindlau, Serge Fillipini, Elke Heidenreich, Christoph Hein, Günter Grass, Marcel Reich-Ranicki, Mihajlo Kazic, Joschka Fischer, Werner Heiduczek, Adolf Muschg, Rolf Hochhuth, Freimut Duve, Andrej Sinjavskij, Günter Kunert und wie sie alle heißen? Jawohl, ein namhaftes Aufgebot an Schriftstellern, Kritikern und Künstlern wird an jedem Messetag 50 Lesungen, Buchpremieren, Diskussionen und Symposien bestreiten.

Gut möglich, daß ich der Lektorin nicht verschwiegen habe, daß diese Veranstaltung rund um das Buch den Geschmack des Herrn Dr. von Kupsch überhaupt nicht trifft. Ganz sicher bin ich aber, daß meine Antwort auf die Frage, was er wohl gemeint haben mag, der Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins, als er, wie schon bei der Eröffnung der Leipziger Buchmesse 1992, gesagt hat, Messen seien Märkte und Kommunikationsmedien des Marktes, die bestimmte Aufgaben zu erfüllen hätten, jedoch keine Veranstaltungen, bei denen Kultur oder Unterhaltung einen vom Marktgeschehen abgelösten Eigenwert hätten, daß diese meine Antwort im Donner eines aufziehenden Gewitters untergegangen ist.

Frieder Kern schrieb in KONKRET 5/93 über ein linkes Fußballbuch

Konkret 06/93, S. 44

Matthias Altenburg

ex libris

Thomas Pynchon: Vineland. Rowohlt 1993, 496 Seiten, 48 Mark

Daß ein Freund dich aus San Francisco anruft und dir den goldenen Tip gibt. Daß er sagt: Paß auf, ich hab da was für dich, damit kannst du ganz groß rauskommen. Davon träumst du. Daß er anruft und sagt: Thomas Pynchon landet nächsten Montag auf Rhein-Main; versuch, ein Interview von ihm zu kriegen. Es wird nicht leicht, aber versuch's.

Die Kopfmaschine springt an. Pynchon, Thomas, geboren 1937, amerikanischer Schriftsteller. Vier Romane, ein Band mit Erzählungen. Du hast fünf mal vierundzwanzig Stunden Zeit, um mehr herauszufinden. Aber es gibt nichts als zwei uralte Fotos und ein paar magere Daten. Wie sieht er aus, wie sollst du ihn erkennen, wenn er aus dem Flugzeug steigt? Was sollst du mit ihm reden, wenn du nichts von ihm weißt? Du hast nichts als seine Bücher. Also lesen. Lesen, lesen, lesen!

Ruhe da draußen. Ich knebele die Kinder, sperre die Straße, evakuiere die Nachbarn, bringe die Vögel zum schweigen und tauche ab. Fünf Tage und fünf Nächte nichts als bedrucktes Papier. Am sechsten Tag stehe ich morgens mit brennenden Augen vorm Spiegel und kenne mich nicht wieder. Was soll ich ihn fragen, wenn er kommt? Mr. Pynchon, warum verstecken Sie sich? Mr. Pynchon, sind ihre Romane autobiographisch? Mr. Pynchon, was halten Sie vom Postmodernismus und von Björn Engholm?

Nichts davon. Ich werde ihn nur eines fragen, ich werde ihn fragen, warum er, nach drei unlesbaren, aber wundervollen Romanen ein Buch wie *Vineland* geschrieben hat. Warum er uns mit Geschichten kommt, denen man nicht folgen will, weil man gar nicht weiß, warum man ihnen folgen sollte. Warum er, der Erfinder so unvergeßlicher Figuren wie Benny Profane und Oedipa Maas, uns jetzt mit Marionetten kommt. Warum er früher witzig war und jetzt nur noch launig ist. Warum er ein so liebloses Buch geschrieben hat. Ich werde ihn fragen, ob er nicht weiß, daß ohne Liebe niemals Kunst entsteht. Ich werde ihn fragen, warum er mich dermaßen blamieren mußte, mich, der ich noch vor einem halben Jahr hinausposaunt habe, daß die jungen deutschen Autoren sich ihn, Mr. Pynchon, als Vorbild nehmen sollten. So nicht, Mr. Pynchon, werde ich zu ihm sagen. So nicht. Nicht mit mir.

Es ist Montagabend. Ich stehe am Flugsteig und warte. Die Maschine aus San Francisco ist gelandet. Die Passagiere steigen aus. Ganz zum Schluß kommt ein einzelner Herr mit grauem Anzug, grauem Trenchcoat und grauem Gesicht. »Mr. Pynchon?« frage ich. Er reagiert nicht. Er steigt in ein Taxi und fährt davon. Ich renne dem Wagen nach. Und kurz bevor er meinen Blicken entschwindet, sehe ich, wie der graue Herr sich noch einmal umdreht und mich durch die Rückscheibe ansieht. Er sieht mich nicht an, er grinst mich an. Er hebt die Hand und macht das Victory-Zeichen. V., denke ich, verdammte Scheiße, V.

Konkret 06/93, S. 44

Ludger Fischer

ex libris

Demontage... revolutionärer oder restaurativer Bildersturm? Hrsg. v. Bernd Kramer, Karin Kramer Verlag 1992, 197 Seiten, 38 Mark

Dem ausgerotteten Volk der Wandalen wurde mit dem Begriff für sinnlose Zerstörungswut ein Denkmal gesetzt. Der Zerstörung unzähliger Denkmale im ehemaligen Ostblock hat der Karin Kramer Verlag mit einem anregenden Sammelband ein Denkmal gesetzt. Der Vorteil eines Buches gegenüber einem in Stein, Bronze oder Gips errichteten Denkmal: Es läßt sich nur Exemplar für Exemplar zerstören. Eines verbrennen, heißt tausend andere seinesgleichen aufwerten. Seine Vernichtung ist unmöglich. *Demontage* ist ein Buch und ein Denkmal. Der Nachteil eines Denkmals in Buchform: Seine Wirksamkeit bleibt begrenzt auf diejenigen, die es lesen. Es erregt nicht, wie die in Stein gehauenen Kollegen, Anstoß durchs einfache Dasein. Seine Leserschaft muß mühsam hergestellt werden, doch die Mühe ist es wert.

Staaten brauchen Symbole. Diese Symbole sind, auch wenn sie von Künstlern geschaffen werden, nicht immer kunstvoll. Kunsthistoriker müssen sich trotzdem mit ihnen beschäftigen; sonst tut’s ja keiner.

Wenn Weltbilder stürzen, jammern die Orientierungslosen. Kunst zu zerstören, gilt als sinnlos. Nur wenige würden einräumen, daß die Zerstörung von Kunstwerken einen guten Sinn haben kann. Die Denkmale kommunistischer Identifikationsfiguren sollen nicht einfach auf den Mist geworfen werden, »bloß weil der Mann im Kurs gefallen ist!«, meint zum Beispiel Friedrich Dieckmann, einer von 31 Autorinnen und Autoren, unter denen sich auch Wladimir Uljanow und Michael Gorbatschow finden. Solche Forderungen nach behutsamem Umgang mit Bildern nähren die Auffassung, Kunstwerke seien für sich gültig und wertvoll. Das sind sie natürlich nicht, auch wenn ihr politischer Auftrag nicht immer so deutlich wird wie bei Skulpturen von Staatsmännern. Was braucht’s Helden? Der Sockel ihres Ruhms wird per definitionem aus Leichen gebildet. Nur ein leerer Sockel ist ein würdiges Denkmal – nicht nur für Revolutionen. Sobald auf den Sockeln neue Götzen stehen, ist jede Revolution verraten, war sie nun blutig oder unblutig.

Viele der in diesem Band zusammengeführten Plädoyers für die Erhaltung der Lenin-Denkmale erheben den intellektuellen Anspruch, sie »gegen den Strich« zu lesen, die ehemaligen Ehrenmale als Erinnerungs-, wenn nicht gar als Schandmale zu erkennen. Dabei verkennen die Autorinnen und Autoren die objektive Wirksamkeit von Bildern, über die sich zumindest Kunsthistoriker klar sein müßten. Aufschlußreich sind diese Denkmale tatsächlich vorwiegend für Historiker, Experten, Flaneure. Nur die sind in der Lage, Denkmale materiell zu erhalten und gleichzeitig ideell zu zerstören.

Politische Identität entsteht nicht von sich aus, sondern ist das Produkt individueller und kollektiver Anstrengungen. In der DDR etwa war laut Annette Leo »ein riesiger ideologischer Apparat mit der Produktion des identitätsstiftenden Bildes befaßt, dessen Herstellung immer aufwendiger wurde, je weiter es sich von derWirklichkeit entfernte«. Hans-Ernst Mittig sprach sich gleichwohl vehement gegen den Abriß des Berliner Lenin-Denkmals aus: »Oft, fast zu oft wird davon gesprochen, daß Menschen Identität suchen und solche Identität unter anderem von Zeugnissen nationaler Geschichte abzuleiten pflegen. Und es wird auch oft gesagt, daß Denkmäler Mittel der Identitätsstiftung seien.« Das mag stimmen, aber die Erinnerung an eine bedrückende, problematische Vergangenheit kann mit einer ihrerseits identitätsstiftenden Zerstörung nicht konkurrieren. Ein politisches Selbstverständnis anhand stehenbleibender Lenin-Denkmale zu entwickeln wäre schön, hat aber vorläufig keine Chance im Vergleich zu einer Identitätsfindung, die auf deren Zerstörung aufbaut. Auch sie nimmt die Denkmale wirklich ernst.

Wenn Denkmale dazu geeignet sind, Identität zu stiften, dann eignen sie sich auch dazu, eine bestimmte und mittlerweile unliebsame Identität abzulegen. Die vom Kommunismus geprägte und in entsprechenden Denkmalen zum Ausdruck gebrachte Vergangenheit ist den Nicht-mehr-Kommunisten einfach peinlich, sie verursacht Schmerzen. Die Erinnerung an vierzig »verlorene« Jahre kann am ehesten durch einen Sturz der Symbole und Figuren erreicht werden, die mit der DDR identifiziert wurden und werden. Der Symbolwert der Bilder ist hier deutlich ein magischer. Ein Lenin-Denkmal ist die kommunistische Vergangenheit.

Wie die »friedliche Revolution« von 1989 in der DDR und die weitgehend friedliche Entmachtung der Kommunisten in der UdSSR keine Folge von Eroberungen, sondern von inneren Veränderungen waren, so findet auch der Austausch der Hoheitszeichen nicht – wie üblich – durch Okkupatoren statt, sondern in einer Art von Selbstreinigung, die eine Selbstverleugnung darstellt. Das manipulierende Geschichtsverständnis der stalinistischen Periode verlängert sich so in die neue Zeit. Es hat zudem den angenehmen Effekt, daß der für eigenes Versagen stellvertretende Sturz der kommunistischen Größen Aggressionen ableitet, die jeder einzelne gegen sich selbst richten müßte.

Einige Autoren können sich nicht enthalten, angesichts des vom Sockel geholten Lenins auch den Sturz seiner ehemaligen Kontrahenten zu fordern: wenn schon der, dann aber auch der und der und der sowieso. Moltke, Hindenburg, Bismarck sowie sämtliche Kaiser und Könige stehen zur Debatte. Nichts dagegen, könnte ein aufrechter Demokrat sagen. Runter damit. Daß es bisher niemand forderte, zeigt, daß diese Figuren keiner mehr ernst nimmt. Sie werden tatsächlich nur noch

als »der olle Wilhelm« wahrgenommen, als »Moltke« und »Eiserner Kanzler«. Kriegstreiber, Menschenschinder, unfähiger Politiker? Egal! Solange aber Lenin noch ernst genommen wird, wird man hierzulande seine Denkmäler nicht unaufgeregt betrachten können. Sie werden daher bis auf weiteres fallen. Zur Erinnerung wurde ihnen ein Buch-Denkmal errichtet.

Konkret 06/93, S. 46

Albert Hefele

Nußknackers Aufstieg

Was ist eigentlich der Lothar Matthäus für einer? Hat er eine Botschaft für uns?

Das Giuseppe Meazza-Stadion in Mailand. Ausverkauft an einem Nachmittag im Sommer. Schnitt. Eine Party, eher eine Gesellschaft. Junge, wohldurchgestylte Menschen tun gutgelaunt. Schnitt. Lothar Matthäus legt sich kantigen Kiefers den Ball zum Elfmeter zurecht. Da geht es wohl ums Ganze...? Schnitt. Wieder auf der Party. Einer der jungen Menschen schüttet ein weißes Pülverchen auf die blank geputzte Tischplatte. Aber – das ist ja Rauschgift! Alle gucken auf einmal so seltsam. So diabolisch vergnügt. Nur einer nicht. Der stutzt. Dem ist das nicht geheuer. Schnitt. Lotte läuft zum Elfer an. Schnitt. Der Vernünftige malt bedeutungsschwanger ein Kreuz in den Koks und nimmt dann seine Jacke. Lotte versenkt den Elfer. Schnitt. Der Kritisch-Vernünftige schreitet dynamisch auf regennasser Straße heimwärts. Dann wird er scheints urplötzlich vom Veitstanz befallen, denn er springt und dreht sich wie weiland Manfred Schnelldorfer um die eigene Achse, um anschließend völlig außer der Art die Arme zu schleudern. »Keine Macht den Drogen« – Ende des Spots.

Nun fragen wir uns erstens: Was will uns dieses Gezapple am Ende des Filmchens sagen? Und zweitens: Was spielt eigentlich Lothar Matthäus für eine Rolle? Hat auch er eine Botschaft an uns? Wer auf Partys geht, kommt nicht zum Fußballspielen? Wenn's zu lustig wird, lieber gleich heimgehen...? Oder gar: Wer Rauschgift nimmt, kann keine Elfer versenken...?

Wir wissen es nicht, werden es nie mit letzter Sicherheit erfahren. Wieder Schnitt. Ein junger Mann sitzt in Unterhemd und Hosenträgern vor einer malerisch abgeblätterten Holztüre. Er trägt keine Socken in den Schuhen, sein rechtes Knie ruht auf einem alten Lederball. Der junge Mann blickt düster, fast grantig. Eine Faust hat er in die Hüfte gestemmt, als wollte er sagen: ›Komm nur her, du.‹ Der junge Mann kommt uns bekannt vor. Ist das nicht...? Das ist ja Lotte! Wie kommt denn der vor die alte Holztür? Wie kommt denn der auf eine Anzeige von American Express? Nicht jeder kommt auf eine Anzeige von American Express. Nur Menschen, die..., ja was? Erst mal Geld haben, und zwar viel. Logisch. Erfolgreich sind, was in den meisten Fällen zusammenhängt. Und über Charisma verfügen. Wer genau weiß, was das ist, mal die Hand hochtun! Eben. Ob Lotte über Charisma verfügt, ist noch sehr die Frage. Aber er ist zweifellos fotogen und kann bedeutend gucken. Ernst und trotzig.

Auch im »Keine Macht den Drogen«-Spot hat er einwandfrei trotzig geguckt. Man weiß: Menschen, die so gucken, sind keine oberflächlichen Kasper. Die haben Tiefe. Das Leben hat es mit ihnen nämlich auch nicht immer gut gemeint, trotz Ruhm und Reichtum. Solchen Menschen traut man zu, daß sie in den wenigen Minuten, die ihnen eine gierige Öffentlichkeit gönnt, nachdenklich das Kinn auf die markante Faust senken: ›Ach ja. Wenn die wüßten. All die Leute, in der Öffentlichkeit dort draußen...‹ Solche Menschen setzen sich gerne auch mal vor eine abgeblätterte Holztüre und ruhen sich aus vom Fußballspiel auf der Straße, im Hinterhof. Im Grunde auch nur Menschen wie du und ich. Lotte ist so einer. Ehrlich. Seht ihn doch an. Im Unterhemd und in Hosenträgern. Und keine Socken in den Schuhen. Wenn das kein einfacher Mann ist. Okay, das Unterhemd ist blütenweiß, die Schuhe wahrscheinlich maßgeschneidert, und ein Blinder sieht, daß der Dreck darauf angepinselt ist; die schick zerzausten Haare glänzen sicher nicht vom Schweiß, sondern von dick aufgetragenem Haargel – trotzdem: Der gute Wille zählt fürs Werk! Lotte ist einer von uns. Und Lotte nimmt die Welt und ihre Probleme nicht auf die leichte Schulter. Würde er sich sonst in einem Spot gegen die Drogen engagieren? Außerdem übernimmt Lotte Verantwortung. Immer, wenn's ganz eng wird. Würde er sonst den Elfmeter treten an einem sonnigen Nachmittag im Mailänder Meazza-Stadion...? Na bitte.

Wir fassen also zusammen: Lothar Matthäus ist keiner, der sich drückt. Kein Drückeberger. Der kümmert sich, der setzt sich ein. Unentgeltlich. Fast jedenfalls. Und – ganz wichtig – er ist einer von uns geblieben. Wie seine Freunde, die sind »Elektriker, der andere Maurer und ein dritter Büroangestellter« (»Sports«-Interview 10/92).

Lotte ist okay. Das war nicht immer so. Früher hieß es, Lotte hätte vor allem eine große Schnauze. Zu Beginn seiner Profikarriere, bei Borussia Mönchengladbach, tat er sich durch ein Verhalten hervor, das man heutzutage mit dem Begriff ›naßforsch‹ beschreiben würde. Nicht nur, daß er jedermann leutselig duzte, er fand auch nichts dabei, sich zu allen Fragen in seinem lieblichen fränkischen Dialekt ausgiebig zu äußern. Überhaupt – da sind sich alle einig – hört Lothar Matthäus sich gerne reden. Er ist ein Plaudertäschchen. Wenn zwei oder drei in seinem oder auch in jemand anderes Namen beisammenstehen, ist Lothar sofort mitten unter ihnen. Das große Spiel ist vorbei, die Reporter stürzen sich auf die schweißnassen Stars: ›Wie war's? Wer ist schuld? Warum haben sie das Ding nicht reingemacht?‹ Manch einer winkt ab, will seine Ruhe, nicht so Lothar. Er hüpft wie ein trunkener Schmetterling von einer bunten Mikrofonblüte zur nächsten. ›Bappappappapp‹. Wie aufgezogen, wie ferngesteuert, perlen ihm die Belanglosigkeiten zwischen den großen Zähnen hervor. Die ausgeprägten Kiefer mahlen hartnäckig und geduldig die ihm hurtig entspringenden Worthülsen. Wie das flutscht. Eigentlich nichts, an dem man zu kauen hätte. Das sind Marshmellows und weiße Schaummäuse. Keine Arbeit für einen Nußknacker. Aber woher dann die viel zu großen Kiefer? Menschen, die eine solch nußknackerhafte Kieferregion ihr

eigen nennen, haben an was zu kauen, das ist kein Witz. Jörg Haider zum Beispiel ist so jemand. In jeder Talkshow wartet man darauf, daß er einen seiner Widersacher anfällt. Und ins Knie beißt. Endlich Futter für die ins Nichts knirschenden Backenzähne. Jörg Haider hat das Gefühl, man tut ihm unrecht. Er kriegt einfach nicht das, was ihm zusteht. Nicht erst, seit er in der großen Politik aufgetaucht ist. Schon immer. Das macht ihn unglaublich wütend. Er muß seine Wut wie einen scharfen Hund zurückhalten, sonst würde er geifernd und mit lodernden, dunklen Knopfaugen ein Opfer suchen und es in winzigkleine Stücke zerrupfen. Lothar geht es ähnlich. Auch er ist beleidigt, auch ihm tut man unrecht. Man will ihn einfach nicht verstehen. Sehen die denn nicht, wie er sich bemüht, ein guter Kamerad zu sein, alles für die Mannschaft zu geben...? Sehen die denn nicht, daß er sich kümmern, Verantwortung tragen will? Besonders diejenigen, die ihm immer mal wieder vorwerfen, er würde in wichtigen Spielen den Schwanz einziehen, sich unsichtbar machen. Dann werden die Augen ganz groß und ehrlich, er schmollt noch ein bißchen mehr, bemüht sich um abfällige Handbewegungen: ›Die haben doch keine Ahnung.‹ Er könnte Zahlen nennen, alles beweisen. Nur weil er im Europapokalfinale ‘87 nicht so gut war, nur weil er ein paar wichtige Länderspiele vergeigt hat und im WM-Endspiel in Rom den alles entscheidenden Elfer lieber dem kantigen Andy Brehme überließ. Was kann denn er schließlich dafür, daß er Probleme mit den Stollen hatte? Nichts kann er dafür. Man will ihn nicht verstehen. Das war schon immer so. Darum muß er in die Kamera schmollen und die Zähne zeigen. Dabei hat Lotte wirklich einiges erreicht. Er ist x-mal deutscher und italienischer Meister und Pokalsieger und UEFA-Pokalsieger und Weltmeister und Weltfußballer des Jahres und was weiß ich...

Für einen Nußknacker ganz schön. Außerdem hat er einige Kinder und schon die zweite Lebensgefährtin. Zuerst Silvia, jetzt eine rassige Miss Schweiz und Fernsehmoderatorin. Lolita Moreno. Dieser Name! ›Der hat Klasse‹, dachte sich Lotte, ›die muß ich haben.‹ Der Nußknacker und die Schöne. Viel schöner als Boris und Babs. Fast wäre Lothar da ins Hintertreffen geraten. Die vom Boris, die Dunkle, bzw. fast Schwarze, die macht natürlich schon was her. In puncto Weltläufigkeit, Toleranz und so weiter und so fort. Aber Lolita ist schöner und auch aus dem Süden und hat schwere Diskriminierungen erlebt (»Italiener stinken«, DSF-Interview). Ätsch.

Lothar ist auch schön. Zumindest die Amis finden das. »People« hat ihn zum allerschönsten Mann Deutschlands gewählt. Ob das nun eher eine Ehre ist oder ein Fluch, wenn einen die Amerikaner schön finden? Darüber kann man natürlich geteilter Meinung sein. Nein, ganz im Ernst. Der sieht schon gut aus. Jetzt, da sie ihm dieses ›ernster, grüblerischer Macho‹-Image verpaßt haben. Haare so italienisch zerzaust und Mund zu. Das ist bei Lothar unendlich wichtig. Noch vor der WM ‘90 ließ er sich von Gina Lollobrigida fotografieren. Unvorsichtigerweise. Damals war er noch ganz er selbst. Die Haare schön hochtoupiert und fesch nach hinten gefönt. Eine dicke, fette Goldkette um den Hals und das Maul weit offen! Da schallt einem der original fränkisch-bäurische Urschrei geradezu entgegen: ›Oouuuauuu! Suppa! Eii du!‹ Das haben sie ihm gottseidank abgewöhnt.

Apropos fränkisch-bäurisch. Daß Lothar Matthäus in Erlangen geboren ist und in Herzogenaurach Fußball gespielt hat, wissen noch die meisten. Aber sonst ...? Hat er einen Beruf erlernt? ›Ja freilich‹, singt ein hohles Stimmchen aus den Tiefen der Archive, ›der Matthäus Lothar war einst ein hoffnungsvoller Raumausstatter.‹ Viel mehr weiß man jedoch nicht darüber. Irgendwann hat er seine diesbezügliche Karriere abgebrochen, um die ganze Kraft dem Ballspiele zu widmen. Was haben seine Eltern dazu gesagt? Der schwielige Vater, der zwölf Stunden am Tag an der Werkbank bohrte? Die gutgläubige, stämmige Mutter? Waren ihm die aufgeweckten, aber weniger begabten, weniger ernsthaften und zielstrebigen Geschwister neidisch? Neckten sie ihn gar, wegen seines immer verdreckten Schuhwerkes, seiner ewigen kurzen Hosen?

In Wahrheit wissen wir gar nicht, ob er Geschwister hatte, ob sein Vater bohrte, die Mutter stämmig war. Wo ist deine Vergangenheit, Lotte? Ist sie dir am End’ zuwider? Paßt wohl nicht in die Vita, das verschrumpelte Elternhaus? Allzu gewöhnlich soll es dann doch wieder nicht sein. Schließlich hat einer, der so erfolgreich ist, auch Neider, die an jeder noch so unwichtigen Kleinigkeit diabolisch grinsend herumschrauben und sie verwenden – gegen ihn. Hieße es da nicht sofort, ein fränkischer Raumausstatterslehrling solle sich aus Dingen, von denen er nichts versteht, heraushalten? Solle gefälligst fußballspielen und nicht meinen, weil er mit dieser völlig unerheblichen Tätigkeit einen Haufen Geld verdient, sei er auch in sonstiger Hinsicht irgendwie kompetent. Wieder versteht man ihn nicht. Kapiert denn keiner, daß er als Fußballer durchaus wirken kann. Hinein in die Reihen derer da draußen... Er hat was zu sagen. Ehrlich. Schließlich lebt er mit einer Ausländerin zusammen, einer Asylantin, genaugenommen. Oder das mit den Drogen...? Ist das vielleicht nix?

Albert Hefele ist Arbeitstherapeut und lebt in Ottobeuren

Konkret 06/93, S. 48

Diedrich Diederichsen

Alright? Kids!

Mit seinem Artikel »The kids are not alright« (»Spex« 11/92), in dem er die Besetzung pop-kultureller Ausdrucksformen durch die Rechte beschrieb, hat Diedrich Diederichsen eine Kontroverse über die Bedeutung von Jugendkultur ausgelöst. In einem Aufsatz für das im Juni erscheinende Buch »Soundtracks für den Volksempfänger« (Edition ID-Archiv), den KONKRET hier leicht gekürzt vorab veröffentlicht, problematisiert Diederichsen das Verhältnis der Linken zur Jugendkultur

»You don't have to be black or female to hate fascism, but it helps.«
Julie Burchill/Tony Parsons, 1978

»You don't have to be young to hate, but...«
Ewige Wahrheit

Die Idee, daß Jugend (»Youth«) eine eigenständige Kategorie politischer Subjektivität darstelle, etwa neben der gleichzeitig entdeckten Kategorie »Race« oder der später hinzugekommenen »Gender«, wie sie in der vor allem amerikanischen Rede von der »triple oppression« »Race/Class/Gender« vorkommt, war von Anfang an in der Linken umstritten. Die sogenannten »Halbstarken« der 50er Jahre waren z.B. für sozialdemokratische und kommunistische Jugendorganisationen Feindbilder, beschrieben und verdammt mit einem Vokabular, das auch vor rassistischen Formulierungen nicht zurückschreckte. Wer nie DDR-Wochenschauen über die zu »Negermusik« jitterbuggende Westjugend (Sonntag mittags im ZDF) sah, wird den Ton solcher Hetze erklärten Antirassisten und -faschisten kaum zutrauen. Der Stolz auf die ernst einem Beethoven-Konzert lauschenden aufrechten jungen Deutschen (Ost) in derselben Wochenschau ist zeitlos deutsch-reaktionär, von Adenauer- so wenig zu unterscheiden wievon Nazi-Propaganda.

Die Linke der 50er Jahre war sich mit den rechten und linken Anführern der Vorkriegsjugendorganisationen in Kaiserreich, Weimarer Republik und nach 1933 darin einig, daß nur eine disziplinierte und geführte Jugendbewegung, die sich der größeren guten Sache verschreibt, von Nutzen und Relevanz sein könne, und tat alle Jugendkulturen, die sich individuellen, hedonistischen oder gar kriminellen Aktivitäten verschrieben, genauso als reaktionär und kontraproduktiv ab wie die US-Linke – mit Ausnahme der Trotzkisten – jeden Ansatz eines »Black Nationalism«. In den 70er Jahren ließ manch ein Ex-SDSler seine langen Haare für die K-Gruppe schneiden. SDAJler hörten verdächtige Hippie-Musik eher heimlich, öffentlich wurde dagegen auf Floh de Cologne und die aufklärerische Wirkung ihrer Rockopern zur Lehrlingsproblematik gesetzt, und in Leserbriefen an den »Roten Morgen« freuten sich Altkommunisten, daß in ihrer Organisation anständige junge Leute mit kurzen Haaren Flugblätter verteilten, keine Gammler und Hippies. Sieht man von Ton Steine Scherben und umherschweifenden Haschrebellen ab, sind Linke, die auch die Pop-, Jugend- und Gegenkulturen für verteidigenswert halten, ein Phänomen erst der 80er und 90er Jahre gewesen. Daß man bei der RAF gerne Doors hörte, erfuhr man erst spät, und das von Boock. Amerikanische Organisationen wie die Weathermen oder die Black Panther Party betrieben dagegen eine ganz andere Politik und öffneten sich vor allem im Laufe der 70er diversen Formen der Gegenkultur (auch solchen, denen sie sich vielleicht besser nicht geöffnet hätten: Die FBI-Infiltration klappte jedenfalls besser als alles, was sich das BKA so ausdachte).

Die, denen sie nicht gefällt

Das Verhältnis Jugendkultur-Linke läßt sich für den Zeitraum zwischen den mittleren 50ern und heute durchaus mit dem schwarzer Widerstandsbewegungen in den USA zur Linken vergleichen. In beiden Fällen war das Verhältnis nie besser als in der zweiten Hälfte der 60er und konnte sich auf dem Level eine Weile halten, um seit den späten 70ern langsam zu degenerieren – bis zum heutigen Tiefpunkt, wo der schwarze Widerstand, außerhalb des Universitätsmilieus jedenfalls, von »rechten« Nationalisten1 dominiert wird und sich in der Jugendkultur die Rechte als das »neue Ding« durchzusetzen beginnt. Aus der gesamten Epoche, von der hier die Rede ist, lassen sich aber Merkmale von Jugendkultur isolieren (wie, um die Analogie ein letztes Mal zu strapazieren, auch im schwarzen Widerstand), die sich einer eindeutigen Einsortierung in Rechts-Links-Binaritäten entziehen und potentiell beiden Seiten gefallen können (und gefallen haben) oder auch nicht. Dazu gehören bestimmte Werte und »magische« Letztbegründungen wie Echtheit, Authentizität; Strategien wie Tabubruch, Regelverletzung; Formen (Körperkulte, Massenereignisse); Haltungen (Anti-Parlamentarismus, Anti-Intellektualismus), Rausch, Spontaneität, Ekstase.

Klar, daß die Liste länger sein könnte und daß es in der Jugendkultur bestimmte Blockbildungen gab, in denen bestimmte Aspekte andere dominierten. Wir könnten auch herausfinden, welche Konstellationen vorherrschen, wenn die Beziehungen zwischen jugendkulturellen und politischen Bewegungen enger sind, und welche im umgekehrten Falle vorliegen. Selbstverständlich haben Boom-Epochen, technologische Umwälzungen und karrieristische Ideologien nicht nur den kulturellen Mainstream, sondern auch die Linke stärker an Jugendliche gebunden und Jugendliche ansprechen lassen als

Rezessionsepochen. Jugendliche als Hoffnungsträger sind aus keiner utopischen, zukunftsorientierten Ideologie wegzudenken. Bei vielen der heutigen Debatten über die Zweideutigkeit des Begriffs Jugendkultur und der ihm anhängenden Vorstellungen muß ich an die Schlußszene von »Kuhle Wampe« denken: Die beiden strahlenden, ohnehin sehr deutschen, sehr markigen kommunistischen Helden fahren in der U-Bahn vom Ausflug zurück in die Stadt. Dort werden reaktionäre oder pessimistische Reden laut. Schließlich erhebt das Mädchen die Stimme und erklärt allen Reisenden, warum sie (die anderen) die Welt nicht ändern werden. Schließlich fragt ein Herr, dem sie erklärte, er werde die Welt nicht ändern, weil sie ihm ja so gefalle, wie sie ist, wer denn bitte die Welt ändern werde. Mit einem schneidenden »Die, denen sie nicht gefällt« endet der Film von 1932. Ein Jahr später haben die, denen sie nicht gefiel, tatsächlich die Welt verändert. Es waren nicht die, an die Brecht und Dudow gedacht hatten.

Gerade an diesem Beispiel wird aber auch deutlich, wie die Vertreter jedes »Essentialism«, sei es Class, Race oder Gender, sich jeweils aus den jugendkulturellen Erscheinungsformen ihrer Lieblingstugend oder ihres Lieblingwiderspruchs ideologisch haben alimentieren lassen. Keine Arbeiterbewegungs-Subjektbildung war vorstellbar ohne den jungen Arbeiter, kein Feminismus ohne die jungen Frauen – die Struktur jedes auch noch so pragmatisch untermauerten Utopismus favorisiert automatisch die Jugend, ohne je reflektiert zu haben, was für einer metaphysisch-vermuckten Kategorie sie dabei aufsitzt. Schließlich entstand in Kreisen, denen ich mich verwandt fühle, ein Begriff von Jugendkultur, der mit Macht- und Totalisierungskritik in der Grauzone zwischen Foucault und Frankfurter Schule argumentierte und Jugend als den Faktor von politischer Subjektbildung beschrieb, der am ehesten Konditionierungen, semiotischen Vergiftungen und Kommunikationsterror entkommen könne und über geheime (Alternativkultur) wie offene (Style, Dresscode, Popmusik) Infonetzwerke verfüge, die schnelle und schwer observierbare Kommunikation ermögliche. Die B-Seite dieser Medaille ist freilich die Idee von Reinheit, (ungiftiger) Sauberkeit, Primärität, die den Jugendlichen unterstellt wird und sich von den Mystizismen rechter Jugendkulte nur durch die Anbindung des Jugendbegriffs an urbane und suburbane Kulturen von Minderheiten und Deklassierten unterscheidet. Aber wir hatten einen Zusammenhang beobachtet und/oder konstruiert, der die Nachfolge des klassischen politischen Subjekts antreten sollte: eine Art soziale Atmosphäre, von der aus radikale Einwände formulierbar sein sollten.

Pasta und Saft

Die Kategorie Jugend verknüpft auf problematische Weise Biologie und Soziologie. Soziologisch ist der Jugendliche »draußen und frei«, »footlose and fancy free«, weil er nicht »richtig« arbeitet, niemanden ernähren muß; biologisch, weil die Lebenssäfte frischer sind und die allgemeine Auszehrung und Versaftung, die ja eine gesellschaftliche und eine biologische Seite hat, ihn noch nicht um sein primäres Menschentum gebracht hat. Auch hier eine beängstigende Nähe zur Kategorie der »Rasse«, dem anderen großen Kompositum aus biologistischen und sozialen Zuschreibungen (mit dem Unterschied, daß »Jugend« ein medizinisch objektivierbares Faktum darstellt, »Rasse« hingegen nicht). Aufgeklärte und Linke machen an dieser Stelle den Fehler, mit der Problematik der beiden Kategorien auch die darauf aufbauenden sozialen Realitäten aus dem Bade zu schütten. Henry Louis Gates jr. sagte neulich ganz richtig im Radio: »Klar ist ›Rasse‹ eine soziale Konstruktion, aber auch Pasta ist eine soziale Konstruktion, und trotzdem schmeckt sie.«

Weil etwas konstruiert ist, ist es nicht weniger real, man zeige mir das Reale, das nicht »sozial konstruiert« ist. Hier trifft man auf das Problem, daß auch die Linke mit der Vorstellung einer Primärität arbeitet, die nicht haltbar ist, der der Arbeit und der Arbeitsbedingungen. Nicht nur, daß sie prinzipiell problematisch ist, sondern sie ist es vor allem heute, wo Arbeit nicht mehr Zwang, sondern Luxus bedeutet, wo die (privilegierten) Jobinhaber wiederum Sozialstrukturen und Wertordnungen der sogenannten kreativen Berufe zunehmend übernehmen (müssen) und wo sich eine Gesellschaft abzeichnet, die zunehmend als Ganzes der alten Bohème ähnelt: Kreative und Obdachlose sind die politischen Subjekte, die am ehesten eine Zukunft haben, in dem Sinne, daß es von ihnen absehbar immer mehr geben wird. Die alte situationistische Mai-68-Forderung »Nie wieder arbeiten!« ist bekanntlich wie so viele »subversive« Forderungen falsch erfüllt worden. Und die Vermehrung bohèmistischer, obdachloser und kreativer Existenzen, also der alten ideellen Bündnispartner der Jugendkultur, dynamisiert die allgemeine Verjugendlichung von Kultur und Lebensstil. Die Jugendkultur im ursprünglichen Sinne wird immer schwerer wahrnehmbar und unterscheidbar.

Anamnese der Genese: Punk

Auf den verschiedenen Tagungen und Kongressen, wo unsresgleichen sich in den letzten Monaten den Kopf zerbrochen und den Mund über die Frage fusselig geredet hat, warum Jugendkultur und Rechtsradikalismus, schwarzer Widerstand und Sexismus/Antisemitismus, Feminismus und reaktionärer Essentialismus plötzlich (oder, wie die Schlaumeier2, die immer schon alles vorher gewußt, nur nie gesagt haben, meinen: nicht so plötzlich) »zusammenpassen«, habe ich mehrfach gefordert, man müsse anhand exemplarischer Fälle des letzten Jahrzehnts untersuchen, wie es zu Verschiebungen in der Bedeutung von »Jugend« und »Rebellion« innerhalb der Pop-Kultur hat kommen können. Analog dem Prozeß, den Guattari für die Zeit ab 68 euphemistisch, aber nicht grundlos »molekulare Revolution« nennt, müsse man die »molekulare

Reaktion« der 80er untersuchen. Ohne in eine Art negative Nostalgie zu verfallen, die sich ihrer Jugend so schämt, wie sie der gewöhnliche 68er trotz aller biographischen Verratsmomente verklärt.

Das neue Element war Punk-Rock und machte drei Aussagen, deren Neuheit man sich heute nicht mehr vorstellen kann. Man weiß ja nie, was man wann nicht gewußt hat, man weiß immer nur, was man wann wußte. Was neu an Punk-Rock war, muß man rekonstruieren. Es war die erste Pop-Musik, die sich teilweise weit von afroamerikanischen Musikformen löste (Blues-Formen, Blue-Notes wurden eliminiert, Synkopierungen verschwanden fast ganz aus den Rhythmen – versuch mal, ein Punk-Break zu loopen und du kommst in des Teufels unfunky Küche). Punk war die erste antisexistische Popmusik (der männliche Körper war zerstört, zerrissen – der weibliche hatte seinen ersten »selbstbestimmten«, nicht objekthaften Auftritt). Punk war die erste Popmusik, die sich organisatorisch (Independent Label, nicht aus Not, sondern Überzeugung) und inhaltlich (»E.M.I.« und unzählige andere) massiv gegen die Kulturindustrie wandte.

Es dauerte nicht einmal ein Jahr, bis Punk auch den traurigen Ruhm ernten konnte, die erste Popmusik zu sein, die für Rechtsradikale ko-optierbar war. Das hat ästhetische und politische Gründe. Der ästhetische Grund ist tatsächlich der Verzicht auf afro-amerikanische Elemente in der Musik. Man konnte zu Bands der zweiten Generation wie Sham 69 grölen wie ein gewalttätiger Mob, man konnte den unfunky Körper intakt lassen und ganz Gesinnung werden, man konnte martialisch sein, denn keine Synkope untergrub den tumben, ewigen Viervierteltakt des Ressentiments. Das bloße Gefühl der Kollektivität in Massensituationen, die auf Bestätigung und Konformität aufbauen, ist tatsächlich das Gegenteil der aktiven, auf Austausch aufbauenden Kollektivität jeder afro-amerikanischen Musik.

Der zweite Grund war das Entstehen einer entwurzelten britischen Arbeiterklasse-Jugend ohne Aussicht auf die neuen Jobs in der Kulturindustrie (die sich die ergattern sollten, die zuerst No future riefen). Dies war die erste Nachkriegsjugend, die der Definition aller vorangegangenen Jugenden nicht mehr entsprach: Markt der Zukunft. Es war die erste einer Reihe von Generationen, die nicht mehr haben würde als ihre Eltern, nicht besser ausgebildet sein und nicht in größeren Wohnungen leben würde. Es war nicht die Flucht ins Ressentiment, die man bei plötzlichen Krisen beobachten kann, sondern bereits die Übersetzung der Versprechung dauerhaft bitterer Zustände in Pop-Songs von großer Anziehungskraft: Sie behielten noch die Form der Hymne, also die der Versprechung, zogen sich aber auf ein Lebensgefühl zurück, das keine Aussicht mehr auf Realisierung von Träumen kannte. Sham 69s »When The Kids Are United« war der erste Song, zu dem ich auch in Hamburg, ein Jahr später, 1979, Skinheads grölen sah, Arbeitereinheitsfront unter Führung der SA. Da wollten welche die Welt ändern, denen sie nicht gefiel. Einer von ihnen sitzt noch heute wegen Totschlags eines Türken. Er war der Unbedarfteste, die anderen sind in Nazi-Parteien oder die Hamburger Halbwelt fest integriert worden.

Gleichzeitig spielten Mittagspause, Lieblinge der Kunststudenten, diesen Song in der Sicherheit, daß »Working Class« immer gut sei. Und unsere Band, Flying Klassenfeind, trat mit einer Version der Sham-Hymne auf, die sich halb auf den Originaltext, halb auf Mittagspauses Eindeutschung bezog. Der Typ, der mich damals von der Bühne holen wollte, weil »nur Sham das spielen dürfen«, war damals im Umfeld der neuen Skinpunks zu sehen, heute ist er ein Linker aus dem Hamburger Hafen-Umfeld. In England reagierte man mit der Bewegung »Rock Against Racism« auf die seit 78 ansteigende Begeisterung von National Front Skins für Punk-Rock. Man bekämpfte damit nicht den Rassismus, wie der Slogan behauptet, sondern schlug eine Schlacht für eine neue Ästhetik, die man nicht den Feinden überlassen wollte. Das war vernünftig: Wer immer dem Wortsinn der Parole glaubte (Rock könne etwas gegen Rassismus tun), kam schon damals in des Teufels Küche, wo die Milch der frommen Denkungsart überkochte. Das gleiche gilt heute: Rock (und andere Musikformen) können nichts gegen Rassismus tun, sie können aber dafür sorgen, daß sie überall da, wo sie ästhetisch zweideutig sind (und sein müssen), nicht rassistisch decodierbar werden.

Ästhetisch reagierte man denn auch damals durch eine neue Begeisterung für Reggae und ab 1980 wieder für Funk und andere Formen schwarzer Musik. Das Punk-Bündnis mit Reggae ist vielleicht die dauerhafteste musikalische Errungenschaft der ganzen »Bewegung«. Bis heute ist keine britische Pop-Innovation ohne die Ästhetik der Bass-Culture Brixtons denkbar, kein Techno-, House- oder HipHop-Act, der sich nicht auf die Dub-DJs beruft, die auch auf so manchem Punk-Konzert ihre damals so fremdartige Musik erstmals vor einem weißen Publikum aufführten.

Swastikas on Parade

Die Rechte hatte es nicht geschafft, die Punk-Ästhetik umzucodieren, aber sie hatte seitdem ihren Fuß in der Tür. Zwar hatte es schon vorher rechte Jugendkulturen gegeben, aber sie hatten sich nie offen an Formen der städtischen, musikalisch orientierten Gegenkulturen gehängt. Zweifellos bereiteten sie aber das stilistische Reservoir vor, aus dem Rechtsradikalismus und Neokonservatismus schöpfen konnten, um Punk (und seine Nachfolgeformen) umzudeuten. Es gab konservative Momente schon bei den Mods, rassistische bei vielen britischen Jugendkulturen der 70er (von Paul Willis anschaulich in »Spaß am Widerstand« dargestellt, und in Deutschland fehlten sie höchstens aus Mangel an Gelegenheit. Gleichzeitig hatten in den 70ern viele namhafte Rocker mit faschistischer Symbolik und faschistischem Gedankengut gespielt: Jimmy Page in seiner Satanismus-Phase, Bowie nach einigen Koks-Jahren in L.A., als er mit Hitler-Gruß an der Victoria-Station eintrudelte, Clapton mit einem besoffenen Bekenntnis zur National Front – von allen liegen Widerrufe und

bedauernde Entschuldigungen vor. Im Punk nahm das von Kunststudenten-Provokateuren benutzte Hakenkreuz etwa die Funktion eines Bekenntnisses zu Amoral und Nihilismus ein. Es richtete sich gegen Integration und war kein faschistisches, sondern ein Statement gegen Vereinnahmung, Interpretation, Moral, das niemand in der Bewegung der Jahre 76/77 falsch verstanden hätte; nach den ersten NF-Punk-Annäherungen verwendete es niemand mehr. Es ging darum, das Spiel neu beginnen zu können. Eine Generation wollte sich den Weg zum Neuanfang freikämpfen und griff zu jeder bereitliegenden Drastik. Aber sie hatte noch eine Hoffnung auf und einen Begriff von einer eigenen Sprache. Die mochte bedroht und umkämpft sein, aber es lohnte sich, den Kampf zu führen. Für viele bestand diese eigene neue Sprache auch gerade in ihrer Unreinheit, Beschmutztheit. Heute gibt es für (rechte) Rocker eine solche Hoffnung nicht.

Von der Vernunftkritik zu Faschismus oder Hedonismus

In England und an der amerikanischen Westküste, wo Punk nicht ausschließlich von Kunststudenten getragen wurde, war der Aspekt der Rebellion jedoch immer deutlicher »links« codiert, also über Linksradikalismus, Anarchismus, die entstehenden Autonomen in Europa, die Reste des Situationismus und andere dissidente linke Projekte, die übrig geblieben waren oder wiederbelebt wurden und weder der herrschenden Sozialdemokratie noch der Rechten zugeordnet werden konnten. Auf den Campussen dieser Welt begann die sogenannte Vernunftkritik ihren Siegeszug. Und auch sie war als Kritik der Macht zunächst als Fortsetzung und Verbesserung, ja Steigerung und nicht, wie später durchgesetzt, als Preisgabe emanzipatorischer Projekte verstanden worden. Punk fand statt im Spannungsfeld eines verzweifelten Jugend-Individualismus und eines verzweifelten Rettungsversuchs linksradikaler Jugend-Projekte. Es war nicht zu vermeiden, daß die Beteiligten dabei erwachsen wurden im oben beschriebenen Sinne. Dennoch blieb als Lektion der Punk-Epoche erhalten, daß eine Fortführung des »emanzipatorischen« Projekts nur möglich war im Zusammenhang mit Hedonismus, radikalen Lebensstilen etc.; das galt von Leeds bis Berlin, von der späten RAF bis zu den Prankstern3 Kaliforniens. Und im Moment der Bedrohtheit linksradikaler Politik wird, wie sich an der Gründung der sogenannten Wohlfahrtsausschüsse zeigt, plötzlich dieser Lebensstil, nicht unbedingt die Politik, die er hervorbringt oder die ihn hervorgebracht hat, als die entscheidende und zu verteidigende Differenz den anderen gegenüber angesehen.

Eine Band, die durch die Punk-Bewegung hochkam, ohne direkt dazuzugehören, war von Anfang an erwachsen: Die Stranglers wußten eher als die jungen Pere Ubu, Richard Hells, Sex Pistols und Sham 69s, was sie wollten und was sie taten. Als es losging, waren sie alle schon um und über dreißig und hatten Berufe wie u.a. den des Lehrers ausgeübt. Die Stranglers haben mehr als alle anderen Bands der Zeit an der Bandidee festgehalten. Keine ihrer Kompositionen ist namentlich gezeichnet. So wie vorher nur die Doors, mit denen sie so oft verglichen worden sind, zeichneten sie stets mit dem Bandnamen, The Stranglers. Es gibt also keine harten Beweise, wer in dieser Band für was verantwortlich war. Zu ihren populärsten Statements gehört der Song »No More Heroes«, der sowohl als Ausdruck des Bedauerns über das Verschwinden von »Leon Trotsky and Sancho Pansa« gelesen werden kann als auch als Aufforderung, sich vom Konzept des Helden überhaupt zu verabschieden. Auch hier wieder doppeldeutig: als Abschied vom Helden als Figur der Autorität, aber auch als Verkörperung des Richtigen und Vorbildlichen.

Die Stranglers waren eine der wenigen Bands, die sich von Anfang an Sexismus-Vorwürfen ausgesetzt sahen; einerseits wegen Songs wie »Peaches« (»Walking at the beaches / looking at the peaches«), andrerseits wegen Live-Auftritten mit Stripperinnen, S/M-Szenen usw. Es stellte sich in manchen Interviews heraus, daß es unter den Bandmitgliedern tatsächlich diese zwei Figuren gab: den Trotzkisten und Aufklärer Hugh Cornwell und den Ästhetizisten und Provokateur Jean Jacques Burnell, beide jeweils zum Terrain des anderen hingezogen und sich in spektakulären Aktionen treffend. Die seltsame Faszination der Stranglers, die sich oft mit einem unartikulierbaren Ekel verband, hatte sicher damit zu tun, daß das sozusagen unaussprechliche Geheimnis von Jugendkultur und Pop-Subjektivität, die Verbindung von politischer, gesellschaftlicher und ahistorischer, »biologischer« Rebellion bei ihnen so ausgeprägt in zwei Figuren wiederzufinden war. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war sicherlich ihre LP »Black & White«, die schon im Titel eine gewisse Bewußtheit über die ambivalente Spannung der Stranglers-Konstruktion verrät. Die politische Phantasie des Songs »Curfew« kann man als Hymne der neuen Rechten lesen oder als Witz über das Cold-War-Scenario: »Germany failed to protect her borders / She had grown soft with the American dream / Men from the steppes delivered her vacuum ...«. Zum selben Zeitpunkt sind »linke« Friedensbewegung und rechte Vernunftkritiker gleichzeitig damit beschäftigt, den amerikanischen Traum aus Deutschland auszutreiben; Bergfleth wird zum ersten ehemaligen Sponti-Denker, der den Antisemiten und Nazi raushängen läßt (»Zur Kritik der palavernden Aufklärung«), Beuys und die Bots kalauern auf unterstem Niveau, daß sie »Sonne statt Reagan« wollen, Natur statt Kapitalismus, Deutschland statt Amerika.

Das Schöne an den Stranglers ist, daß sie Pop-Zweideutigkeiten der frühen 80er eins zu eins in ihre Hochkultur-Entsprechungen freiwillig/unfreiwillig übersetzten. So kann man die Entwicklung im Zusammenhang sehen, die von der Vernunftkritik zum »Matthes & Seitz«-Neofaschismus, von Foucault zu u.a. Syberberg, von der Erweiterung der Emanzipationsidee zu deren Fallenlassen, von Punkrock zu u.a. »Nazirock« führte. Und zu der Erkenntnis kommen, daß Erweiterungen und Korrekturen von 70er Jahre-Projekten immer dort gescheitert und umgekippt sind, wo sie nicht in einen Szene-Kontext eingebunden waren, der Eigendynamisierungen verhinderte und Verselbständigungen unter Karriere- und

Modebedingungen nicht zuließ.

HipHop

Die Karriere aber und die Modebedingungen des Yuppie-Jahrzehnts sind nicht vergleichbar mit den Bedingungen des laufenden Dezenniums hierzulande. War gegen alles andere immer noch ein internationales Kraut gewachsen, ist man jetzt mit dem neuen Deutschland und seinen neuen hegemonialen Verhältnissen allein. Hüsker Dü half gegen Eurythmics und Kohl – symbolisch – so wie Black Flag vielleicht gegen Reagan, »Tempo« und Dr. Wawerzonnek oder Punk und Devo gegen Bettina Wegner, Friedensbewegung und SPD. Seit HipHop ist Jugendkultur nicht mehr in erster Linie Jugendkultur, sondern schon Arbeitslosen- und Hoffnungslosenkultur, keine symbolische Gegenmacht gegen Staat und Kapital, Schule und »FAZ«, sondern ein zutiefst verstrickter, eingebundener, aber auch irreduzibler Bestandteil dieser Gesellschaft, der sich über die Chancen einer Gegnerschaft wenig idealistische Illusionen macht, obwohl die von ihm artikulierte Aggression mehr (nicht nur symbolische) Resonanz hat als alle Vorgängermodelle. HipHop unterliegt nicht der Gefahr, im nachhinein von falschen Verhältnissen vereinnahmt zu werden: Sie waren nie abwesend, nie nicht vorgekommen, nie nicht prägend. HipHop fängt genau so beim Falschen an, wie Hippies (und in gewissem Sinne auch Punk) von einem fernen Richtigen ausgehend idealistisch schwärmend abstürzten. Darin ist HipHop der erste ernstzunehmende Nachfolger des alten Rock'n'Roll.

Doch die Welt, die HipHop verkörpert, steht nicht für einen neuen Markt und kapitalistischen Aufbruch, sondern für genau das, was einen defensiv gewordenen Kapitalismus bedroht. All das, was einen Reißmüller des Lebens nicht mehr froh werden läßt, was nicht nur in den USA und den berühmten »Ghettos«, sondern überall für die neuen Verhältnisse steht: »öffentliche Verkehrsmittel, in denen Jugendliche, inländische wie ausländische, allein und in Gruppen, ein unangefochtenes Regiment führen ... keine allgemein zugängliche Wand ..., die nicht mit abstoßenden Krakeleien oder hirnrissigsten Parolen beschmiert wäre ... in den Zentren der Großstädte Rauschgiftsüchtige, Trinker, Verwahrloste ganze Viertel besetzt halten« (»FAZ«, 30.3.93) und was dergleichen mehr D-FENS Reißmüller rot sehen läßt.

Die unter diesen Voraussetzungen anfallende politische Unkorrektheit von HipHop ist anders zu bewerten als die des Nazi-Rock. Man erlaube mir, für die Unterscheidung zwischen beiden auch auf die alten Begriffe regressiv und progressiv zurückzugreifen, im Sinne einer Sicherung des Bestandes gegenüber Aufbruch und Entwicklung, die man noch bei den fanatischsten Muslim-Rappern als Vorstellung ausmachen kann. Im Nazi-Rock kommt eine Entwicklung deutschnational zu sich, die sich auf international jugendkultureller Ebene seit zehn bis zwanzig Jahren abzeichnet: die Re-Biologisierung des Jugendprotestes, seine Entpolitisierung, nunmehr nicht auf ästhetizistischer, sondern auf Bockbier-Ebene, seine neue ressentimentgeladene, regressive Eindeutigkeit, die sich von den Nazibands in Deutschland bis zum Unplugged-Kitsch als Sehnsucht erstreckt, nach Hause zu gehen ins Territorium, ins angestammte Gebiet. Eine Sehnsucht nach der Eindeutigkeit von Männerkörpern und kratzig-authentisch leidenden Frauen bevölkert die internationale Pop/Rock-Musik, eine Sehnsucht nach Boogie-Regression, die den Shopping-Mall-Sound der 80er wieder von den ganz hohen Plätzen in den Charts verdrängt hat. HipHop steht dem als immer schon gebrochene Musik entgegen, deren Problem in den USA auch unter linken und aktivistischen Fans heute weniger im Einfluß der in der Tat massiv sich um HipHop kümmernden Black Muslims gesehen wird, als in dem Versuch der Plattenindustrie, jeden innovativen Ansatz als Cappuccino-Jazz-Hippie-Hop zu entschärfen. Was natürlich erst recht den Gangstas und Muslims den Authentizitäts-Credit sichert.

Fehlfarben

»wo ist die grenze wie weit kann ich gehen verschweige die wahrheit ich will sie nicht sehen. schneid dir die haare bevor du verpennst. wechsel die freunde wie andere das hemd. richtig ist nur was man erzählt. benutze einzig was dir gefällt. bau dir ein bild wie es dir paßt sonst ist an der spitze für dich kein platz. wenn die wirklichkeit dich überholt, hast du keine freunde nicht mal alkohol. du stehst in der fremde deine welt stürzt ein. dies ist das ende du bleibst allein.«

So die Fehlfarben 1981 in »Gottseidank nicht in England«, einem Song, der auf der LP »Monarchie und Alltag« erschien, die auch die Hausbesetzer-Hymne »Es geht voran« enthielt. Auch deren doppeldeutiges »Geschichte wird gemacht« verwandelt sich im Kontext zu fast penetranter Eindeutigkeit. Doch der zitierte Song ist das Musterbeispiel für einen exzellenten Pop-Text: Die Verschärfung der Vereinzelung, des Konkurrenzkampfes etc. wird nicht angeklagt, sondern als existentielles Drama fast romantisiert und mit gewissen Ideen gegenkultureller Praxis in Verbindung gebracht: »sprich fremde sprachen im eigenen land.« Die Agentenromantik der New-Wave-Idee des Einsickerns einer coolen Alien Culture und langsamer Erosion der Begriffe, die gleich schon die Problematik der Idee mittransportiert – die Erosion dieser Sicherheiten bringt möglicherweise keine Befreiung, sondern nur noch härtere Bedingungen. In einem anderen Song der Fehlfarben ein Jahr zuvor heißt es: »Es ist zu spät für die alten Bewegungen/ Was heute zählt ist Sauberkeit«, und an die Adresse der alten Hippies: »Ihr kommt nicht mit bei unseren Änderungen.«

Diese Texte wurden als Klage über die eigene Lage ebenso wie als deren Feier wahrgenommen, mit der Begeisterung, die sich einstellt, wenn eine Situation in der Ambivalenz überlebt, im Song, im Text. Rückblickend kann man in ihnen auch das Ende der Linken in jedem üblen Sinn gefeiert finden, gar rechte Texte entdecken. Das zeigt nur, daß die Songs mehr wußten als alle, die sie damals gehört haben, und das macht ihre Qualität aus: Möglichkeiten einer Lage auszusprechen, die man noch nicht genau kennt, aber ahnt, und die dem, was man an ihr genießt, zu widersprechen scheinen. Aber in Wahrheit genießt man an einem Song, daß er die Widersprüchlichkeit einer Lage als offen, als Möglichkeit feiert.

Fünf Schlußbemerkungen

1. Eine andere Erkenntnis des Blicks auf die letzten zehn Jahre ist aber auch, daß Jugend- und Gegenkulturen immer schon lernen mußten, besser zu werden, auf neue Codierungen zu reagieren. In diesem Sinne ist der Ernstfall Rechtsrock, die Ko-Optierung jugendkultureller Strategien durch Rechte, nur eine weitere Station bei der Verabschiedung von Irrtümern, nur eine Verschärfung der Lage von 77.

2. Wenn man sich heute durchliest, was in »glücklichen«, widerspruchsfreieren Zeiten wie den 60ern Eldridge Cleaver, Weather People, Tim Leary und andere, die damals für den »progressiven« und einheitlichen Aufbruch der Gegenkultur standen, an ausgemachtem Quatsch geglaubt und von sich gegeben haben, wird klar, was Gegenkultur trotz allem gelernt und an geschichtlichen Erfahrungen akkumuliert hat (ohne daß man so genau rekonstruieren könnte, wer was eigentlich an wen weitergegeben hat: gerade dabei spielt Musik natürlich eine Rolle). Linke Dummheiten sind natürlich lehrreicher als rechte.

3. Man muß sich darüber klar werden, daß Popmusik immer davon lebt, daß die Adressaten das, wovon die Rede ist, noch nicht kennen, sich nur vorstellen, daß von imaginären Positionen die Rede ist. Mit Träumen kann man nicht diskutieren, ebensowenig wie mit der Energie, die entsteht. Die Träume derer, die aus der eigenen Scheiße aufbrechen (HipHop), sind aber artikulierter und erreichen mehr Leute als die Träume derjenigen, die entweder aus der Sicherheit und suburbanen Eingepferchtheit nicht einmal mehr aufbrechen wollen (Rock, Unplugged-Clapton-Hörer) oder gar von ihr als Sicherheit in zunehmend unsicheren Verhältnissen träumen (Nazis, Rechte). Wer vom Gangsta-Life träumt – aus guten Gründen oft – , steht einem eben immer näher als einer, der sich irgendwas in »Deutschland« vorstellen kann. Das, was einem Reißmüller das Leben schwer macht, ist vielleicht der Minimalkonsens, auf den man sich einigen kann. Und wer da einwendet, auch ein Reißmüller habe was gegen Nazi-Rock, übersieht, daß der selber schon ein Nazi ist, da seine Aversionen gegen Nazi-Rock sich allenfalls auf den zweiten Wortteil beziehen.

4. Es war interessant zu verfolgen, wie die Techno-Gemeinde in den Jahren 91/92 versuchte, sich politisch/kulturell einzusortieren und auszudifferenzieren, weil eine weitgehend instrumentale Musik zunehmend genauer codiert wurde. Verschiedene Eindeutigkeiten und Verengungen wurden festgelegt, bestimmte Formen ausgeschlossen. Was schließlich als »befreiender« Vibe galt, ähnelte dem, was man im Jazz, Reggae und anderen Musiken schon immer als »frei« empfunden hatte. Eine Ästhetik des Flimmerns und Offenlassens, die immer wieder abrupt sein kann.

5. Schließlich bleibt der Fehlfarben-Satz »sprich fremde sprachen im eigenen land« wahrer als all die Ambiguitäten der Jugendkultur, auf die man sich nicht (mehr) verlassen kann (Ereignis, Tabubruch, Ekstase, Rausch etc.). Eine Sprache zu besitzen, kann heißen, die Ambiguitäten zu verschärfen und so von denen zu unterscheiden, die bloß vage und daher ko-optierbar geworden sind. Fremde Sprachen im eigenen Land, Kafkas Deutsch in Prag, das schon Deleuze mit der Sprache der Pop-Musik verglich, »eigene« Sprachen im fremden Land – das ist das Material, das Dissidenz zu Wort kommen läßt, nicht zu versöhnen mit jeder Versöhnung, mit der Harmonie oder Kongruenz des Eigenen im Eigenen: forever young im Sinne von forever dissonant.

Anmerkungen

1 Organisationen wie die »Nation Of Islam« samt diverser Unterorganisationen und Parallel-Sekten »rechts« zu nennen, ist natürlich problematisch. In ihrer Kritik des Integrationismus besetzen die »N.O.I.« und andere Separatisten oft die vakante Stelle des Linksradikalismus. Ihre Rekrutierungstechniken, ihre Vorstellung von Disziplin erinnern an kommunistische Parteien, die community-kontrollierten black owned businesses lassen sich auch nicht auf »schwarzen Kapitalismus« reduzieren – auf der anderen Seite sind die bekannten sexistischen, homophoben und antisemitischen Positionen der Sekte ohne Frage rechts, und ihre momentan populärste Aktion, die Kampagne zur Freilassung Mike Tysons, ist rundum reaktionär.

2 Im Prinzip gab es drei Sorten Einwände gegen meinen Artikel »The kids are not alright« in »Spex« 11/92, die nicht ernst zu nehmen waren. Formuliert haben sie Karl Bruckmaier (»Focus«), der behauptete, Rostock sei im Prinzip dasselbe wie L.A., was so dumm und reaktionär ist, daß es eine nähere Erörterung nicht verdient; Maxim Biller (»Tempo«), der den bequemen Standpunkt desjenigen vertritt, der noch nie irgendwo dabei gewesen sein wollte und wie üblich An-etwas-glauben mit Von-etwas-Ahnung-haben verwechselt: daß er keine hat, rechnet er sich zum Vorteil an; schließlich Bodo

Morshäuser (»taz«), der sein klägliches Verstummen bei einer Diskussionsveranstaltung in Frankfurt mit dem Vorwurf kompensiert, unsereins hätte vor lauter Begeisterung für das Provokative (Punk etc.) den Boden für die Nazis bereitet. Interessant auch die unverhohlene Freude bei diesen und anderen Autoren (Höbel, Winkler etc.), sich durch meinen Artikel legitimiert zu fühlen, sich für Pop/Jugendkultur nun endlich nicht mehr interessieren zu müssen; gerade HipHop los zu sein, wird mit einem Seufzer der Erleichterung als besonders erfreulich empfunden.

3 *Prankster* – amerikanische Variante des Provokateurs

Diedrich Diederichsen schrieb in KONKRET 2/93 über Ästhetik und Gewalt

Konkret 06/93, S. 53

Karlheinz Deschner

Mit Gott und den Faschisten VIII

Das römische Papsttum – durch Krieg und Betrug groß geworden, durch Krieg und Betrug groß geblieben – hat sowohl den Ausbruch des ersten Weltkriegs gefördert als auch entscheidend die Heraufkunft des Faschismus in Italien, Deutschland und Spanien. Und während die päpstlichen Komplizen Mussolini, Hitler, Franco Triumph auf Triumph an ihre Fahnen hefteten, standen selbstverständlich die Bischöfe dieser Staaten – und nicht nur sie – unverbrüchlich zu den Starbanditen des Jahrhunderts.

In Deutschland legten so gut wie alle namhaften Vertreter des Katholizismus Treuebekenntnis um Treuebekenntnis zu Adolf Hitler ab.

Die prominentesten Theologen bekannten sich begeistert zu ihm und seiner Bewegung, Joseph Lortz etwa, Michael Schmaus oder Karl Adam, ein katholischer Gelehrter von Weltgeltung, der noch 1940, als Hitlers Ruhm gipfelte, schrieb: »Nun steht dieses neue dritte Reich vor uns, voll heißen Lebenswillens und Leidenschaft, voll unbändiger Kraft, voll schöpferischer Fruchtbarkeit. Wir Katholiken wissen uns als Glieder dieses Reiches und erblicken unsere höchste irdische Aufgabe in unserem Dienst am Reich ... Um des Gewissens willen dienen wir dem neuen Reich mit allen unseren Kräften, mag kommen, was will...«.

Nun freilich, was kam schon! Das Jahr 1951 – und das Große Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland für Karl Adam. Verliehen vom Bundespräsidenten Theodor Heuß, der seinerseits schon 1932 in seinem Buch »Hitlers Weg« Hitlers »lautere Beweggründe«, »Aufrichtigkeit«, »fabelhafte Leistung«, seinen Willen, »der nicht handeln und bandeln, der siegen will«, gerühmt hatte, obwohl Heuss wußte, daß »Köpfe rollen« würden. Und auch der Bundespräsident Heuß erhielt, wie Hitlers Lobsinger Adam, den Friedenspreis des deutschen Buchhandels.

Wie die renommiertesten Theologen, so traten auch die Führer der deutschen katholischen Jugend mit aller Entschiedenheit für Hitler ein, der Verbandsführer des CV, Forschbach, der Generalpräses des Jungmännerverbandes, Monsignore Wolker, der Generalsekretär des katholischen Gesellenvereins, Nattermann. Er feierte den Stifter des Gesellenvereins – den dann 1980 auch von Papst Johannes Paul II. in Köln hoch gelobten – Adolf Kolping und schrieb an Hitler, er, der Führer, habe Kolpings Streben durch politische Macht vollendet.

Daß die katholischen (und natürlich ebenso die evangelischen) Bischöfe Deutschlands dem nationalsozialistischen Bluthund beistanden, daß sie seinen Staat und ihn selber immer wieder priesen, wurde hier bereits gezeigt. Doch nicht nur 1933 sahen sie im Hitlerreich, wie alle Bischöfe zusammen bekannten, »einen Abglanz der göttlichen Herrschaft und eine Teilnahme an der ewigen Autorität Gottes«. Nicht nur 1933 stellten sie sich, wie man der Welt immer wieder weismachen will, »durch Hitlers diabolische Taktik« getäuscht, hinter diesen. Nein, die klare, durch Hunderte von Hirtenbriefen und Bistumsblätterhymnen zu beweisende Tatsache ist: Bis in die letzten Jahre des Zweiten Weltkriegs unterstützten die deutschen (und seit 1938 auch die österreichischen) katholischen Bischöfe mit zunehmender Intensität einen der größten Verbrecher der Weltgeschichte.

Konsequent wurde von ihnen jeder, der den NS-Staat angriff, preisgegeben, ja, oft im Sinn der Nazis zu bekehren versucht! So versichert 1935 die Denkschrift der Fuldaer Bischofskonferenz an Hitler: »Wir lehnen jede staatsfeindliche Handlung oder Haltung von Mitgliedern strengstens ab«. Nicht genug: Noch Hitlers Gegner in Zuchthäusern und Konzentrationslagern wollten sie zu Nazi-Kreaturen machen. Beteuert doch die Fuldaer Bischofskonferenz 1935 wieder: »Die für die Gefangenen bestellten Geistlichen werden ... den Sträflingen zur ... Anerkennung der staatlichen Obrigkeit verpflichten und so zur inneren Umstellung und Besserung der Gefangenen mithelfen.« Als der Bischof Berning von Osnabrück 1936 die damals bereits berüchtigten Konzentrationslager im Emsland besichtigte, bejubelte er die Tätigkeit Himmlers und seiner Kreaturen und wollte, wörtlich, alle hierhergeführt sehen, »die noch zweifeln an der Aufbauarbeit des Dritten Reiches«. Im selben Jahr, Dezember 1936, versichern die deutschen Bischöfe wieder gemeinsam, Hitler in seinem Abwehrkampf »mit allen Mitteln zu unterstützen«.

1937 veröffentlichte der Freiburger Erzbischof Gröber, Förderndes Mitglied der SS, ein »Handbuch der religiösen Gegenwartsfragen«, und zwar, wie auf dem Titelblatt steht: »Herausgegeben mit Empfehlung des deutschen Gesamtepiskopates«. Darin geloben die katholischen Kirchenführer Hitler ihre besondere Treue und die freudige Hinwendung der Katholiken zum nationalsozialistischen Staat; sie bescheinigen Hitler die Wiederherstellung der Menschenwürde; sie feiern das Dritte Reich als Rechtsstaat; sie preisen es als Verteidiger europäischer Kultur; und sie bekennen sich zum totalitären Regime. »Sofern der Staat auf dem wesenseigenen Gebiet die Totalität beansprucht ..., die Zügel straffer spannt ..., weiter geht als in Zeiten ruhiger Entwicklung, so ist er mit alledem durchaus im Recht.« Kein

einziger Hirtenbrief, so erklärt der deutsche Primas, Kardinal Bertram, seinerzeit, habe den Staat, die Bewegung oder den Führer kritisiert.

In der Tat: Mit Ausnahme von Bischof Galens Protest gegen die Vernichtung von physisch Kranken betraf der sogenannte Kirchenkampf lediglich ihre eigenen Interessen, Hitlers Religionspolitik, seine Verletzungen des Konkordats. Dagegen begehrte der deutsche Episkopat auf. Er wehrte sich gegen die Beschneidung kirchlicher Ansprüche auf dem Gebiet der Jugenderziehung, des Schulwesens, der Presse; er wehrte sich gegen die Gleichschaltung katholischer Vereine, gegen die Konfiskation von Kirchengütern, die Mönchsprozesse, gegen Kritik am Alten Testament, an den Evangelien. Aber nie protestierten die deutschen Bischöfe gegen Hitlers Aufhebung der demokratischen Grundrechte, der Presse-, Rede-, Versammlungsfreiheit, was ja auch uralten katholischen und päpstlichen Vorstellungen entsprach. Nie protestierten sie gegen die massenweise Verhaftung von Kommunisten, Sozialisten, Liberalen, die sie ja selbst bekämpften. Nie protestierten sie gegen Hitlers über Millionen von Leichen gehenden Kriege, ihnen zumal im Osten hochwillkommen. Und daß sie für die zu Tode geschundenen Juden nicht viel empfanden, versteht sich nach dem fast zweitausendjährigen grauenhaften christlichen Antijudaismus, den Hitler nur fortsetzte, von selbst.

Kurz, nie protestierten diese Bischöfe gegen eine Politik, mit der der Faschismus die halbe Welt ins Unglück stürzte. Das störte sie nicht. Das unterstützten sie scham- und hemmungslos und immer wieder, wie sie seinerzeit in ihrer Gesamtheit selbst bekundeten. Und machen seitdem ihre wohldotierten Funktionäre der Welt das Gegenteil vor, so nur deshalb, weil ihresgleichen der Welt immer etwas vorgemacht hat, immer; weil ein Theologe, laut Nietzsche, mit jedem Satz, den er spricht, nicht nur irrt, sondern lügt. Ihre Dokumente, ihre »Hirtenbriefe«, ihre Bistumsblätter sprechen hier eine kompromittierende, eine vernichtende Sprache.

Diesen Text hat Karlheinz Deschner am 25. April 1993 im Rahmen seiner TV-Sendereihe zur Politik der Päpste im 20. Jahrhundert vorgetragen. Diese Sendereihe wird von Kanal 4 auf der Frequenz von RTLplus zweimonatlich ausgestrahlt. Nächste Folge: 27. Juni, 24 Uhr

Konkret 06/93, S. 54

Georg Seeßlen

Phantastischer Revisionismus

Mit »Stark« haben George A. Romero und Stephen King den ersten Goodwill-Horrorfilm für die Clinton-Ära vorgelegt

Das Kino geschieht immer an der Grenze; es erzählt sich zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten, zwischen dem Ich und der Welt, zwischen der Familie und der Gesellschaft, zwischen der Natur und der Zivilisation, zwischen dem Haus und der Straße, kurz zwischen dem Schrecken des Eingeschlossenseins und dem Schrecken des Alleingelassenwerdens. Alle Helden überschreiten diese Grenzen, aber zugleich kommt über sie auch immer das Böse.

Der Verlauf dieser Grenzen bestimmt aber auch das Wesen einer Gesellschaft. Sie ist nicht nur mit der Produktion und Verteilung von Gütern und der Unterdrückung der Mehrzahl ihrer Mitglieder beschäftigt, sondern auch mit der endlosen Synchronisation des gesellschaftlichen Innen, der Familie, des Hauses, der »Beziehung« und des gesellschaftlichen Außen, der Straße, der Fabrik, der Politik.

Die Familie, zum Beispiel, ist nur einerseits das perfekte Abbild der Gesellschaft, sie ist andrerseits auch das einzige, was gegen sie hilft. Die Krisenzyklen der freien Marktwirtschaft äußern sich auch in einem bizarren »Atmen« der Menschen in ihr. Sie brechen auf, wollen hinaus, lassen die Familie und das Innen zurück, um Karriere zu machen, Siege zu feiern und Zeichen zu setzen. Aber dort kommt früher oder später auch der Abstieg, die Niederlage, das Verlöschen. Vor dem Schrecken des Außen flieht man in die »Geborgenheit« des Innen; die Familie soll Frieden und Sinn geben, wo es die Welt nicht mehr kann. Aber durch diesen Rückzug wird die Familie auch unziemlich belastet; sie wird so bedeutend, daß sie ihren eigenen Schrecken gebiert; eine tödliche Falle wird, was gerade noch die Rettung schien. Sie muß gegen die äußeren Bedrohungen verteidigt werden, böse Eindringlinge müssen vertrieben oder getötet werden, dann muß sie gegen ihre inneren Widersprüche restauriert werden, vielleicht auf niederem Niveau, und am Ende nutzt nicht einmal das; dann kann man sie nur noch verlassen.

Es gibt kein Filmgenre, das diese grausame Dialektik zwischen dem Innen und dem Außen der Freien Marktwirtschaft so präzis wiedergibt wie der Thriller. Und wenn die Entwicklung dieses Genres als sozialpsychologische Kriegsberichterstattung gelesen wird, dann muß das, wovon sie berichtet, das Versagen der Familie als Auffanginstanz für den Mittelstand, in der Krise sein.

Der Hardcore-Horrorfilm der achtziger Jahre mit seinen Splatter- und Ekeleffekten war gewissermaßen eine Kampfansage des Innen gegen das Außen in der Freien Marktwirtschaft. Aus der Hölle des Konsumismus und aus den Hobby- und Heizungskellern der mittelständischen Vorstädte kamen die kannibalischen Zombies, die Kindermörder und die Poltergeister, die am Ende die Tempel der Konsumgesellschaft überfluteten, die Einkaufsstraßen und Supermärkte.

Am Ende dieses Jahrzehntes aber wurde das Horrorgenre eher marginal. Es kippte ins Parodistische um und träumte endlos den Stephen King/Steven Spielberg-Traum von der »normalen« Familie als einzigem Ausweg. Zur gleichen Zeit erlebte ein anderes Genre einen neuen Boom, der Psychothriller. Drei recht unterschiedliche Filme waren es, die den Aufstieg dieses Genres einleiteten. »Fatal Attraction« (Eine verhängnisvolle Affäre – 1987 – R: Adrian Lyne) erzählte von einem Paar, das sich nach dem Seitensprung des Mannes bis zur physischen Vernichtung gegen die Frau wehren muß, die das Spiel ernst genommen hat. Kathryn Bigelows »Blue Steel« (1990) handelte von einer Frau, die Polizistin werden muß, um den Schrecken ihrer Familie zu entkommen, und einem psychotischen Mörder gegenübersteht, der seine Mordtaten mit ihrer Waffe begeht, und Jonathan Demmes »The Silence of the Lambs« (Das Schweigen der Lämmer – 1991) von der Auseinandersetzung einer jungen FBI-Agentin mit einem mörderischen Transvestiten, der ganz buchstäblich in die Haut des anderen Geschlechts schlüpfen will, und einem kannibalischen Philosophen.

Diese Filme gaben nicht nur sehr präzis die Ängste der Zeit wieder, die Furcht vor Aids, die Furcht vor einer Emanzipation der Frau, die nur über die Gewalt führen konnte, die Furcht vor der Wirklichkeit des Wahns, die Furcht vor allem davor, daß diese Gesellschaft in nichts dem glich, was sie als ihr eigenes Ideal entworfen hatte, sie transponierten auch Elemente des blutsüchtigen Splatter Movies in die Mainstream-Produktion Hollywoods. So viel Grausamkeit, so viel Faszination des Bösen war dort nie, und die Entwicklung schien unumkehrbar.

Verwandt sind die Filme auch in ihren Schilderungen der heillosen Familien, welche die in ihnen verborgene Gewalt und Heuchelei nur allzu schnell freisetzen, und in der Aufkündigung des patriarchalischen Mythos: die Frauen finden weder bei den Männern noch bei ihrem Staat wirklichen Schutz. Sie müssen die Dinge selbst in die Hand nehmen, das heißt: sie müssen Gewalt anwenden, und das heißt: sie müssen schuldig werden.

Im Gegensatz zum »alten« Thriller, der gesellschaftlich vermittelte Aufklärung, psychologische Rationalisierung oder wenigstens das melodramatische Wirken des Schicksals als Notausgang gestattet, läuft der neue Thriller, der das amerikanische Kino am Beginn der neunziger Jahre zu beherrschen scheint, auf etwas anderes hinaus, auf das personale, körperliche und tödliche Duell zwischen den einander in erotischer und familiärer Struktur verbundenen Protagonisten: Es

morden sich nicht nur Mann und Frau. Es morden der Vater die Tochter, die Mutter den Sohn, die Geschwister einander; Mord ist die einzige Antwort auf das Überschreiten der Grenze zwischen Innen und Außen. Mord ist die einzige Form von Liebe.

Der Weg des Grauens nach innen hat aber noch eine ganz andere, eher bizarre Ursache, nämlich den Verlust eines irgend beschreibbaren Feindbildes. Nur scheinbar reagiert ja das Gebot, »politically correct« zu sein, auf ein Mißtrauen gegenüber der Ideologie, nur scheinbar trägt es der Entwicklung einer Gesellschaft zu mehr Humanität Rechnung, in Wahrheit ist es die avancierteste Form von Verdrängung und Zensur: auf die Sprachregelung folgt eine Bildregelung. Ungeachtet der gesellschaftlichen Realität darf das Böse nicht mehr vom Kommunismus ausgehen, der ist erledigt und es schickt sich nicht, auf einen Gegner einzuprügeln, der am Boden liegt; das Böse darf aber auch weder von Schwarzen, Latinos oder asiatischen Amerikanern ausgehen, es darf keiner Frau zugeordnet sein, auch keinem Homosexuellen. Alles, was eine Diskriminierung sein könnte, hat gefälligst zu unterbleiben. Aber mit der Sprache oder dem Bild haben sich die Strukturen nicht geändert. Wenn der Schurke in einem amerikanischen Mainstreamfilm nur noch ein weißer, angelsächsischer, protestantischer Mann sein darf, so ändert das überhaupt nichts daran, daß sich die Helden nach wie vor wie die Helden und die Schurken nach wie vor wie die Schurken verhalten. So sehen wir Frauen, Schwarze und Latinos, die sich wie weiße angelsächsische Protestanten verhalten, und weiße, angelsächsische, protestantische Schurken, die den nackten Wilden in sich zum Vorschein bringen. Man hat die Worte geändert, nicht aber die Grammatik. Die schwarzen, lateinischen, europäischen, weiblichen und gar homosexuellen Helden werden zu Helden, weil sie ihr Schwarz-, Lateinisch-, Europäisch-, Weiblich- und Homosexuell-Sein vergessen. Und umgekehrt sind die bösen weißen Schurken, heterosexuelle Familienväter, die Steuern zahlen und zur Wahl gehen, nur als böse Abspaltungen zu haben. Weiße Schatten.

»Politisch korrekt« ist es, über die äußere Konstruktion der Gesellschaft nichts mehr zu sagen. Die schwärmerischen neuen »Clinton-Filme« erzählen von einer Renaissance der Gesellschaft aus dem Geist der Passion füreinander, sie setzen Moral an die Stelle von Sinn. Zur gleichen Zeit geht die Entwicklung nach innen in absurde Tiefen; längst haben wir uns daran gewöhnt, daß Familien und Identitäten nach Belieben zerlegt, imitiert, neu zusammengesetzt werden können, das ist eine Frage der Gewalt. Mit einem Prospekt über die schönsten amerikanischen Städte, in denen man eine Familie gründen kann, zieht der Held der »Stepfather«-Filme durch das Land, nistet sich wie ein Virus des amerikanischen Traums in den unvollständigen Suburbia-Familien ein und wird, als die Familien dann doch nicht ganz dem Ideal entsprechen, zum kalten Mörder.

Aber noch tiefer sitzt ein anderes Monster, dasjenige, das sich alles hat einfallen lassen, das, in dem sich am augenfälligsten Imitat und Wirklichkeit verschränken muß: der Autor. Der Autor ist noch einmal der Held hinter dem Held und nun also das Böse hinter dem Bösen. Seine Phantasie ist nicht korrekt. Ihn zu retten kann nur ein Kampf bewerkstelligen, die Imitation des biblischen Kampfes zwischen dem Schöpfer und seinem Geschöpf. Dieses Motiv taucht immer wieder auch bei Stephen King auf; in »Misery« gerät der Autor in eine tödliche Falle, weil eine begeisterte Leserin nicht mit dem Ende einer Romanheldin leben will, und in »The Dark Half« sieht sich ein Horror-Autor mit seiner eigenen Kreation konfrontiert.

In einer Gesellschaft, die sich aus inneren und äußeren Gründen selbst nicht mehr wahrnehmen kann, muß also das Bilder- und Gedankenproduzieren selbst zur äußersten Gefahr werden. Stephen King hat das noch einmal in einer simplen und falschen Phantasie zusammengefaßt, und seine Epigonen sind ihm dabei gefolgt: Da geht es immer um den »guten« Autor, den rationalistischen Menschenfreund, der sich von seiner anderen Hälfte, dem »bösen« Autor, der das von Sex & Crime beherrschte kollektive Unbewußte seiner Leser bedient, absetzen muß. Dafür wird er bestraft, und seine Strafe ist Opfer und Reinigung.

Was macht die Bücher von Stephen King so höllisch populär? Einmal abgesehen davon, daß man sie so lesen kann, wie man Marshmallows ißt, und daß King sich vorzüglich im Fundus der populären Kultur auskennt, hat er nicht mehr und nicht weniger als ein kleine Religion für den Mittelstand geschaffen.

Deren zentrale Aussage ist es, daß die Kräfte des Bösen am allerehesten von eben jener Organisation bezwungen werden können, die sie recht eigentlich erst einmal erzeugt, nämlich der kleinbürgerlichen Organisation der Intimität, von Liebe, Freundschaft und nachbarlicher Solidarität. Unter dem Einbruch des Phantastischen entdecken Kings Helden in sich Fähigkeiten, die unter ihren sozialen Bedingungen schon verloren schienen; so kippt früher oder später jede King-Erzählung von einer entlarvenden Horrorgeschichte in ein erlösendes Abenteuermärchen um. Das Auseinanderbrechen der sozialen Strukturen wird damit beantwortet, daß die verbliebenen Partikel besonders eng zueinander stehen.

George A. Romero und Stephen King arbeiten seit längerem regelmäßig zusammen. King war Schauspieler in Romeros »Knightrider« und inszenierte den Episodenfilm »Die unheimlich verrückte Geisterstunde« nach King-Storys als knallige (und moralische) Horror-Comics. Romero war »graue Eminenz« hinter den TV-Projekten Kings und sollte ursprünglich den »Friedhof der Kuscheltiere« inszenieren.

Romero ist für den Horrorfilm nicht minder bedeutsam als King. Er ist gleichsam die materialistische Korrektur zu Kings Familiengeschichten. Romero hat in Filmen wie »The Crazies«, »Dawn of the Dead« oder »Martin« einen Blick für das Böse in der Gesellschaft entwickelt, und wie Kings Arbeiten vom Umschlagen in die Sentimentalität, so sind Romeros Arbeiten vom Umschlagen in die Komik bedroht.

Die Abmachung für die Verfilmung von »The Dark Half« sah vor, daß sich jeder vor seinen Schwächen in acht nahm; nicht sentimental und nicht grotesk sollte der Film werden, sondern ein straighter Horror-Thriller, ein ganz ernsthafter Film zur Zeit. Zum ersten Mal arbeitet Romero für eine große Produktionsgesellschaft, und das sieht man dem Film an. Es ist ein Film, der, statt die Kräfte der Peripherie zu entfesseln, das Zentrum zu schützen bestrebt ist. Die amerikanische Familie, zum Beispiel.

Eine Vorgeschichte: Ein Junge wird von heftigen Kopfschmerzattacken geplagt, im Krankenhaus stellt sich heraus, daß er einen Zwilling im Kopf mit sich herumschleppt. Nachdem man ihn operativ von dem gefährlichen embryonalen Bruder befreit hat, prallen hunderte von Sperlingen an das Fenster der Klinik. Sie werden als Boten des Unglücks die Handlung begleiten. Später werden wir erfahren, daß Sperlinge schon in der griechischen Mythologie den Übergang vom Reich der Lebenden zu den Toten ankündigten.

Jahre später. Thad Beaumont ist Englischlehrer, hat ein schönes Zuhause, eine schöne Frau und ein schönes Zwillingspaar von Kindern. Der gehobene Lebensstil der Familie verdankt sich freilich einer Nebenbetätigung: Unter dem Pseudonym George Stark publiziert Beaumont krude Mordromane. Ganz geheuer ist Liz nicht, wie Thad sich in diese zweite Identität hineinschafft. So ist sie nicht unglücklich, als er eines Tages durch einen Erpresser gezwungen wird, diesen Autor und seine Schöpfung mehr oder minder theatralisch zu begraben.

Kurz darauf wird der Fotograf dieses eher geschmacklosen Pseudo-Begräbnisses brutal ermordet, und es folgen weitere Mordtaten, die alle mit dem Autor in Zusammenhang stehen. Sheriff Pangborn, ein Freund Beaumonts aus alten Tagen, versucht, Thad zu schützen und hält einen wahnsinnigen Mörder, der sich rächen will, für den Täter. Aber Thad selbst begreift langsam, nachdem er wie unter Trance auf ein Papier geschrieben hat: »Die Sperlinge fliegen wieder...«, die wahre Bedrohung: George Stark ist vom Wort zum Fleisch geworden. Er verlangt von ihm, seinen Tod aufzuhalten, indem er weitere Romane schreibt. Nachdem Thad bei dem Arzt, der ihn operierte, erfahren hat, was damals wirklich geschehen ist, bringt Stark zuerst den Arzt um und bemächtigt sich dann Beaumonts Familie. Doch in der letzten Auseinandersetzung erweist sich die »gute« Hälfte Beaumonts überlegen. Und am Ende kehren auch die Sperlinge, nachdem sie den bösen Stark vernichtet haben, dorthin zurück, wo sie hergekommen sind (in irgendein Loch in der Matte-Painting, um genau zu sein).

King und Romero erzählen die Geschichte nicht ganz so platt, wie es hier den Anschein hat; sie bauen geschickte Retardierungen ein, interessieren sich hier und da für Nebenpersonen und haben in Timothy Hutton einen kleinen Meister in der Darstellung wachsenden Selbstzweifels. Daß er als George Stark in der Maske eines *Tough guy* der fünfziger Jahre auftritt, eine groteske Mickey-Spillane-Paraphrase, macht gewiß auch etwas über das gewandelte Männerbild der amerikanischen Kultur sichtbar. Ganz nebenbei behandelt der Film die Frage, was denn bei der Entwicklung des »neuen Mannes« und der Entwicklung des neuen Mittelstandes (der, wie wir sehen, mit Verelendung auf der einen, Korruption auf der anderen Seite zu kämpfen hat) geschehen ist. Die Antwort ist politisch korrekt.

»Stark« ist ein Film, der so sehr von Angst besessen ist, daß er nicht einmal mehr wirklich Angst machen will. So wie er am Anfang die Genesis des Bösen überdreht – ist es nun der ungeborene Zwilling oder die literarische Schöpfung, die das furchtbare Gemetzel auslöst oder ist es, noch tiefer, der Ungeistder Popular Culture, dem Autor und Regisseur doch so viel verdanken und dem sie zugleich, irgendwie, zu entfliehen trachten – so setzt er ein Übermaß an Erlösungsbildern dagegen. Schon in Beaumonts adretten, fein säuberlich (übrigens auch in den Farben) getrennten Zwillingen ist eigentlich schon alles gesagt: so und in der grandios wuchernden Spielzeugplastikwelt, in der sie aufwachsen, läßt sich die Furcht vor der Verschmelzung und die Sehnsucht nach Nähe miteinander verbinden. Eine ursprüngliche Einheit weiß der Himmel welcher Widersprüche, der die heimliche Sehnsucht des Horrorgenres von jeher galt, wird in diesem Film unablässig bekämpft: Seine große Sehnsucht sind die klaren Farben und Formen, lieber eine synthetische Ordnung als ein authentisches Chaos. Die wahren Konflikte werden denn auch nicht mehr wirklich ausgeführt. Thad muß sich zum Beispiel in einer Bedrohungssituation für eines seiner Kinder entscheiden, darüber wischt der Film sehr schnell hinweg; Beaumont und Stark kämpfen miteinander und scheinen doch verdammt wenig voneinander zu wissen; die Frau wird wieder gefesselt, der Polizist wieder ein Held, und am Ende darf, seit langem wieder einmal, wirklich aller Schrecken vorbei sein.

»Stark« ist gewissermaßen der erste clintonianische Anti-Horrorfilm, der all die zynischen und einfachen Wahrheiten, die das Genre in den letzten beiden Jahrzehnten über die Organisation von Gesellschaft, Familie, Ökonomie und Kultur zu verbreiten hatte, revidiert. Er plädiert dafür, die bösen Träume zu zügeln, bei der Organisation des Alltags nicht allzu viel in die eigenen Abgründe zu blicken und nett zueinander zu sein. Das verläßliche Innen muß nun nicht mehr gegen eine äußere Bedrohung, gegen eine soziale Infektion verteidigt werden, sondern gegen jenes noch tiefere Innen, das aus der Neurose als Überlebensprinzip kommt, an die wir uns gerade gewöhnt hatten. In »Stark« werden am Ende wieder klare Verhältnisse

geschaffen, auch wenn man an sie nicht wirklich glaubt. Der Film gehorcht damit exakt jener magischen Autobiographie, aus der sich Kings Wirkung nährt: die Überwindung des Traumas durch die Konstruktion der Bescheidenheit. Und zugleich kreieren Roman und Film eine Art Mythos der Aufklärung: Sie sind so durchsichtig konstruiert, daß wir das Gefühl haben können, jemand wolle da wirklich dem Wesen der Alpträume auf die Spur kommen. Aber es ist nur die Konvention des Allgemein-Bekannten, die sich da auftut. Statt hinter den Mythos zu sehen, sehen wir seiner Konventionalisierung zu; wir nehmen uns in den Arm und sagen, daß wir diese furchtbaren Träume alle irgendwie kennen und freuen uns auf die Verläßlichkeit des Alltags. Weil alle Vermischung aufgehoben ist, das Verschmolzene getrennt, das Formlose geformt, das Lebende zum Lebenden und das Tote zum Toten gebracht ist.

»Stark« (»The Dark Half«), USA 1993. Buch, Regie und Produktion: George A. Romero nach dem Roman von Stephen King. Mit Timothy Hutton, Amy Madigan, Julie Harris und Michael Rooker. Ab 10. Juni im Kino

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 3/93 über neue Reality-Shows

Konkret 06/93, S. 58

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

So was

hätt fast einmal die BRD regiert.

Die Illustrierten wurden

seiner Herr. Jedoch:

Ich wollte, daß ihr nicht

schon triumphiert.

Das Äßhoul mopst sich noch,

aus dem das kroch:

Bonn, 27. April 1993

Lieber Horst-Eberhard Richter, zu Ihrem 70. Geburtstag gratuliere ich Ihnen – auch im Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – sehr herzlich.

Seit mehr als drei Jahrzehnten darf und muß unsere Gesellschaft damit rechnen, daß Sie kritisch-solidarisch den Finger in ihre Wunden legen und mit wesentlichen Impulsen konstruktiv zur Heilung, d.h. zur Veränderung – nicht nur im Handeln, sondern auch im Bewußtsein – beitragen. Das gewaltlose Ringen um Abrüstung und Frieden, der Kampf für Menschenrechte und gegen Korruption und Fehlentwicklungen in der Politik, die fundierte Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus – alles das ist untrennbar mit ihrem Namen verbunden. Sie verkörpern das Bemühen, Ideologien zu erschüttern und der Menschlichkeit in Politik und Gesellschaft eine Bresche zu schlagen. Dafür danke ich Ihnen. Wir alle zählen auch weiterhin auf Sie, auf Ihren Widerspruch, Ihre Ideen, Ihren Rat. Mit herzlichem Gruß

Ihr Björn Engholm

STATT daß Sowas, das ein ganzes tapferes Volk monatelang beim pflichtgemäßen Vollzug der sieben Todsünden genervt, ja gehindert

mit seinen windhündigen Ichbindaslichtundscheueniemand-Auftritten in diesem entsetzlich fadenscheinigen Ausstatterattata von »Unschuld & Bühne«, dem Fachgeschäft für den Kleinen Zauberer

NUNMEHR des entsetzlichsten Verbrechens zwischen Scylla und Charybdis, nämlich der Lausbüberei des Anschwindelns des aus den führenden Edlen, Hilfreichen, Guten, Schönen und Unsterblichen gebildeten Untersuchungsausschusses des enormen Landes Schlesfickwohlsein ÜBERFÜHRT

die Enttarnung als Sechser im kathartischen Lotto, ja als singuläre Supergnade der Menschwerdung begreift und nutzt und sich ra/di/kal entplundert

ALSO das Köfferchen mit den kindischen Tabakkochern in die Müllverbrenne schmeißt

die Armaniuniform auszieht

das Barzelölige aus Antlitz und Sprechsprache rausterpentiert

des serenissimusmäßigen Geneigthaltens des Kopfs fürder enträt

sowie die Fahne der wahren Lüge, die der Bourgeoisie, flieht

FÄHRT Sowas FORT in Unart unbelehrt und wie von Sinnen

ja will künftig gar das »Bemühen« »verkörpern«, sogenannte »Bücher« und zwar zu »schreiben«, und sich die Sakrosanz der Würde des verfolgenden sozialdemokratischen Spießers vom Gericht gegen die Zeitschrift »Titanic« bescheinigen lassen.

Hörma, Neudeck (Rupert), wir sind uns mal vor Jahren in der Kaffeeküche von Känguruh-Film in Westberlin begegnet und ich war dir, du hattest es eilig, mit der Buchung eines Fluges nach Köln gefällig. Nun verfolg ich deinen Verfall vom in etwa charmanten Leuteauffischer zur großdeutschen Balkankriegsstimmungskanone, und darauf meine Hand, Neudeck: Fällt auch nur das Jota des Splitters einer serbischen Retourrakete auf mein Häuserl in Wildenroth, so reiß ich dir den

Fadennudelbart ohne örtl. Betäub. vom Leib.

Wie bitte? Was soll die doch nicht einfach nur so schnell mal in irgendeinem Krieg in b) Schutt und a) Asche gesunkne Kirche, sondern von den Alliierten im Verfolg ge-wisser Übergriffe Nazideutschlands auf fünfzig Millionen Menschenleben und drei Kontinente errichtete Bimbamlücke sein – eine Wunde?

Und eine der schmerzhaftesten, und nicht etwa am Arsch, wo der Hammer hängt, sondern im Herzen Europas noch derzu?

Ja, ihr der Demut impertinentest abgewandten, im Schoße der Vettel Europa sabberndsten Hunde:

Daß man euch doch dreimal täglich statt euch zu füttern liebkosete mit genageltem Schuh.

Die Welt ist weiß der Himmel wie nie vom Imperialismus zugerichtet zur Wunde und Milliarden hungern krank unter löcherigem Dach, da kommst du, du undurchbluteter liedloser Sauhaufen Schmer,

du an Deck des im Blutmeer des Kapitalismus den letzten Schluck Benzin verdümpelnden Alptraumschiffes »MS Nach uns die Sintflut« mit rattenhafter Hurtigkeit das Dinnerjackett wechselndes Kroppzeuch der Restauration mit einer Aberglaubensimmobilienlücke als schmerzhaftester Wunde daher.

Ich werd dir helfen, mich anzuwixen zu helfen beim Heilen von aus heilsamer Leere bestehender Wunde, du unbußfertigneurasthenisches Pack.

Kusch! sag ich und Gusch! und hilf dir doch selber und bau im Dresdner Christstoll`n Zitronat ab, das notiert heute Mittag an der Rohstoffbörse von Shang-Hai mit satten zwei Dollar fünfzehn der Sack.

Konkret 06/93, S. 59

Dietmar Dath

ANTIFAntasy

Über einige Beispiele re-politisierter phantastischer Literatur

»No imagination.«
William Gibson, »Burning Chrome«

»Kein Volk. Kein Reich. Kein Führer.«
Graffito an einer Bahnhofswand im Süddeutschen

»No Fate.«
Sarah Connor in »Terminator 2«

... und womöglich no future, nicht wahr? Nein, das haben wir hinter uns gelassen, und wenn uns dabei sogenannte »utopische Literatur« begleitet hat, kam sie von Orwell aufwärts immer im schlichten Gewand des »Stell Dir vor, es ist bla bla bla und keiner geht blö blö blö...« daher.

Aber was, wenn der dritte Weltkrieg stattgefunden hat, die Second Alliance (SA), gedeckt von den Medien, ordnungs- und kulturpolitische Hegemonie anstrebt und durchsetzt, rassistische Humangenetiker geheime Experimente durchführen und deutsche Waffentechnik weltweit wieder... Nein, es geht um Science Fiction, in der dies alles geschrieben steht. Was für eine Welt lese ich da?: »Wir dringen ins Gitter ein, reprogrammieren es, wo wir können, und benutzen Jim Kesslers Anti-Propaganda-Software, um das Gitter zu zwingen, sich selbst als das zu entlarven, was es ist. Wir erhöhen unseren Input ins Untergitter. Wir versuchen, die besorgten Journalisten im Obergitter zu erreichen, die es natürlich auch gibt. Das Gitter ist wirklich zu riesig, als daß die SA oder die Regierung es effektiv kontrollieren könnten.«

Das hört sich doch an, als wolle da jemand irgendwem die Nacht stehlen. Halt, nicht »irgendwem«, denn da steht ja: SA. Und, beunruhigender vielleicht noch, da steht auch: Regierung. Kürzel und Wörter in harten Panzern, die ziemlich vertraute Schatten werfen. Was für eine Abenteuergeschichte entziffere ich jetzt?: »Er nahm entfernt wahr, daß ein Feldtropf in seinem Arm steckte. Ein Mossad-Sanitäter kniete neben ihm und hielt eine Plastikflasche mit Plasma hoch; Claire saß mit einem Verband ums Bein ihm gegenüber und starrte in den Weltraum hinauf, aber sie war am Leben, Herrgott, sie war... Er hörte Danco lachen. ›Hey, pendejos, vaya con Dios!‹ schrie er und legte den Schalter am Zünder um. Und die Höhle flog in die Luft und nahm zehn Faschisten mit. Hard-Eyes lächelte und schlief wieder ein.«

Da schlägt also jemandem auf spanisch das letzte Stündlein. Ach was, »jemandem«, da steht: zehn Faschisten. Und uns fällt sofort der spanische Bürgerkrieg ein, und »Wem die Stunde schlägt«, Hemingway, sogar ein internationaler Brigadist scheint anwesend, denn wer sonst nennt sich »Hard-Eyes«?

Es ist wirklich der alte Hemingway-Sound, über den man »in meinen Kreisen« so gähnend grinsen gelernt hat, und trotzdem reden wir nun schon seit gut einem halben Jahr in unseren Kneipen, bei unserer Arbeit, am Telefon und in der Straßenbahn von Büchern wie denen, aus denen die beiden Zitate stammen. Warum aber? Was gefällt uns an diesem seltsamen Antifa-Macho-Rock in Prosa, wo ich doch andererseits durchaus darauf bestehen würde, daß man an Hemingway zu Recht verachtet, daß bei ihm so viele Figuren ohne weiteres »Hard-Eyes« heißen könnten? Klar, so einiges ist »anders« an den Textstellen, die ich vorgeführt habe, philologische Erbsenzähler werden auf den »Mossad-Sanitäter« hinweisen und fragen, was dieser brave Mann im spanischen Bürgerkrieg verloren habe, und griffelspitzende Wortklauber werden sich am »Weltraum« reiben, in den Claire hinaufstarrt, wo doch Hemingway allenfalls einen »Horizont« gesehen hätte oder, noch verschwommener, einen sogenannten »Himmel«, wahrscheinlich albernerweise einen »flammenden« usw.

Und dann ist da noch der anstößige Sachverhalt, daß im so eingeführten Weltraum so einiges passiert, das uns die Stimme, die hier spricht... – was lese ich da?: »Seit die Sabotageaktionen begonnen hatten, war es Routine für Russ, alle Personalien für Reparaturen im Raum zu genehmigen. Und er erkannte zwölf – zähl nach, zwölf! – Namen auf der morgendlichen Liste für Reparaturmodul 17 wieder. Und sie gehörten allesamt Schwarzen oder Juden. Und Praeger hatte die Liste bereits genehmigt. Es ergab keinen Sinn. Praeger hatte den Arbeitsvermittlern klargemacht, daß Schwarze, Juden, Araber und Pakistanis/Inder nur in ganz geringem Umfang beschäftigt werden sollten, wenn überhaupt. Er behauptete, sie seien Sicherheitsrisiken, denen man draußen nicht vertrauen könnte. Und jetzt hatte er eine ganze Schiffsladung davon genehmigt. Die einzigen Weißen waren Leute wie Carl Zantello – ein Italiener und bekannter Radikaler.«

Man ahnt bereits, daß dies ein Flug ohne Wiederkehr ist, und die Administration spricht den Angehörigen natürlich ihr tiefstes Bedauern aus. Der Sicherheitschef mußte mal eben eine Krawatte wechseln, sorry.

Die Bücher heißen, bis hierher: *Eclipse; Eclipse: Penumbra;* und *Eclipse: Corona,* und wenn man sie mit dem Namen »Science Fiction« ruft, den ihnen der Verlag auf die Hundemarke geprägt hat, dann kommen sie nicht angelaufen, bringen kein Stöckchen und wedeln auch nicht mit dem Schwanz.

Denn es geht ihnen darum, daß jemand die Faschisten gerufen hat: Euer Reich komme, und es kommt, wie im Weltraum, so auch auf Erden. Der Autor John Shirley, Jahrgang 1953, ist an dieser Front mit größter Exaktheit zugange, so wie sein Kollege Geoff Ryman an einer anderen, doch bevor ich zu Ryman komme, bei dem ich mich kurz fassen kann, müssen wir an Shirley rasch einiges lernen, das uns bei der Beschäftigung mit Ryman nützlich sein könnte.

Es ist eine ganze Menge vom »Gitter« die Rede in Shirleys Eclipse-Trilogie, und dieser Begriff ist der Schlüssel zur Antwort auf die Frage, warum ich von »re-politisierter« Phantastik spreche, denn vom »Gitter« kommt die Autorengeneration, der Shirley zugehört, und, so seltsam es anmutet, auch sein Antifaschismus hat einige Überlegungen ums »Gitter« zum Kern. Die Eclipse-Trilogie malt ein Bild des 21. Jahrhunderts, aber sie ist in Wirklichkeit keine Flaschenpost aus diesem ins 20., sondern ein Telefax der Subkulturen der 80er an »uns heutige«, whatever that means. Shirley meint mit dem »Gitter« nämlich genau das Geflecht, das einige seiner musikmachenden, schreibenden, Comics produzierenden Freunde und Kollegen so gern als Trampolin benutzt hätten: die technisierte Massenkultur, unter besonderer Berücksichtigung des »Untergitters«, jenes Netzes/doppelten Bodens also, which we call »Underground«.

Shirley erleidet einige Sprechweisen der Pop- und Rockgeschichte zusammen mit seinen Lesern, identifiziert sich quälend damit, von Velvet Underground bis Hardcore und Techno, auch die Hippies kommen zu ihrem unscharfen Recht, aber schließlich, im dritten Band, modifiziert der Autor seine Vorstellungen vom »Untergitter« zu der Idee eines identitäts-auslöschenden, über Modems und Biochips zugänglichen elektronischen »Plateaus«. Dabei bleibt er jedoch nicht stehen, sondern bietet sein Plateau als Parkplatz für unsere irren Vehikel und ästhetischen Widerstands-Raketenwerfer an. Park- oder Schrottplatz?

Um das zu entscheiden, muß man Shirleys Werk selbst als Gitter betrachten. Verknüpfungspunkte sind dabei die »Figuren«, »Personen« der Romane. Da gibt es den »Nihilisten« Rick Rickenharp, dessen vollgesogenes, feuchtes, narzißtisches Ego zunächst in ganz fettigen Träumen von Lederjacken-Anarchismus und unrasiertem Drogenmißbrauch vor sich hin brutzelt, bis ihn die NR, die »New Resistance«, im Kampf gegen die SA rekrutiert, und selbstverständlich geht er mitsamt seinen Macho-Wahnideen dabei drauf. Ein schöner Tod, ich komme noch darauf zurück.

Und da gibt es Hard-Eyes, einen ziemlich desillusionierten 19jährigen Amerikaner, den James Dean des Widerstands. Hard-Eyes bleibt durch Zufall in Europa hängen, als der dritte Weltkrieg ausbricht, den Shirley, obwohl er blöderweise noch eine »Sowjetunion« drinhat (Beginn der Niederschrift von *Eclipse* war wohl ca. (85), schon sehr zutreffend als sinnlos-allseitiges Gemetzel schildert, in dem »Nationen« aufeinander einschlagen, bis alles in Scherben fällt, wobei sie nicht mal Atomwaffen brauchen. Die Nato versucht, die »Untermenschen« aus Ost und Süd aufzuhalten, während im Hinterland, der Festung Europa, eine »private multinationale Polizeitruppe, gestützt auf patriotische Regierungen einzelner Länder«, eben jene Second Alliance, ein faschistisches Paneuropa gestaltet, natürlich mit Hilfe von Völkermord in seinen klassischen Ausrichtungen Rassismus, Antisemitismus und Kampf für fundamentalistisches, abendländisches Christentum. Deutsche spielen im Inneren Kreis der Alliance eine entscheidende Rolle, da hat Shirley gut aufgepaßt.

Hard-Eyes, ein Resistance-Mann wider Willen, ist, wie überaus ärgerlich, die interessanteste Figur. Allerdings legt er seinen Spitznamen ab, wird zusehends zu »Daniel Torrence«, je mehr er sich »bewähren muß«. Eigentlich würde so einen Menschen Antifaschismus anöden, wenn man ihm zu erklären versuchte, daß und warum der sein muß. Bloß passiert ihm dann etwas, was ihm das Gefühl gibt, das erste Mal in seinem Leben »was Wirkliches« zu tun, aber das hat nichts mit »einen Sinn finden beim Widerstand« zu tun, sondern zum Glück mit etwas viel Besserem, nämlich dem Willen, sich eine ganze Welt zu schaffen. Und die soll eben möglichst nicht so beschissen sein wie die von der SA »gestaltete«.

Die dritte Figur, die beim Politisieren hilft, ist Steinfeld. Steinfeld ist ein ehemaliger Mossad-Mann, in Europa koordiniert er die Aktivitäten der NR. Hauptquartier seiner Widerstands-Dachorganisation ist ein verwüstetes Paris, in dem der Enkel Le Pens mit Unterstützung der SA und deren deutschen Waffen (»Jaegernaut«-Panzerfahrzeugen z.B.) regiert. Am Stadtrand stacheldrahtumzäunte Lager. Steinfeld versucht immer wieder über alte Israel-Verbindungen logistische Hilfe vom Mossad zu bekommen, aber dessen Spielraum ist, in einer Welt, in der die USA die Eurofaschisten kaum behindern, sehr gering.

Wunderschön ist Shirleys sorgfältige Mossad-Entmystifizierung, denn diese Organisation spielt ja in den Verschwörungsphantasien sogenannter Anti-Zionisten schon lange eine ziemlich bescheuerte Rolle. Schön auch, und in einem sozusagen journalistischen Sinne unmittelbar wahr und einleuchtend, wie Steinfeld manövrieren muß, als er versucht, einen reichen Araber zum NR-Sponsoring zu überreden, indem er diesen darauf hinweist, daß es einem französischen Front-National-Mann oder einem SA-Söldner ziemlich egal ist, ob sein Opfer marokkanischer Moslem oder

französischer Jude ist. Ein defensiver Steinfeld-Universalismus, der allerdings, auch das sozusagen maßstabsgetreu, nur allzu selten greifbare Erfolge erzielt.

Es gäbe wirklich unendlich viel zu erzählen und mit »Wirklichem« zu vergleichen bei Shirleys »Menschen«, all diesen Leuten, die er auftreten und sprechen läßt, ohne sie dabei je an einen Leser zu verraten, der bloß Orden an Helden verteilen oder sich über Versager ärgern möchte. Es gibt keine Versager bei Shirley, und selbst ein lederjackentragendes Lou-Reed-Imitat wie der holzfällerhemdenliebende Rickenharp wird mit großem Anstand behandelt. An dieser Stelle war ich Shirley sogar zuerst in die Falle gegangen (wie später noch mal, wo er von einem »rassisch selektiven biologischen Kampfstoff« faselt und ich entsetzt dachte, daß so ein rassistischer Dreck doch wohl nicht einfach so dastehen könne, bis ich merkte, daß Shirley die Frage, ob so ein Ding existiere, deswegen offen läßt, damit der Leser begreifen kann, daß es schon schrecklich genug ist, daß Nazigenetiker mit so was überhaupt experimentieren, egal, was dabei rauskommt. Mengele hat ja auch keine »relevanten Ergebnisse« erzielt, außer den Qualen gefolterter Menschen, und das schien ihm vollauf auszureichen, damit weiterzumachen).

Als, beim Schildern eines Konzerts mit Rickenharps Band, Shirley so ein paar Wendungen rausrutschen wie die, daß Rickenharp mit seinem Publikum »orgiastisch vereint« sei oder sich so fühle, hatte ich erst mal keine Lust mehr, weiterzulesen. Bis ich dann doch, an einem besonders langweiligen Sonntagabend, wieder zu dem Wälzer griff und beim Weiterlesen überrascht merkte, daß ich überhaupt kein Recht hatte, Shirley die Illusionen seiner Figuren vorzuwerfen, weil ich ja von Shirleys Illusionen keine Ahnung habe, woher auch. Er beschreibt den Herrn Rickenharp als eine der vielen Möglichkeiten, mit Unmengen von unglaublichem Schwachsinn im Hirn trotzdem auf der richtigen Seite zu stehen, neurotischer Antifaschismus also als ehrenhafte Position in einer faschistischen Umgebung. Shirley hat hier sowohl den theoretischen Hauptgrundsatz seiner SF-Schreibergeneration, daß es kein Subjekt mehr gebe, linksradikal interpretiert, als auch sich die marxistische Erkenntnis zu eigen gemacht, daß es nicht darauf ankomme, die Welt zu interpretieren, sondern darauf, wie Rickenharp mit billigem Verstärker auf dem Arc de Triomphe ein Gitarrensolo in die Gegend zu lärmen, mit der Konsequenz, daß er von Faschisten unter Beschuß genommen und getötet wird, einigen Résistanceangehörigen aber die Zeit zur Flucht verschafft. Schöner ist Hard Rock nie gestorben!

Aber davon wollte ich wirklich nicht erzählen, »Geschichten« und »Menschen« kann man ja in den Büchern selber nachlesen. Nein, sondern jetzt wechseln wir aufs »Plateau« und erläutern die Sache mit dem literarischen Umfeld.

Cyberpunk«, das ist laut Heyne-Verlagswerbung »die postmoderne Science-Fiction der 80er Jahre«, die Namen des Fachs sind W. J. Williams, Bruce Sterling und vor allem William Gibson. Da stellen sie Shirley hin, und er wäre wohl damit zufrieden. Ich bin’s in Sachen *Eclipse* nicht ganz. Dieses ganze, durchaus brillante Zeug verspricht dem Publikum ja so einiges, Gibson und die Kollegen haben ausbaufähige Stichworte geliefert, die virtuellen Realitäten, Wetware (das menschliche Hirn als computerkompatibles, wenn auch schön störanfälliges Spielzeug), Biochips etc. sind durchaus noch nicht gegessen, nur weil man sie jetzt in jeder Videothek ausleihen kann. Aber erst mit so was wie *Eclipse* werden wenigstens einige dieser guten, spinnerten, utopischen Versprechen eingelöst, erst hier wird aus schicker Scheiße (nichts gegen schicke Scheiße!) schickes Material.

Warum das? Es liegt wohl daran, daß Leute wie Gibson oft eine sehr unglückliche Figur machen, und ein Beispiel hierfür liegt gerade auf meinem Schreibtisch. Es handelt sich um ein Gespräch zwischen Gibson und dem unverächtlichen Fantasy- und Comicautor Neil Gaiman. Im Verlauf dieses Gesprächs schafft es Gaiman, Gibson dazu zu bringen, die Verwandtschaft und Verbandeltheit seiner hypermodernen Abart der SF mit Märchen, Sagen, allgemein: Fantasy einzuräumen. Pfui Teufel. Denn da liegt der Hund begraben.

Es gibt z.B. ja auch schon SF zum Thema Faschismus, etwa Dicks *Orakel vom Berge* oder Spinrads *Stählernen Traum.* Beide packen es nicht so ganz, und das wohl vor allem deshalb, weil sie nicht auf der möglichen, nötigen und vernünftigen Trennung von SF, die in ihren besseren Momenten eher »spekulativ« als »phantastisch« ist, und Fantasy bestehen, deren Tugenden natürlich genau andersherum funktionieren.

Der unterschätzte Spinrad kommt der Lösung schon sehr nahe, obwohl er im SF-Rahmen ausgerechnet Adolf Hitler zum Fantasyautor macht, während eben ein guter Fantasyautor uns Hitler als Technokraten zeigen müßte. Denn Faschismus ist schon beides, irrational und machtbewußt, elitär und völkisch, aber ein Prosaautor muß im Gegensatz zu jemandem, der wirklich eine politische Analyse schreiben will, sich entscheiden, wovor er mehr Angst hat, und kann sich nicht um die Ungenauigkeit im »und« kümmern, das ist Aufgabe der Wissenschaften.

Die angloamerikanische Literaturkritik kennt den ausgezeichneten Ausdruck »Intriguing Concepts«. Ich erlaube mir, das jetzt nicht »korrekt« mit »interessante Ideen« zu übersetzen, sondern eher schief-richtig mit »intrigierende, gegeneinander politisierende, mauschelnde und navigierende Vorstellungsfelder«. Das wäre dann das Schreiben à la Shirley, dessen Concepts Gentechnologie, Rassismus, Faschismus, amerikanisch-religiöser Fundamentalismus, Lügenmacht und Verführungspower der Kultur, Widerstand, Popgeschichte, Geld, Hochtechnologie, Weltraum, Frauen, linke Zuhälterkultur

(Mr. Witcher, eine Art Klaus Rainer Röhl in *Eclipse*) seine eigentlichen Protagonisten sind. Keine Geräuschliteratur diesmal, sondern Stichwort-, ja Schlagwortliteratur. Eigentlich hätte sogar ein Index dazugehört. Da stünden dann gewiß auch Wörter, die im Buch nicht vorkommmen, Wörter wie Netzplan, Numerical Control, Negentropie, Pert, Orientierungswissen, Softwarekrise, Transfer und natürlich: Kapitalismus.

Das bedeutet, daß Faschismus für Shirley nicht bloß »böse Männer in Uniformen« heißt, sondern etwas, das sich verhält, wie sich wirklicher Faschismus verhält, aussieht wie wirklicher Faschismus und Macht will wie wirklicher Faschismus. Ob aber da, wo Scheiße draufsteht, wirklich auch Scheiße drin ist, sollte für den Widerstand ziemlich egal sein, denn was heißt »drin«? Drin ist immer bloß Unterwerfung unter faschistische Dynamik, nie Analyse oder Kampf. Und das, also Kampf, bringt uns jetzt zu Ryman. Ryman war mir zunächst bekannt als einer der Autoren in einem ziemlich guten Sampler mit Comic-Kurzgeschichten gegen die Schwulen- und Lesbenhatz, wie sie in den letzten Jahren parallel zu ähnlichen Ereignissen im Aids-Awareness-Kampf entstehen. Dann hat man mich auf den Roman *Ein Garten für Kinder* hingewiesen, jüngst auf deutsch erschienen, eine gute Gelegenheit, wirklich gründlich darüber nachzudenken, wie denn das zutreffende Genörgel gegen Fantasy trotzdem relativiert werden muß.

Der Fall liegt nämlich anders als in Situationen, wo es nur ums Rechthaben geht, es wurde schon angedeutet. Rymans Geschäft heißt Wissenschaftskritik, genauer: Kritik an Gen- und Reproduktionstechnologien, an Humangenetik und Genmedizin. Nicht Intriguing Concepts. Hier kann das Raunen, gerade auch das P.K. Dicksche Raunen eines leicht drogenschwadenumnebelten, gezielt sich bestimmtes Wissen versagenden Bewußtseinszustands immer noch wahre, sagen wir: Wunder wirken.

Es ist ein freiwilliges Raunen, denn Ryman versteht eine ganze Menge von Gentechnik. Und deshalb darf bei ihm, anders als bei Shirley, der seine Leute eher als Rädchen im großen Getriebe sieht, auch wieder »der Mensch im Mittelpunkt stehen«, nämlich eine lesbische Heldin.

Ich gebe eine Hörprobe dieser äußerst musikalischen Prosa, die Ingrid Herrmann sehr gut ins Deutsche geschummelt hat. Es ist ein Ausschnitt aus dem raunenden Monolog eines verführten, manipulierten, dabei aber doch richtigerweise genießenden Gehirns, das völlig aufgeht in einer Welt, in der es nicht vorkommt (hat da jemand MTV gesagt? Das wäre zu diskutieren, ein andermal...):

»Ich hatte davon gehört, dachte Milena. Ich hatte gehört, daß es wunderbar sei, aber ich hab’s nie geglaubt. Nur dieses einzige Mal sind sämtliche Synapsen beteiligt, jeder Nervenstrang, jede Gehirnzelle funktionieren gleichzeitig. Es war wie ein Netz aus Überlandleitungen, die unter Hochspannung stehen. Jede Person stellte auch eine ganze Nation, ihr eigenes Universum dar. Der Consensus zapfte Energie aus dem Nichts, aus dem Vakuum, und indem er sich schneller bewegte als das Licht, konnte er in der Zeit zurückbrausen. Seit anderthalb Jahrhunderten wußte man, daß die Schwerkraft in Form von Ausdehnung zur Erschaffung des Universums beigetragen hatte. Aber wieso gab es die Schwerkraft schon, noch bevor Raum und Zeit entstanden? Die Antwort lautete, die Schwerkraft war zurücktransportiert worden bis zur Erschaffung des Alls. Die Menschheit, im Consensus vereint, würde das Universum gestalten. So sehr liebten wir die Welt, daß wir Gott nach unserem Ebenbild erschufen.«

Freilich, da stimmt naturwissenschaftlich überhaupt nichts, aber als Wahrnehmung aus dem Schädel eines Unterworfenen ist es richtiger als wahr, weil ja auch alle Fantasy- und Science Fiction-Wörter drin sind, die man heute braucht, um das Beherrschtwerden der Menschen zu begreifen: Schwerkraft, Zeit, Nation, Universum, Ausdehnung, Energie, Netz. Und was ist dann das ganze, wenn schon keine ausgearbeitete Theorie? Was ist das für eine Welt, die ich da lese?

John Shirley: »Es war eine Agitprop-Attacke!«

Ja, richtig. John Shirley, so teilt man mir gerade mit, schreibt an einem neuen politischen Roman. Diesmal kommt darin allerdings keine Sowjetunion mehr vor.

Dietmar Dath schrieb in KONKRET 2/93 über den Horror-Spezialisten Stephen King

Konkret 06/93, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Auch in der Geschichte des deutschen Protestwesens wiederholt sich alles. Was beim ersten Mal eine Farce war, kommt wieder als Performance:

Am Samstag, 5. Juni, 18 Uhr, findet an der Außenalster die sogenannte Hamburger Ideenkette zum Thema Völkerverständigung und globale ökologische Verantwortung statt. Hamburger Prominente werden ein Seil um die Außenalster spannen, wo jeder seine Ideen, Bilder, seine Kunst zum Thema Völkerverständigung »befestigen« kann. Danach wird das Seil in 662 Teile zerschnitten und an alle Bundestagsabgeordnete geschickt. Wer Ideen für die Kette hat, sollte sich bei Evelin Lindner vom Förderverein Better Global Understanding melden.

Ohne einer dem Thema unangemessenen nationalen Überheblichkeit zu verfallen, darf man doch stolz sein, was deutsche Tüchtigkeit aus ein paar verkohlten Möllner Türkenmädchen nach Monaten noch zu machen versteht.

In unserer Reihe »Wissenswertes und Interessantes von fernen Volksstämmen« hören wir heute die Folge »Als Medizinmann im wilden Dithmarschen«:

Professor Dr. Reinhard Guldager hat in Barsfleth in der Gaststätte »Zur Nordsee« mit einer Bioantenne rund 250 Landfrauen ausgependelt. Guldager war von Leni von Seth, der Vorsitzenden des Landfrauenvereins Meldorf-Marsch, eingeladen worden, um die Krönung seines beruflichen Schaffens vorzustellen. Als Professor war er für Stadt- und Landschaftsentwicklung zuständig, jetzt gründete er in Hennstedt sein eigenes Institut für Naturheilkunde. Die Dithmarscher kannten ihn als Bürgermeister seines Ortes, als Vorsitzenden der Kreistagsfraktion der Unabhängigen Wählergemeinschaft Dithmarschen. Doch er pendelt nicht nur vor den Landfrauen, sondern auch zwischen Dithmarschen, Indonesien, China und dem afrikanischen Busch, wo er sich nach eigenen Worten am wohlsten fühlt.

Noch wohler als zu Haus bei seinen Dithmarschern? Trotz Leni von Seth und ihren 250 Landfrauen, die an seinem Pendel hängen? Aus nichts als Jux und Dollerei und Better Global Understanding?

Von den Reisen dorthin berichtete er ebenso wie von der Behandlung einer Patientin in München – per Telefon: Er bringt mit einem Bergkristall einfach Schwingungen in sie hinein... »Wenn man mit dem Krebs noch schnacken kann«, ist nach Guldagers Worten Zeit genug, ihn »auszuheilen«.

Den Bediener der örtlichen Buschtrommel scheinen die Dithmarscher bei einem ihrer Beutezüge durch zivilisierte Gegenden, vielleicht im Asylbewerberheim Altona, eingefangen zu haben. Der Nachricht aus dem Innern des Landes hat er den weltweisen Titel gegeben: »Mit dem Krebs auf Du und Du.«

Dithmarschen ist überall. Im »Hamburger Abendblatt« unter Todesanzeigen:

Heute vor 50 Jahren sank im Nordatlantik mein Boot

U 191

mit seiner Besatzung.

Ihr seid nicht vergessen

Euer Fähnrich zur See

Hans Buchholz

Hat er zu seines Bootes Besatzung nicht gehört? Oder ist er, der Fähnrich, das Gebot seemännischer Ehre, nach dem der Kapitän als letzter aussteigt, schweren Herzens und kühlen Hinterns erfüllend, als erster über Bord gesprungen?

Der Volkswagen-Konzern wird bei der Produktion und dem Verkauf von Automobilen in diesem Jahr ein paar Milliarden Mark verlieren. Das macht aber nichts, weiß das »Hamburger Abendblatt«, denn

gleichzeitig weist der VW-Konzern dank prallgefüllter Kriegskasse und anderer profitabler Bereiche keinen Verlust aus.

Die letzten Tage der Menschheit, zum dritten. Die Implosion der Metaphern annonciert noch einmal die Explosion der Welt.

So nahe an einer Erkenntnis war das Feuilleton der »Frankfurter Allgemeine« noch nie:

Mit einem Essay im »Spiegel« ist Botho Strauß unter Faschismusverdacht geraten. Das Bedenkliche ist jedoch nicht die elitäre Gesinnung, sondern der konformistische Stil.

Weil aber die jüngeren Frankfurter Redakteure, um ihre älteren Herausgeber nicht zu verletzen, Elite und Nazis nicht als Gegensätze verstehen dürfen, war auch diesmal knapp daneben ganz vorbei. Und es wäre so einfach gewesen: Faschismus ist, in Basis und Überbau, nichts anderes als soziale und kulturelle Konformität, die sich als Elite aufspielt. Aber mich fragt ja keiner.

Der Philosoph Hermann Lübbe soll, der »FAZ« zufolge, in seinem neuen Buch »Im Zug der Zeit«, Kapitel »Innovationsverdichtung in der technischen Evolution«, dieses geschrieben haben:

Wenn wir wissen, was der Fall ist, wenn wir überdies wissen, nach welcher Regel, was der Fall ist, sich ändert, wenn wir schließlich wissen, wie sich, was der Fall ist, durch Wirkungen unseres Handelns ändert, so sind wir auch, wenn wir wissen, was wir wollen, in der Lage zu sagen, was wir tun müssen, damit wir können, was wir wollen.

Nämlich, im Fall des durch Wirkungen unseres Handelns geänderten Phalles, uns ein Ei aus der Hose lachen über Professor Lübbes philosophische Innovationsverdichtungen.

In einer »Presse-Mitteilung« der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion heißt es, die Abgeordnete Margot von Renesse, die zur »Herstellung der inneren Einheit Deutschlands einen zweiten Lastenausgleich« fordere, sei stellvertretende Vorsitzende der

Enquete-Kommission Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SPD-Diktatur.

»Über die Details«, schreibt Frau von Renesse, »wäre noch zu diskutieren. Aber den Mut und die Phantasie für einen solchen großen politischen Wurf müssen wir aufbringen.« So schön es wäre – am Ende werden die Genossen und Renessinnen, wie ich sie kenne, sich doch lieber auf einen Druckfehler rausreden.

»Spiegel«-Leser wissen mehr, und nicht weniger die anderer Bürgerblätter. »Zwangsadoptionen in der DDR« – erinnern Sie sich an die Titelgeschichten der Illustrierten, an die Filme der Fernsehmagazine, an die unzähligen Leitartikel? Die »Frankfurter Rundschau« berichtet:

In der ehemaligen DDR hat es offenbar nur wenige politisch motivierte Zwangsadoptionen gegeben. Das bestätigt ein Bericht der Zentralen Adoptionsstelle der Berliner Jugendverwaltung. Die Behörde ist seit der ersten Akteneinsicht im Mai 1991 bei ihren Untersuchungen lediglich auf sieben Fälle gestoßen, bei denen Elternrechte zwar formal wegen Vernachlässigung der Kinder entzogen wurden. Tatsächlich handelte es sich »um politische Nebenstrafen – zumeist wegen versuchter oder gelungener Republikflucht«, heißt es in dem Bericht.

Wir erfahren nicht, in wie vielen der sieben Fälle die DDR-Behörden wegen gelungener Republikflucht der Eltern unter Zurücklassung der Kinder formal eine Vernachlässigung angenommen hatten. In dreien der sieben Fälle? In vieren? Hat irgendein Bürgerblatt, irgendeine Fernsehstation nur ein Zehntel des Papiers, ein Zehntel des Zelluloids, das die Verbreitung ihrer Propagandamärchen über kommunistische Zwangsadoptionen gekostet hat, der Verbreitung des Berichts der Berliner Adoptionsstelle gewidmet? Natürlich nicht. Und so wird man noch in Jahrzehnten erzählen, daß es siebentausend Kinder waren und nicht sieben. Die Differenz dazwischen ist das »mehr«, das »Spiegel«-Leser wissen.